

Karl-Heinz Ohlig

## Auf jeden Fall schädlich

Skandal oder bloße Dummheit –  
oder beides?

Die Kleruskongregation in Rom publizierte am 20.07.20 eine Instruktion zur „pastoralen Umkehr der Pfarrgemeinde im Dienst der missionarischen Sendung der Kirche“. In diesem durch und durch klerikalen Papier wird die Rolle des Priesters/Pfarrers in den Pfarreien sehr stark betont. Laien können ehrenamtlich mitarbeiten, dürfen aber keinerlei Leitungskompetenz haben. Die Leitung von Pfarreien durch Leitungsteams aus Priestern und Laien werden verboten, der Pfarrer hat die alleinige Kompetenz in Seelsorge, Liturgie und sogar in der Finanzverwaltung: Der Pfarrer ist der „verantwortliche Verwalter des pfarrlichen Vermögens“.

Im Vatikan, auf dessen Gängen man selbst auf kleinsten Strecken Priestern, Bischöfen oder gar Kardinälen begegnet, hat man den Blick auf die Situation der Kirche außerhalb der eigenen Mauern wohl verloren. Der Priesternachwuchs ist schon jetzt auf ein Maß geschrumpft, dass in vielen Regionen Pfarrstellen nicht mehr besetzt werden können, und in wenigen Jahren wird sich diese Situation noch verschärfen. Wenn kirchliches Leben erhalten werden soll, macht dies die (verantwortliche) Mitwirkung von Laien unverzichtbar. Das ist der Grund dafür, dass vielerorts in Europa oder in Lateinamerika Leitungsteams eingerichtet wurden. Auf diese und die dort gemachten Erfahrungen geht das Dekret nicht ein. Wenn der seit der Etablierung des päpstlichen Absolutismus durch das Erste Vatikanische Konzil im Jahre 1870 etablierte Brauch, römische Verlautbarungen im Gehorsam anzunehmen und umzusetzen, wie bisher praktiziert wird, müssten alle diese Versuche eingestellt werden, neue Initiativen wären untersagt. Es wird höchste Zeit, in den kirchlichen Regionen autonom, ohne Rücksicht auf jedes noch so naive Papier aus Rom zu handeln, wenn die Kirche noch eine Zukunft haben soll.

Zugleich wird deutlich, dass sich im Vatikan – trotz gelegentlicher Anstöße durch Papst Franziskus – nichts geändert hat, was für die Zukunft, nach Franziskus, nichts Gutes erwarten lässt.

Ebenso wird in dem Papier gewarnt vor einer Aufhebung oder Zusammenlegung von Pfarreien, noch nicht einmal der Verkauf von Kirchengebäuden auf Grund von Finanzknappheit oder Bevölkerungsrückgang wird erlaubt; die Gläubigen werden zu Spenden aufgerufen.

Alles soll wohl so bleiben, wie es war. Dass dies eine unbedarfte römische Wunschvorstellung ist, liegt auf der Hand. Der Vatikan leistet einen relevanten Beitrag zur Selbsterstörung der Kirche.

\*\*\*

Werner Müller

## ROM zieht TRIER rote Linien – und den Strukturreformen insgesamt gleich danach auch

### Trierer Vorspiel

Am 15. Oktober 2019 erließ der Trierer Bischof Stephan Ackermann ein Gesetz zur Umsetzung wesentlicher Teile der Trierer Diözesansynode. Er hatte 2012 als einziger deutscher Bischof den Mut gehabt, die notwendigen Reformen, die in etlichen deutschen Bistümern anstehen, mit einer Synode anzugehen, sich dabei sozusagen Rückendeckung bei den Gläubigen zu verschaffen. Die Bistumssynode, die 2013 bis 2016 stattfand – mit nicht geringem finanziellen und Zeit- und Kräfteaufwand – empfahl, in der ältesten Diözese Deutschlands „weite pastorale Räume“ zu schaffen. So sollten die derzeit existierenden 887 Kirchengemeinden/ Pfarreien, die allerdings zum Teil schon zu Pfarrverbänden zusammengeschlossen sind, schrittweise in 35 „Pfarreien der Zukunft“ überführt werden, in Groß- oder XXL-Pfarreien mit bis zu an die 100.000 Gläubigen. Diese sollten von ei-

nem Team aus einem Pfarrer und zwei Laien geleitet werden. Gegen diese geplante Strukturreform haben, als sie mit dem Umsetzungsgesetz und entsprechenden Dekreten des Bischofs in Gang gesetzt wurde, einerseits eine Initiative namens „Kirchenge-meinde vor Ort“ und andererseits einige Priester der Priestergemeinschaft „Unio apostolica“ in Rom Rekurs eingelegt. Im November 2019 stellte Rom ein erstes Stopp-Schild auf, das Gesetz wurde von der Kleruskongregation ausgesetzt und der Bischof musste seine Dekrete wieder aufheben.

Um die Jahreswende 2019/20 gab Bischof Ackermann die von Rom erbetenen Stellungnahmen ab, es kam zu einer Verlängerung der Prüffrist durch die römischen Dikasterien bis Ende April und am 20. März 2020 zu einem Gespräch mit dem Papst - das wohl der Vorbereitung weiterer Gespräche mit seiner Behörde diente, die dann im Juni stattfanden.

Von diesen kamen der Bischof, sein Generalvikar und der für die Synodenumsetzung zuständige Mitarbeiter „enttäuscht und ernüchtert“ zurück, während sich die Beschwerdeführer „erleichtert“ zeigten. Letztendlich musste die geplante Struktur- oder Pfarreienreform in wesentlichen Punkten überarbeitet werden, wobei die „Bedenken“ der Kleruskongregation unter Kardinal Beniamino Stella und des Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Gesetzestexte, Erzbischof Filippo Iannone, zu berücksichtigen seien. In Wirklichkeit handelt es sich dabei, nach den Worten des Generalvikars, um „rote Linien“, die in „Spannung“ stünden zu den trierischen synodalen Zielen. GV Ulrich Graf von Plettenberg gesteht auf einer Pressekonferenz offen ein, dass man sich bis an die Grenzen des Kirchenrechts vorgewagt habe, Rom meint wohl, dass diese überschritten wurden. Nun geht es darum, diese Spannung auf kooperativem Weg mit Rom, wie man in Trier ständig wiederholt, irgendwie auszugleichen. Man will sich dafür nun viel Zeit lassen und die Basis nach wie vor einbeziehen, auch die bisherigen Opponenten soweit möglich „mitnehmen“.

Wie sehen die römischen „roten Linien“ im Einzelnen aus? Sie betreffen drei Punkte: die Größe der Pfarreien, die Konstruktion ihrer Leitungsteams und die Rolle der Gremien der „Pfarreien der Zukunft“.

Was die Pfarreigröße betrifft – die übrigens auch in dieser Zeitschrift seit dem Beginn der Pfarreienzusammenlegungen immer wieder kritisiert wurde -, moniert Rom, dass die Nähe zu den „Menschen“, den „Getauften“, den „anvertrauten Menschen“ nicht mehr gegeben sei. Damit ist nicht die Nähe zwischen den einzelnen Katholiken untereinander in ihrer Gemeinde gemeint – ein Anliegen, das in Zeiten des *social distancing* besonders wichtig ist und bleibt -, sondern die Nähe der „Hirten“, sprich: der geweihten Priester, zu den ihnen anvertrauten „Schafen“. Das bedeutet, im Monitum gegen übergroße Pfarreien geht es Rom in Wirklichkeit um ein überholtes Priesterbild: Der Hirt soll seine Herde kennen, alle einzelnen; das ist ab einer gewissen Zahl nicht mehr möglich! (vgl. Joh 10,14: „Ich bin der gute Hirt; ich kenne die Meinen...“ - wird dem johanneischen Christus in den Mund gelegt!) Wie das zusammen gehen soll mit der heutigen kirchlichen Realität, den rapide sinkenden Priesterzahlen, bleibt das Geheimnis römischer Dikasterien.

Die zweite rote Linie betrifft die vorgesehenen Leitungsteams aus einem kanonischen Pfarrer und zwei Laien. Obwohl der Trierer Plan hier dem Pfarrer eine besondere Verantwortung einräumt - es ist wohl an eine Art Vetorecht gedacht -, ist Leitung durch ein Team in römischer Perspektive undenkbar. Sie muss personal sein, d.h. an die Priesterweihe gebunden. Dahinter steht wiederum das traditionelle Priesterbild, das von einem dreifachen Amt Christi ausgeht – Verkündigung, Heiligung und Leitung – an dem der Priester, als personaler Repräsentant Christi, teilhat. Deshalb muss ein Priester die Pfarrei leiten – sei er in der Realität auch noch so unfähig dazu.

Auch die Rolle der Pfarreigremien, soweit sie (Mit)Entscheidungs- und nicht bloße Beratungsfunktion haben, werden von Rom moniert: Kirchliche Gremien sind keine Parlamente! Die Angst vor Demokratie in der Kirche steckt einem hierarchischen System in der DNA, auch auf der untersten Ebene darf es kein Miteinander, keine Synodalität geben. Die amtstheologische aufgeladene, überladene Sicht des Priesters verhindert, was im normalen Umgang von Menschen miteinander eigentlich selbstverständlich, wenn auch nicht immer leicht ist.

## Römisches Haupt- und Bubenstück

Am 20. Juli 2020, mitten in der Sommerpause, veröffentlichte die Kongregation für den Klerus, unangekündigt und ohne Pressekonzferenz wie sonst üblich, eine von Papst Franziskus gebilligte Instruktion mit dem sperrigen Titel: „Die pastorale Umkehr der Pfarrgemeinde im Dienst an der missionarischen Sendung der Kirche“. Sie erschien, ebenso ungewöhnlich, gleich in sieben Sprachen, mit Deutsch an vierter Stelle, obwohl sie den deutschsprachigen Raum vorrangig im Blick haben dürfte. Denn hier werden seit längerem neue Formen der Gemeindeleitung unter Einbeziehung von Laien erprobt oder bereits praktiziert, in 12 von 27 deutschen Diözesen, wie neulich eine Umfrage von kath.de ergeben hat, in der Schweiz ist dies sogar üblich, und sogar im Erzbistum Köln gibt es eine Gemeinde, die nach dem französischen „Equipe-Modell“ geleitet wird. Trier, wo Ähnliches geplant ist, ist nur das jüngste Beispiel, an dem Rom wohl meinte, ein Exempel statuieren zu müssen – weil es „basisdemokratisch“, durch eine Diözesansynode legitimiert ist? Insofern war man hier auch vom Inhalt der Instruktion nicht sonderlich überrascht, hinter vorgehaltener Hand sogar froh, nun nicht mehr allein im Fokus zu stehen.

Die Instruktion macht im Grunde nichts anderes, als das geltende Kirchenrecht einzuschärfen, auch im neuen Kontext eines als notwendig angesehenen missionarischen Aufbruchs in der Kirche. In diesem Zusammenhang wird zu innovativen Strukturereformen aufgefordert – und zugleich die schon immer geltenden diesbezüglichen kirchenrechtlichen Normen restriktiv ausgelegt und eingeschränkt. Von daher erklärt sich der „Bruch“ oder die „Diskrepanz“, die vielfach in diesem römischen Dokument festgestellt wurde. Wer sich die Mühe macht, den 34-seitigen, 124 durchnummerierte Abschnitte und 183 Fußnoten enthaltenden Text zu lesen – kein wirkliches literarisches Vergnügen, für deutsche Bischöfe aber wohl Pflichtlektüre! – stellt fest, dass er aus zwei ganz unterschiedlichen Teilen besteht: Im ersten werden, abgesehen von einem kurzen biblischen und historischen Seitenblick, eine Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft und der darauf bezogenen pastoralen Umbrüche geboten,

im zweiten sehr detailliert praktische rechtliche Vorgaben zu Pfarreien-Reformen gemacht.

Unter vielen Beispielen nur eines, das besonders abstrus anmutet: Ein Bischof darf eine einzelne Pfarrei nur aus für diese Gemeinde spezifischen Gründen aufheben – und dazu jeweils ein eigenes Dekret erlassen-, nicht etwa wegen „prinzipiellen“ wie Gläubigen- oder Priester-mangel in der Diözese, und eine Kirche nur profanieren, wenn sie irreparabel ist. Welche Schlüsse wird ein für die kirchlichen Immobilien Zuständiger eines Bistums daraus wohl ziehen?

Die Alttestamentlerin Juliane Eckstein hat das Dokument mit exegetischen Methoden untersucht und, ähnlich wie bei biblischen Büchern, verschiedene Textschichten herauspräpariert, die auf unterschiedliche Verfasser oder Verfassergruppen zurückgehen müssen: einerseits Vertreter/innen einer Volk-Gottes-Theologie – mit „V“ abgekürzt -, andererseits „Hierarchiker/innen“ („H“). Beider Aussagen stehen oft unverbunden oder lediglich additiv neben- und gegeneinander. Dies gibt die Instruktion selbst am Ende unfreiwillig zu erkennen, wenn es in Abschnitt 123 heißt: „Über die Betonung der Dringlichkeit einer solchen Erneuerung hinaus (sic!) legt deshalb das vorliegende Dokument eine Anwendungsweise der kanonischen Normen vor, die die Möglichkeiten, die Grenzen, die Rechte und die Pflichten der Hirten und der Laien festlegt, damit...“- Im Klartext: Erneuerung ist wichtig, aber das Kirchenrecht steht darüber, oder wie es der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller ausgedrückt hat: „Das Papier beantwortet Fragen von heute mit Antworten von gestern“ (Herv. v. Verf.).

So kommen auch bischöfliche Leser des Dokuments nicht umhin, darin eine „Diskrepanz zwischen einer durchaus ansprechenden Vision von Pfarrei und den Hinweisen zur konkreten Verwirklichung“ (Ackermann) zu finden; der eine Kardinal (Woelki) kann es für seine Anregungen zum missionarischen Aufbruch loben, ein anderer Erzbischof, der selbst gelernter Kirchenrechtler und bislang nicht als Rom-Kritiker aufgefallen ist (Ludwig Schick, Bamberg), es kritisieren, weil es mehr Schaden als Nutzen bringe. Fast einhellig

und ungewohnt deutlich haben die deutschen Bischöfe - von den üblichen Ausnahmen abgesehen - die römische Instruktion kritisiert. Mit am schärfsten hat dies - und damit schließt sich der Kreis - der Trierer Bischof getan, als er in einem KNA-Interview dem Dokument „fehlendes Problembewusstsein“ attestierte, und dies bewusst auch als „Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Fragen des sexuellen Missbrauchs im kirchlichen Bereich und für Fragen des Kinder- und Jugendschutzes“: „Ich bin irritiert darüber, dass vom Thema Missbrauch und Prävention keine Spur zu finden ist. Es kommt kein Problembewusstsein zum Ausdruck, dass Pfarreien Orte von sexueller Gewalt waren und sein können. Wie kann eine Kongregation, die für den Klerus zuständig ist, im Jahr 2020 ein Dokument verfassen, in dem darauf nicht einmal Bezug genommen wird?“. Die Instruktion ist von vielen Seiten, auch vom Osnabrücker Bischof Franz-Bode („Umkehr zur Klerikalisierung“), als klerikalistisch bezeichnet worden. Ein naiver Klerikalismus sollte auch in Rom Jahrzehnte nach der Aufdeckung ungeheuerlicher, skandalöser Missbrauchstaten von Priestern und Ordensleuten obsolet sein. Hatte Papst Franziskus, als er seine Unterschrift unter dieses Dokument setzte, seine starken Worte gegen Klerikalismus vergessen?

### Nachspiel?

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Limburgs Bischof Georg Bätzing, hat sich - fast als einziger Bischof - bisher nicht zur Instruktion geäußert, was wohl mit seiner Rolle als Moderator dieses Gremiums zusammenhängt. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe von *imprimatur* tagt noch die Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda. Man darf gespannt sein, ob sich das Gremium als solches in der im Sommer meistdiskutierten Frage im deutschen Katholizismus zu einer gemeinsamen Position durchringt. Oder ob wieder mal gilt: Roma locuta, causa finita?

\*\*\*

Karl Josef Wendling, Pfr.i.R.

## „Sich seine Überzeugung etwas kosten lassen“

Predigt am 22. Sonntag A (Mt 16, 21-27)

Liebe Gemeinde!

Wer letzten Sonntag die hl. Messe mitgefeiert hat, der erinnert sich wahrscheinlich noch an den Satz von Jesus: „Du bist Petrus, und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen!“

Und heute hören wir aus dem gleichen Matthäusevangelium, wenige Verse später, wie der Felsenmann von Jesus in den Senkel gestellt wird: „Tritt hinter mich, du Satan! Ein Ärgernis bist du mir.“

Warum dieser scharfe Verweis vor der gesamten Mannschaft? Petrus meint es doch nur gut. Er will nicht, dass sein Rabbi, sein Lehrer, sein Freund umgebracht wird. Von Leiden und Sterben will er nichts wissen. Er will ihn davor bewahren. Nur wenn Jesus am Leben bleibt, kann er Großes vollbringen. Wer könnte diese Gedanken nicht verstehen? Warum dann diese Reaktion von Jesus? - Es geht für ihn um sehr viel! Es geht um den Sinn seines Lebens, um die Treue zu dem Auftrag, zu dem er sich von Gott gerufen weiß. Jesus steht vor der Entscheidung: Was bin ich bereit, für meine Überzeugung auf mich zu nehmen? Jesus sucht nicht das Leid und den gewaltsamen Tod, aber er weicht ihm auch nicht aus. Jesus will nicht ans Kreuz. Er hat sogar Angst davor. Aber er will in Wort und Tat Gott so verkünden, wie es ihm seine „innere Stimme“ eingibt, ohne wenn und aber, auch wenn es lebensgefährlich wird: Den Gott, der alle Menschen liebt, gerade auch die Kleinen und die Sünder. Er ahnt wohl schon früh, was kommen wird, und spricht bei seinen Jüngern offen darüber. Die können das nicht verstehen und mahnen: Sei doch vorsichtig!

Für uns Menschen ist eben das Wichtigste im Leben meist: Ruhe und Frieden, keine Scherereien, Arbeit und Auskommen, möglichst gut. Das hätte Jesus alles haben

können. Aber er sieht das Leben ganz anders. Er hat auch gern gelebt und gefeiert. Aber das war für ihn nicht das Wichtigste. Sein Lebensinhalt war der Wille Gottes, so wie er ihn für sich erkannt hat. Das war sein Glück, für das er alles andere aufgeben konnte. Es ging ihm wie dem Propheten Jeremia, von dem wir in der ersten Lesung die ergreifenden Worte gehört haben: „Du hast mich betört, o Herr, und ich ließ mich betören ... Doch dein Wort, das ich verkünde, bringt mir nur Spott und Hohn ... Sagte ich aber: Ich will nicht mehr in seinem Namen sprechen, so war es mir, als brenne in meinem Herzen ein Feuer, das ich nicht aushalten konnte ...“. Das trifft auch auf Jesus zu. Und er fordert auch seine Jünger auf, diesen Weg zu gehen, Gottes Wille in die Mitte ihres Lebens zu stellen. Darum sagt er: „Wer mein Jünger sein will, der verleugne sich selbst“, das heißt, der überwinde seine Angst und Bequemlichkeit, „nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach.“ Wir müssen uns auch keine Schwierigkeiten suchen. Wenn wir uns Jesus anschließen, kriegen wir sie!

Viele Jünger sind diesen Weg gegangen, den Weg des Gewissens. Sie waren genauso einsam und unverstanden wie Jesus. Ich denke an große Gestalten des Glaubens wie Bischof Paulinus von Trier (Gedenktag 31.08.) im 4. Jahrhundert, nach dem unsere Bistumszeitung benannt ist. Als auf der Synode von Arles auf Betreiben des Kaisers alle den Bischof Athanasius zu Unrecht verurteilten, war er der einzige, der sich weigerte. Dafür musste er in die Verbannung. Ich denke an Erzbischof Romero von San Salvador. Er hat sich auf die Seite der Armen gestellt und gegen die herrschenden Stellung bezogen. Seine Freunde haben ihn – wie bei Jesus – gewarnt: Halte dich doch mehr zurück. Er hat es nicht getan und wurde am 24. März 1980 am Altar erschossen.

Ich denke an die Zeit des Nazi-Regimes. Einfache Soldaten haben sich aus ihrem christlichen Glauben heraus geweigert, den Eid auf den Führer abzulegen und sind dafür in den Tod gegangen. Christ sein bedeutet auch heute in vielen Ländern Lebensgefahr.

Es muss nicht immer um Leben und Tod gehen. Aber man kann nicht Christ sein und gleichzeitig alles mitmachen. Worum es geht, haben wir mit anderen Worten

heute im Römerbrief gehört: „Gleicht euch nicht dieser Welt an!“ Geht nicht mit der Mode, was „man“ denkt und tut. Nicht: Verlasst die Welt – so wie es in einem Lied in unserem Gesangbuch immer noch heißt. So was hat Jesus nie gesagt. Sondern passt euch nicht an. Gestaltet die Welt im Geist Jesu. Seid keine „Weicheier“! Das bedeutet aber: Widerspruch wecken, unverstanden sein, einsam sein. Das meint das biblische Wort vom Kreuz auf sich nehmen.

Als Jünger Jesu sein Kreuz auf sich nehmen, das kann bedeuten: für den, der Mitglied einer Partei ist, das Gewissen über die Parteilassung stellen, auch innerhalb der Kirche den Mund aufmachen, wenn sie – nach persönlicher Überzeugung – vom Weg Jesu abweicht, Reformen einfordern. Beim 1. Vat. Konzil haben sich einige Bischöfe geweigert, das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes anzuerkennen und haben dafür die Exkommunikation auf sich genommen. In unseren Tagen sind Theologen suspendiert worden, weil ihre Forschungsergebnisse der Kurie in Rom nicht gepasst haben ....

Wieviel Opfer und Kreuz kann es bedeuten, Ja-sagen zum kranken, alten oder behinderten Leben! Wieviel Kraft, wieviel Opfer kostet eine Ehe, wieviel tapferes Standhalten und Neubeginnen!

Ich staune auch immer wieder, was Menschen, die gar keine Christen sind, für ihre Ideale auf sich nehmen und die Hoffnung nicht aufgeben, dass es sich lohnt: Aktivisten bei Greenpeace, Demonstranten in Hongkong und Belarus, ein Kontrahent Putins wie Nawalny, Menschenrechtsaktivisten weltweit .... Der Glaube, dass Gott einen nicht vergisst, kann bei solchem Wagnis eine unschätzbare Hilfe sein.

Ich schließe mit einem Zitat aus dem Markus-Kommentar von Eugen Drewermann (Teil I, S. 579): „Das wirkliche Leben, auch das irdisch natürliche, findet man erst im Sichverschenken. Gerade wer es krampfhaft für sich festhalten will, geht an den Möglichkeiten echten, beglückenden Lebens vorbei. Leben wie es der Schöpfer gemeint hat, ist nur in der Hingabe zu finden. Nur so ist es ein gelöstes, befreites, offenes Leben, in das Gott und der Nächste eindringen können.“ Amen.

\*\*\*

Heinrich Valentin

## Semper idem? Die Wandlung des Joseph Ratzinger

Ist der ehemalige Kurienkardinal, Präfekt der Glaubenskongregation und Papst Joseph Ratzinger eigentlich derselbe geblieben, der er während des II. Vatikanischen Konzils und in der unmittelbaren Nachkonzilszeit war? Diese Frage wurde kürzlich in einer bekannten überregionalen Zeitung aufgeworfen und vom Autor des betr. Artikels uneingeschränkt bejaht. Lässt sich diese Behauptung wirklich aufrechterhalten?

Gewiss lässt sich nicht bezweifeln, dass Joseph Ratzinger sich als unverwechselbare Persönlichkeit mit einer bestimmten Denkungsart - auch im Bereich der Theologie - zeitlebens treu geblieben ist. Aber folgt daraus notwendigerweise, dass seine theologischen Ansichten im Laufe der Zeit unverändert geblieben sind, wie der genannte Artikel insinuiert? Ich meine: Nein, es lässt sich durchaus ein Wandel vom frühen zum späteren Ratzinger feststellen.

Die Wandlung des Joseph Ratzinger geschah freilich nicht - wie verschiedentlich behauptet wurde - sozusagen ruckartig in seiner Tübinger Zeit (1966-1969); das gehört ins Reich der Legende. Denn noch Anfang der 1970-er Jahre erscheint Ratzinger in meinen Augen als fortschrittlicher Theologe. Der spätere Ratzinger ist das allerdings - weiß Gott - nicht mehr.

Die Freunde des II. Vaticanums sind von ihm später sehr enttäuscht worden. Zu dieser sehr großen Gruppe gehöre als Augen- und Ohrenzeuge auch ich. Wir, d. h. der überwiegende Teil der während des Konzils und in der Nachkonzilszeit geweihten Priester, die das Konzil als einen großen Aufbruch, ja, wie einen Frühling der Kirche erlebt haben (In seiner großen Rede auf dem Katholikentag in Stuttgart 1964 schwärmte der Jesuit und Konzilsberichterstatter Mario von Galli zurecht von der wieder jung gewordenen Kirche, was ihn zu dem Ausruf veranlasste: "Kirche, wie bist du schön!"), sahen in dem jungen Pro-

fessor Ratzinger einen aufgeschlossenen, weltoffenen vormaligen Konzilsteilnehmer. So habe ich (Jahrgang 1936, Priesterweihe 1963) ihn jedenfalls aus seiner Münsteraner Zeit in Erinnerung. Aber spätestens von den 1980-er Jahren an - in der "römischen Luft" - erschien er uns unverkennbar als konservativer, um nicht zu sagen: erzkonservativer Theologe. Zunächst als Präfekt der Glaubenskongregation: Während er 1970 noch zusammen mit Kasper, Lehmann und Rahner mit dem Memorandum zur Zölibatsdiskussion für eine Neubewertung des Zölibatsgesetzes plädiert hatte, trat er jetzt entschieden für die Beibehaltung des Zölibates ein. Und während er sich 1972 in einem Aufsatz "Zur Frage nach der Unauflöslichkeit der Ehe" dafür ausgesprochen hatte, wiederverheiratete Geschiedene nach einer Zeit der Bewährung und Buße zur hl. Kommunion zuzulassen, lehnte er als Papst den Empfang der hl. Kommunion für wiederverheiratete Geschiedene ab (und arbeitete nach seinem Rücktritt als Papst gar den genannten Aufsatz von 1972 in seinen Gesammelten Werken rückwirkend (!) um, weil er heute nicht mehr zu dem steht, was er damals geschrieben hat). Den Piusbrüdern, die das Konzil ablehnen, kam er unerhört weit entgegen, hob die Exkommunikation auf und erlaubte wieder die Zelebration der Tridentinischen Messe - später sogar ohne Sondererlaubnis. Schon als Präfekt der Glaubenskongregation war er entschieden für die von Papst Paul VI. in der Enzyklika "Humanae Vitae" vertretene Sexuallehre eingetreten (gegen die die deutschen Bischöfe bekanntlich in der "Königsteiner Erklärung" von 1968 Einspruch erhoben). Diese aber steht im Widerspruch zu dem Bild von Ehe, das das II. Vaticanum entworfen hat, worin die personale Beziehungsebene eindeutig der biologischen übergeordnet ist. Was ganz auf der Linie von Weihbischof Reuß aus Mainz lag, der schon in den 50-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Sinne des christlichen Menschenbildes gefordert hatte, nicht mehr von den "Zwecken" der Ehe (finis primarius proles usw.) zu sprechen, sondern vom "Sinn" der Ehe. So hatte er bereits damals formuliert: "Der Sinn der Ehe besteht in der Liebe" - freilich mit dem Zusatz: "die normalerweise im Kinde fruchtbar wird."

Dieser kleine Faktencheck beweist, dass Joseph Ratzinger - was seinen theologischen Standort betrifft - nicht derselbe geblieben ist. Sein Pontifikat (2005-2013) war nichts anderes als die Fortsetzung der restaurativen Phase unter Johannes Paul II, dessen "Hoftheologe" er war. In seiner letzten päpstlichen Ansprache vor den Kardinälen machte er sogar maßgeblich das II. Vaticanum für die Misere in der heutigen Kirche verantwortlich! Zugegeben, er hatte trotz seiner Teilnahme am Konzil als peritus von Kardinal Frings von Anfang an keine sonderlich große Begeisterung für das Konzil und war kein Pionier in seiner Umsetzung (Bezeichnend ist m. E., dass er im Unterschied zu Kasper, Metz und Rahner lediglich bis November 1971 an der Würzburger Synode (1971-1975) teilgenommen hat). Nach Peter Hünemann hat Ratzinger "den epochalen Wechsel, den das Konzil markiert, (...) nur halbherzig vollzogen" (Frankfurter Rundschau v. 14.2.2014). Immerhin sah er im II. Vaticanum einen "neuen Typus von Konzil", nämlich den des "verkündigenden und dialogisierenden" gegenüber dem alten Typus des "anathematisierenden Konzils", und wertete diese Art von Konzil positiv, ja, er erblickte in ihm gar eine "geschichtliche Wende", "die eine Hinwendung zur Tradition der Gesamtkirche und zur ganzen Zeit der Kirche einschloß gegenüber der Enzyklikentheologie der letzten hundert Jahre" (Originalton Ratzinger in seiner Vorlesung "Rückblick auf das Konzil" im Wintersemester 1965/66 in Münster, autorisierte Mitschrift, S. 20).

Übrigens zeigt sich in dieser Bezugnahme aufs Ganze durchaus eine Konstante in Ratzingers Denkungsart; diese ist in der Tat durchgehend holistisch. Aber diese und andere mögliche Konstanten erbringen keinen Beweis für eine ununterbrochene Kontinuität in Ratzingers theologischer Ausrichtung. M.E. ist er als Theologe eben nicht in jeder Hinsicht derselbe geblieben. Sein später Rückblick auf das Konzil ist hierfür ein weiterer Beweis: Er unterscheidet jetzt überscharf zwischen dem "Konzil der Väter" und dem "Konzil der Medien" und spielt das eine gegen das andere aus. Das "Konzil der Medien" habe das echte Konzil, das "der Väter", im öffentlichen Bewusstsein bis in die Gegenwart hinein überlagert und verfälscht, und den Erwar-

tungen an dieses Konzil hätten sein Vorgänger und er selbst nicht entsprechen wollen. In seiner Vorlesung von 1965/66 hatte das noch anders geklungen. Zitat: "Die mehr oder minder symbolische Repräsentation der Laien im Innern des Konzils war wohl gar nicht die eigentliche Art ihrer Mitwirkung, sondern den Laien stand ein sehr viel mächtigeres Instrument der Einwirkung zur Verfügung, nämlich die Presse und die von ihr her geformte öffentliche Meinung" (autorisierte Vorlesungsmitschrift, S. 62). Und: "Die Tatsache, dass die Presseleute (...) an die Informationen herankamen, die sie wünschten, und dass die Kargheit der amtlichen Communiqués nur zur Folge hatte, dass vielfältigere Versionen in die Öffentlichkeit drangen, führte dann dazu, dass sich die Türen von St. Peter immer weiter öffneten, (...) und es gab alsbald praktisch keine Geheimnisse mehr" (ders., 63). "Dass dieses Bewusstsein der Unverbergbarkeit des konziliaren Geschehens (...) auf alle Organe des Konzils einen außerordentlich starken Einfluss ausgeübt hat, ist unbestreitbar" (ders., 62). Ratzinger begrüßte die unerwartet große Öffentlichkeit, die dem Konzilsgeschehen zuteil geworden war, weil dadurch den Laien eine viel stärkere (indirekte) Beteiligung möglich war. Er sagte damals abschließend: Man muss "zugeben, dass dieser ganze Vorgang sein unleugbar Gutes hatte, wie gerade anhand der Geschichte des Schemas über die Religionsfreiheit sehr deutlich dargetan werden konnte" (S. 65).

Um Joseph Ratzinger nicht Unrecht zu tun, sei noch vermerkt, dass er 2005 überraschenderweise gesagt hat: "Eine Kirche mit globalen Dimensionen kann in der aktuellen Situation nicht monarchisch geführt werden" (Rheinische Post, 23.1.2005). Das äußert er als 77-jähriger (Noch-)Präfekt der Glaubenskongregation, der nach P. Hünemann zeitlebens "geprägt (war) von einem sakral-monarchischen Begriff von Kirche, Weiheamt und Papsttum" (Frankfurter Rundschau vom 14.2.2014). In dem o. g. Zeitungsartikel heißt es weiter: "Der deutsche Kurienkardinal (...) äußerte sich zuversichtlich, dass 'mit der Zeit' Wege für mehr Kollegialität zwischen dem Papst und den Bischöfen gefunden werden" - freilich mit dem einschränkenden Nachsatz: "Aber dieser muss in einem spirituellen Klima stattfinden und nicht wie in einem Parla-

ment." Die Zeitung machte aus Ratzingers Statement gleich die Titelüberschrift: "Ratzinger für mehr Demokratie in der Kirche". Aber war das nun wirklich eine uneingeschränkte Zustimmung zu einem der Grundanliegen des II. Vaticanums? Oder wollte Joseph Ratzinger sich damit (als möglicher Nachfolger von Papst Johannes Paul II.) nicht vielmehr der kirchlichen Öffentlichkeit sowie seinen Kardinalskollegen als aufgeschlossener Konzilstheologe präsentieren und dem verbreiteten Eindruck, er sei ein Hardliner, entgegenwirken? Auf jeden Fall aber bleibt seine Stellungnahme zurück hinter dem, was Papst Franziskus vom Anfang seines Pontifikates an immer wieder mit dem von ihm favorisierten Begriff "Synodalität" zum Ausdruck bringt.

\*\*\*

Werner Müller

## Tod des Bruders

**Georg Ratzinger**, katholischer Priester des Bistums Regensburg, Kirchenmusiker und von 1964 bis 1996 Leiter des weltberühmten Knabenchors der „Regensburger Domspatzen“, seitdem Kanonikus des Kollegiatstifts St. Johann in Regensburg, Apostolischer Protonotar und älterer Bruder des **emeritierten Papstes Benedikt XVI. (Joseph R.)** ist am 1. Juli 2020 im Alter von 96 Jahren gestorben. Die letzten 15 Jahre seines Lebens musste er in der „ungeliebten Rolle des Papstbruders“ (R. Neumaier) verbringen.

Er wurde 1924 als Sohn des Gendarmeriemeisters Joseph (+ 1959) und seiner Frau Maria, geb. Peintner (+ 1963) in Pleiskirchen im Landkreis Altötting in Oberbayern geboren. Nach dem 2. Weltkrieg, den er als Wehrmachtssoldat in Italien verbrachte, und der Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft trat er, ebenso wie sein jüngerer Bruder, in das Priesterseminar des Erzbistums München und Freising ein. Beide wurden 1951 im Dom zu Freising von **Kardinal Michael Faulhaber** zu

Priestern geweiht. Während Joseph eine wissenschaftlich-theologische Karriere einschlug – und anschließend eine kirchliche bis an die Spitze der römisch-katholischen Kirche –, studierte Georg in Fortführung seiner schon in jungen Jahren begonnenen musikalischen Ausbildung – als 11-Jähriger spielte er bereits die Kirchenorgel – Kirchenmusik an der Musikhochschule in München. 1957 schloss er die Meisterklasse ab und wurde zunächst Chordirektor in Traunstein, dann ab 1964 Domkapellmeister in Regensburg. Als solcher war er nicht nur erfolgreicher Dirigent im Regensburger Dom und bei mehr als 1000 Konzerten in aller Welt, sondern auch Komponist und Arrangeur; 2000 schrieb er die Messe *L'Anno Santo*. Gefragt nach der Besonderheit seiner Regensburger Domspatzen, soll er gesagt haben: „Bei uns ist mehr Wärme drin!“

Als 2010 Fälle von körperlichen Misshandlungen und sexuellem Missbrauch bei den Domspatzen bekannt wurden, räumt R. Ohrfeigen ein – als damals übliches Erziehungsmittel, bestritt aber, Kenntnis von sexuellen Missbrauchsfällen gehabt zu haben. Eine offizielle Untersuchung kam 2016 zu dem Ergebnis, dass er davon gewusst haben müsse, was R. aber erneut zurückwies. Ehemalige Chormitglieder, und auch sein Nachfolger, schilderten ihn als musikalischen Perfektionisten, der sich in der Durchsetzung seiner Qualitätsansprüche impulsiv und fanatisch verhalten habe. Eine vom Bistum Regensburg in Auftrag gegebene Aufarbeitungs-Studie kam 2019 zu dem abschließenden Ergebnis, dass Domkapellmeister Ratzinger den betroffenen Schülern sowohl durch Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht als auch direkt durch physische und psychische Gewalt schweres Leid zugefügt habe.

2011 erschienen seine Erinnerungen mit dem Titel *Mein Bruder, der Papst* (München, Herbig-Verlag). Dieser, selber von Altersschwäche gezeichnet, besuchte seinen bettlägerigen und fast vollkommen erblindeten Bruder Mitte Juni zum letzten Mal. Ein Augenzeuge berichtete, die beiden Brüder, die seit ihrer Kindheit eine besondere Zuneigung verbindet, hätten sich „wahn-sinnig“ gefreut, - wenn das Alter nicht dagegen spräche, könnte man auch sagen: wie kleine Kinder! Die Pressestelle des Bistums Regensburg teilte mit, dass sie ein gemein-

sames Hochamt zum Herz-Jesu-Fest feierten. „Danach (gab) es Apfelstrudel“.

Die Beisetzung fand am 8. Juli auf dem Unteren katholischen Friedhof in Regensburg im Stiftungsgrab der Regensburger Domspatzen statt. Voraus ging ein Pontifikalrequiem im Regensburger Dom, dem der **Ortsbischof Rudolf Voderholzer** vorstand; nur rund 200 Trauergäste konnten wegen der Corona-Beschränkungen daran teilnehmen, darunter **Erzbischof Georg Gänswein**, der sichtlich bewegt ein sehr persönliches Schreiben des Bruders verlas, der **Apostolische Nuntius Nikola Eterovic**, die Kardinäle **Gerhard Ludwig Müller**, früherer Regensburger Bischof und ehemaliger Präfekt der Glaubenskongregation, **Reinhard Marx**, Erzbischof von München und Freising, sowie die Bischöfe **Gregor Maria Hanke**, Eichstätt, und **Franz-Peter Tebartz – van Elst**, Rom; auch weltliche Prominenz war vertreten, z.B. **Fürstin Gloria von Thurn und Taxis**. Tausende waren per Livestream zugeschaltet, darunter auch der Bruder in Rom. „Noch einmal stand die Stadt wegen der Ratzingerbrüder Kopf“ (Clara Lipkowski).

Unmittelbar nach der Beisetzung fand, wie **Claudia Bresky** von der Presseabteilung des Bistums schon im Voraus mitgeteilt hatte, für die geladenen Gäste ein sog. Leichenschmaus statt. „Es gibt bayerisch traditionell gemischten Braten mit Reiber- und Semmelknödeln sowie einen gemischten Salat – auf ein Dessert wird verzichtet.“ („Apfelstrudel“ wäre sicher im Sinne des Verstorbenen gewesen – siehe oben!). - In Bayern ist es beim Leichenschmaus nicht unüblich, Szenen aus dem Leben des Verstorbenen zu vergegenwärtigen. Vielleicht wurde auch jene zur Sprache gebracht, die der SZ-Journalist **Rudolf Neumaier** nach einem der letzten Interviews berichtete:

„Es war der Abend des 19. April 2005, an dem Georg Ratzinger den Zeitplan seines Lebensabends im weißen Rauch aufgehen sah, der über der Sixtinischen Kapelle aufstieg. In Rom läuteten die Glocken, in der Regensburger Luzengasse kauerte ein 81 Jahre alter Greis in einem Wohnzimmer-sessel. Und als ein beglückter Kardinal *Habemus papam* in die Welt hinausrief, sandte der verzweifelte Greis, der ahnte, welcher Name proklamiert würde, vor dem Fernseher ein Stoßgebet zum Himmel. Der Herr

möge diesen Kelch an ihm vorübergehen lassen. Und auch an seinem Bruder. Als der neue Papst ihn wenige Minuten später anrufen wollte, ging er nicht ans Telefon. „Ich habe es läuten lassen und mir gedacht, steig mir doch den Buckel rauf“, erzählte er später. Zu geplättet war er. „Derdetscht“, sagte seine Haushälterin“. Um nicht so folkloristisch bajuwarisch zu enden, seien die Abschiedsworte des jüngeren Bruders zitiert: "Vergelt's Gott, lieber Georg, für alles, was du getan, erlitten und mir geschenkt hast".

(Quellen: [www.bistum-regensburg.de/news](http://www.bistum-regensburg.de/news); SZ 20.6., 1.7., 8.7.2020; auf der Homepage des Bistums Regensburg findet sich ein sehr detaillierter Lebenslauf des Verstorbenen, er würde ca. 7 imprimatur-Seiten umfassen.)

\*\*\*

Werner Müller

## Kirchliche Statistik 2019 – Negativrekorde allenthalben

Am 26. Juni 2020 veröffentlichten die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre Mitgliederstatistiken für das Jahr 2019. In die Augen springend, und von allen Medien berichtet, waren dabei die **Austrittszahlen: In 2019 sind mehr als eine halbe Million Mitglieder aus den beiden großen deutschen christlichen Kirchen ausgetreten**, genau 272 668 aus der katholischen und etwa 270 000 aus der evangelischen Kirche; damit hat die katholische Kirche, bei der die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 26,2 % beträgt, erstmals seit 2010 – dem Jahr, in dem der Missbrauchsskandal bekannt wurde – die evangelische „überholt“. Alle kirchlichen Verantwortlichen, zuvorderst die beiden Vorsitzenden Georg Bätzing und Heinrich Bedford-Strohm beklagten die „schmerzlichen Zahlen“, den „Aderlass“ die „verheerende Abwanderung“ oder wie die Superlative auch immer lauteten. Auch verantwortliche Poli-

tiker äußerten sich besorgt, z.B. der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann; fortgesetzte Austritte könnten die „soziale Temperatur in unserem Land“ senken, eine generelle Entchristlichung der Gesellschaft sieht er derzeit jedoch nicht, die Menschen im Land lebten christliche Werte.

Die Statistik weist nicht nur rasant steigende Austrittszahlen, sondern auch **fal-lende Teilnahmezahlen** aus: Der Gottesdienstbesuch liegt noch bei 9,1 % (das Bistum Trier weist den niedrigsten Wert aller deutschen Bistümer mit 7,1 % auf), die Taufen nahmen gegenüber dem Vorjahr um fast 10 Tsd. auf ca. 159 Tsd. ab – im Vergleich mit 234 Tsd. katholischen Bestattungen, was allein schon einen Mitgliederschwund von ca. 74 Tsd. ausmacht; Erstkommunionen, Firmungen und Trauungen gehen ebenfalls kontinuierlich zurück, die Zahl der Neueintritte und Wiederaufnahmen in die Kirche liegen dagegen in einem zu vernachlässigenden vierstelligen Bereich – so erfreulich der Einzelfall sein mag. Es gibt angesichts dieser Zahlen, die detailliert in **„Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2019/20“**, hg. vom Sekretariat der DBK, nachzulesen sind, wahrlich „nichts zu beschönigen“, wie Georg Bätzing bei ihrer Veröffentlichung sagte.

Unterm Strich ergibt sich daraus, dass von den 83,1 Millionen Einwohner in Deutschland noch rund 22,6 Mio Mitglieder der katholischen und 20,7 Mio Mitglieder der evangelischen Kirche sind; hinzu kommen 1,5 Mio Mitglieder der Orthodoxen Kirchen, 301 Tsd. der Freikirchen und 596 Tsd. anderer christlicher Kirchen und Gemeinschaften. Das macht immerhin noch **ca. 45,7 Mio nominelle Christen in Deutschland**, also mehr als die Hälfte. Aber eine von der EKD und der DBK in Auftrag gegebene Studie mit dem Titel „Projektion 2026“ ergab, dass sich diese Zahl – und auch das Kirchensteueraufkommen – in den kommenden 40 Jahren wohl halbieren wird. Die in den neuesten Zahlen ablesbare Entwicklung scheint unaufhaltsam zu sein. Bei der Frage nach den Gründen und Ursachen lautet der Tenor fast aller Kommentatoren: „vielfältig“ – und bei der damit unmittelbar verbundenen Frage nach Abhilfe: „Veränderung“ auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens – was – nebenbei bemerkt –

diese Zeitschrift seit einem halben Jahrhundert anmahnt.

Aus den vielen **öffentlichen Stellungnahmen** zur neuesten Kirchenstatistik seien nur einige wenige hier wiedergegeben:

Um beim zuletzt zitierten Politiker anzufangen: Der Katholik Kretschmann sagt dem Evangelischen Pressedienst (epd), die Kirche – er meint wohl beide – müsse sich von „einem Gottesbild, das immer noch glaubt, Gott lenke die Welt, indem er alles steuert, vielleicht mal radikal verabschieden“. Er empfiehlt den Kirchen Reformen, die den „Kern“ des christlichen Glaubens wieder freilegen.

Mehr auf die „Schale“ hebt die Kirchen-Volksbewegung Wir sind Kirche in ihrer mit **„Erschütternde und traurige Bilanz jahrzehntelanger Fehlsteuerungen“** überschriebenen Stellungnahme ab:

„Die immer wieder wechselnden und von den Kirchenleitungen verordneten so genannten Pastoralkonzepte gehen an den theologischen Erkenntnissen und den Bedürfnissen der Gemeinden vorbei“. - Sodann: „Die langwierige und trotz anzuerkennender Fortschritte immer noch zögerliche Aufarbeitung der sexualisierten Gewalt ist sicher ein wesentlicher Grund“. Drittens: „Die grundsätzliche Diskriminierung von Frauen durch die Verweigerung der Weihe ist sicher für viele, auch für Männer, ein Zeichen von Halsstarrigkeit, die in einer Gemeinschaft, die sich auf Jesus, den Christus beruft, keinen Platz haben darf und der sie deshalb den Rücken kehren.“ (Dieses Argument kann natürlich mit Verweis auf die evangelische Kirche leicht gekontert werden, was von „Köln“ aus auch schon geschehen ist!).

Einen anderen Aspekt der negativen Statistik nimmt WsK auch in den Blick: „Der nochmal von 9,3 auf 9,1 Prozent zurückgegangene Gottesdienstbesuch ist als logische Folge des immer noch betriebenen Abbaus von Gottesdienstangeboten, von Pfarreischließungen und -zusammenlegungen sowie des Festhaltens an überkommenen Personalstrukturen zu sehen“.

Insgesamt stellt sich diese Stellungnahme hinter den Vorsitzenden der DBK und den „Synodalen Weg“: „Bätzing verdient alle Unterstützung, wenn er ‚mutige Veränderungen in den eigenen Reihen‘ fordert und zu Recht die Frage stellt, wie Kirche den

Menschen wieder eine Beheimatung in der Kirche geben kann.“ – „Es bleibt zu hoffen, dass der Synodale Weg ... möglichst bald zu konkreten Ergebnissen in den seit Jahrzehnten drängenden Reformanliegen führt und diese dann auch umgesetzt werden.“

Der Feuilleton-Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Rudolf Neumaier, stellt die Austrittszahlen in einen noch größeren historischen Horizont: „Wenn der römisch-katholischen Kirche heute die Gläubigen davonlaufen, sind das Spätfolgen von 1870“ (SZ 18./19.7.2020). Will sagen: des im 1. Vatikanischen Konzil dogmatisierten Jurisdiktionsprimats des Papstes und dessen Unfehlbarkeit. Eine „rettungslos hierarchische Struktur“, wie sie sonst nur noch in Nordkorea zu finden sei, passt einfach nicht mehr in die Moderne. In weniger drastischen Worten haben diesen Befund Religionssoziologen wie z. B. der 87-jährige Franz-Xaver Kaufmann, schon vor Jahrzehnten diagnostiziert.

Auf der anderen Seite des Spektrums im deutschen Feuilleton wird Kirchenreform mit Selbstaufgabe gleichgesetzt und ebenso radikal abgelehnt. Ein Redakteur einer Zeitung, die sich selbst für ‚schlaue Köpfe‘ empfiehlt, - sein Name sei hier (fremd)schamhaft verschwiegen – zitiert zustimmend aus dem Buch „Wider den Methodenzwang“ von Paul Feyerabend (1924 – 1994) aus dem Jahr 1976 (!): „... wer den heutigen Katholizismus nicht mag, sollte austreten und Protestant oder Atheist werden, statt ihn durch alberne (sic!) Reformen zu verderben“ (FAZ 5.8.2020). Das ist einerseits sehr hellichtig – denn jetzt treten mehr und mehr tatsächlich aus -, übersieht aber andererseits die historische Bedingtheit des „heutigen Katholizismus“. Das neueste Buch des Kirchenhistorikers Hubert Wolf trägt den Untertitel: Die Erfindung des Katholizismus im 19. Jahrhundert (Der Unfehlbare, München 2020). Der Traditionalismus, der sich auch in der Kirchenpublizistik findet, übersieht, dass lebendige Tradition immer auch Veränderung und Reformen bedeutet.

### Ein kleiner Lichtblick?

Während die Zahl der Kirchenmitglieder in den vergangenen 25 Jahren um etwa ein Fünftel sank, ging die der **Theologiestudierenden nur um 7 %** zurück. Die allermeisten von ihnen sind allerdings keine sog.

Volltheologen, sondern studieren für das schulische Lehramt, wobei Theologie etwa ein Drittel ihres Studiums ausmacht. Volltheologen, vor 25 Jahren noch mehr als 700, gab es in 2018 noch ca. 100. Dieser Rückgang hat Auswirkungen auf die katholisch-theologischen Fakultäten, von denen es knapp 20 gibt. Im Juni 2020 hat eine vom Münsteraner Bischof Felix Genn geleitete Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die Ausbildung der wenigen Priesteramtskandidaten auf drei Standorte zu beschränken. Dieser Vorschlag, der lediglich die Priesterausbildung im Blick hat, hat heftige Reaktionen hervorgerufen, natürlich in erster Linie von Seiten der nicht aufgeführten Standorte. Er wirft die Frage nach der Zukunft dieser Fakultäten auf. „Für die Reproduktion der Theologie als Wissenschaft braucht es ausreichend viele Fakultäten“, sagte der einschlägige Experte, der studierte Ökonom und Theologe Bernhard Emunds, Frankfurt. Außerdem habe die Theologie im deutschsprachigen Raum immer noch weltweit eine hohe wissenschaftliche Reputation und Bedeutung, was sich an der Zahl von Theologen aus aller Welt zeige, die hier zur Fortbildung studieren. Die Theologie kann nicht allein von der Priesterausbildung her konzipiert werden. Es zeigt sich, dass sie sich andererseits aber auch nicht von den Negativtrends der Kirche(n) ohne weiteres abkoppeln kann. Auch hier bedarf es mutiger Reformen.

Die Bischofskonferenz kündigte für den Herbst einen **Studententag** an, der sich mit der Statistik auseinandersetzen soll. Die EKD hat bereits ein Positionspapier ihres „Z- bzw. Zukunfts-Teams“ vorgelegt mit dem Titel **„Elf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche“** ([www.ekd.de/11-leit-saetze-fuer-eine-aufgeschlossene-kirche-56952.htm](http://www.ekd.de/11-leit-saetze-fuer-eine-aufgeschlossene-kirche-56952.htm)). Über diese Leitsätze zur Zukunft der Kirche wird bereits kontrovers diskutiert, sie sollen auf der EKD-Synode im November behandelt - und entschieden? - werden. Man darf gespannt sein, was auf beiden Seiten herauskommt. Vielleicht können wir in der „Weihnachtsnummer“ darüber berichten.

\*\*\*

Werner Müller

## Sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche: Aufarbeitung 2.0 hat begonnen

Zuletzt wurde in dieser Zeitschrift berichtet, dass die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) mit dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) am 28. April 2020 eine „Gemeinsame Erklärung über verbindliche Kriterien und Standards für eine unabhängige Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Deutschland“ abgegeben hat (vgl. *imprimatur* 2/2020, S. 126 f.). Dies war eine Absichtserklärung, die am 22. Juni 2020 durch eine Vereinbarung zwischen den beiden Seiten verbindlich wurde. Damit verpflichtete sich die DBK als erste Institution in Deutschland zu einer unabhängigen, transparenten Aufarbeitung – was vom Unabhängigen Beauftragten, Johannes-Wilhelm Rörig, „beispielgebend für andere gesellschaftliche Akteure“ genannt wurde (und später als leichtes Druckmittel gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die einen etwas anderen Ansatz verfolgt, verwendet wurde).

Drei Tage später unterzeichnete der Beauftragte der Bischöfe für sexuellen Missbrauch, Bischof Stephan Ackermann, für sein eigenes Bistum diese Erklärung und setzte damit die institutionelle Aufarbeitung im Bistum Trier in Gang. Es ist vorgesehen, dass alle anderen Bistümer „zügig“ dies ebenso tun. (Inwieweit dies drei Monate später geschehen ist, übersteigt unsere journalistischen Kapazitäten; wir beschränken uns deshalb auf den Stand der Dinge im Bistum des Missbrauchsbeauftragten).

Damit tritt der Prozess der Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche Deutschlands, der mit der sog. MHG-Studie 2014 begonnen wurde - die Forschungsergebnisse wurden im September 2018 öffentlich vorgestellt – zwei Jahre danach in eine neue Phase. Die genannte

Studie hatte aufgrund von Akten vorrangig das quantitative Ausmaß des Missbrauchs erfasst – es war erschreckend groß -, jetzt soll nach der getroffenen Vereinbarung darauf aufbauend in den einzelnen Diözesen qualitativ und im Einzelnen erfasst werden, welche Taten, welche Täter und Opfer es gab – MHG hatte diese anonymisiert -, wie mit ihnen von wem umgegangen wurde usw. Dies soll nicht in einer nationalen Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission geschehen, wie vom „Eckigen Tisch“ gefordert, sondern in einzelnen regionalen, diözesanen Unabhängigen Kommissionen.

Parallel dazu gibt es in manchen Diözesen, z.B. Köln, Münster, Mainz, Hildesheim und Limburg, bereits Anstrengungen zur qualitativen Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs. Diese sollen fortgesetzt und die gewonnenen Erkenntnisse in den mit der UBKSM jeweils vereinbarten Prozess eingebracht werden. So etwa die, welche der Abschlussbericht einer im Bistum Limburg von 70 Fachleuten angestellten Studie, die am 13. Juni 2020 in der Frankfurter Paulskirche der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, zu Tage gefördert hat. Sie untersuchte ebenfalls wie die MHG-Studie Missbrauchsfälle im Bistum seit 1945, aber mit besserem Aktenzugang und mit externer Beobachtung durch eine Rechtsanwältin; sie nennt Namen von Tätern und Opfern und erfasst, wie der Diözesanbischof und seine Behörde mit ihnen umgegangen sind sowie die systemischen Ursachen, und macht auf dieser Basis über 60 Vorschläge für weitere Maßnahmen (Vgl. Norbert Lüdecke, *Scham ja, aber...*, *Christ & Welt* 9.7.2020). In Limburg bemüht man sich um eine „Äquivalenzbescheinigung“ von der UBKSM, um einen Großteil des Aufarbeitungsprozesses nicht nochmals durchlaufen zu müssen. - In anderen Bistümern, in denen ähnliche Untersuchungen bereits laufen oder sogar abgeschlossen sind, gibt es juristische Probleme, vor allem was den Datenschutz betrifft. In Köln z.B. haben „mehrere vormalige Generalvikare und andere ranghohe Kleriker ... mit Hilfe namhafter Anwälte im März verhindert, dass ein von Woelki in Auftrag gegebener Bericht öffentlich wurde“ (D. Deckers, *Juristische Schere im Kopf*, *FAZ* 31.8.2020). Mit solchen Problemen dürften auch die neu

vereinbarten Aufarbeitungen konfrontiert sein.

Die Aufarbeitung in den einzelnen Diözesen begleiten und für überregionale Zusammenarbeit sorgen soll eine überdiözesane Geschäftsstelle in Bonn. Bisher gibt es auf dieser Ebene schon die „Zentrale Koordinierungsstelle“ (ZKS), die aber lediglich für „Leistungen in Anerkennung des Leids, das Opfern sexuellen Missbrauchs wurde“, zuständig ist und Empfehlungen zur Höhe der zu zahlenden Leistungen ausspricht. Die neue Geschäftsstelle wird für Entschädigungen (Schmerzensgeld, Schadenersatz) – die von den genannten Leistungen zu unterscheiden ist und über deren Größenordnung die Vollversammlung der Bischöfe gerade in diesen Tagen berät – zuständig sein; sie soll ihre Arbeit aufnehmen, wenn der entsprechende Fond eingerichtet ist, der ebenfalls zur Zeit in Fulda zur Debatte steht.

Schon diese wenigen Details zeigen, dass die Umsetzung der getroffenen Vereinbarung keine einfache Sache ist. Dies gilt besonders für die Unabhängigen Kommissionen, auch „Aufarbeitungskommissionen“ genannt, die die qualitativen Untersuchungen durchführen sollen. In ihnen sollen Vertreter der Kirche, Wissenschaftler, Juristen, Vertreter des Staates und Betroffene zusammenwirken. Für die Bistümer stellt sich die etwas ‚dialektisch‘ anmutende Aufgabe, ein Gremium einzurichten, das von ihr unabhängig sein soll. Sie wird dadurch zu lösen versucht, dass ihre Mitglieder durch staatliche Stellen rekrutiert werden, die dann vom Bischof ernannt werden.

Die Beteiligung der Betroffenen, laut Rörig „der Schlüssel für eine erfolgreiche Aufarbeitung des Unrechts“, soll durch einen Betroffenenbeirat von fünf Personen sichergestellt werden. Interessierte konnten sich in Trier bis Ende August im Generalvikariat melden. Ein weiteres Gremium aus je einem Vertreter des Bischofs, der Fachpraxis und der Wissenschaft trifft dann eine Auswahl für den Beirat. Dieser soll dann ebenso wie die Aufarbeitungskommission bis Ende September eingerichtet sein, so dass die konkrete Arbeit im Oktober 2020 beginnen kann; Insider gehen eher von Ende des Jahres aus – „coronabedingt“.

Dass die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs, die erst 2010 in Gang kam, obwohl spätestens seit den 1990er Jahren die kirchlich Verantwortlichen davon hätten wissen müssen, auch in der zweiten Phase, die im Frühjahr 2020 begonnen hat, für die Betroffenen zu langsam vorangeht, ist sehr verständlich. Andererseits ist der Aufarbeitungsprozess, der von dem Historiker Thomas Großbölting mit der Aufarbeitung von Verantwortlichkeiten und Täterschaften in der DDR verglichen wurde, eine recht komplizierte Angelegenheit, wie vielleicht oben angedeutet werden konnte. Ein solcher Prozess mit vielen beteiligten Instanzen braucht Zeit. Es ist zu hoffen, dass er dann aber auch nachhaltig ist und wirkt.

Ergänzend soll hier noch auf eine andere Form, besser: Ebene, der Aufarbeitung hingewiesen werden: die theoretisch-reflexive „Verarbeitung“. Die Missbrauchstaten stellen einen ja nicht nur vor menschliche Abgründe, sondern zusätzlich vor die Frage, wie solches im Raum einer Religion, des Christentums, des Katholizismus mit seiner hochstehenden „offiziellen“ Moral, in solchem Ausmaß und von führenden Vertretern begangen werden konnte und kann. Diese Fragen haben die berichtete praktisch-politische Aufarbeitung von Anfang an begleitet und werden nun in einer Bilanz der Debatten der vergangenen 10 Jahre in kompakter Form vorgelegt, in einer die Disziplinen – nicht nur der Theologie – übergreifenden *Quaestio disputata* im besten Wortsinn:

**Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im Raum der Kirche. Analysen – Bilanzierungen – Perspektiven.** Hrsg. von Konrad Hilpert, Stephan Leimgruber, Jochen Sautermeister und Gunda Werner, Freiburg 2020, Verlag Herder (QD 309), 447 Seiten.

Dieser Sammelband, an dem 32 Autor\*innen mitgearbeitet haben, kann hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden, - die Redaktion behält sich (und nimmt sich!) aber eine genauere Besprechung vor. - Unter den Autoren sind viele, die sich in den vergangenen zehn Jahren prominent zur Thematik geäußert haben.

Drei seien hervorgehoben: Klaus Mertes SJ, der 2010 Missbrauchsfälle am Berliner Canisiuskolleg erstmals öffentlich gemacht und damit einen Stein ins Rollen gebracht hat und seitdem maßgebend die Debatte mitbestimmt.

Der erste Herausgeber, Konrad Hilpert, der bereits 2010 – meines Wissens als erster – in der Herderkorrespondenz die „Systemfrage“ gestellt hat („Auch ein systemisches Problem? Sexueller Missbrauch und die Sexuallehre der Kirche“, in HK 64 (2020) 173 – 176). Bezeichnenderweise wird sie im Sammelband von Mertes umfassend behandelt („Wie systemisch ist Missbrauch?“ , S. 119 – 128).

Und schließlich Andreas Kruse, der als Psychologe und Kulturwissenschaftler federführend an der MHG Studie mitgearbeitet hat (H steht für Heidelberg, wo Kruse das Institut für Gerontologie der Universität leitet).

Es lohnt sich für jede(n), die bzw. der sich nicht nur oberflächlich mit der Missbrauchsthematik beschäftigen will, ihre Beiträge zu lesen und zu studieren – und die der übrigen Beiträger\*innen natürlich ebenfalls.

\*\*\*

Irmgard Rech

## **Fortführung und Steigerung der Frauenmissachtung in der jüngsten vatikanischen Instruktion vom 20. Juli 2020**

### **Zwei skandalöse Folgen eines überhöhten Priesterbildes**

---

Mehr als die Hälfte der deutschen Bischöfe äußern erstmals ihren Widerspruch gegen ein Papier aus Rom. In dem jüngsten

Schreiben der Klerikerkongregation vom 20. Juli sind alle kooperativen Modelle der Gemeindeleitung untersagt worden. Obwohl überall Priester fehlen, muss es weiterhin ein Priester sein, der eine Gemeinde leitet. Im Jahre 2015 hatte die deutsche Bischofskonferenz ein Schreiben veröffentlicht mit dem Titel „Gemeinsam Kirche sein“. Darin haben die Bischöfe sich für neue Formen der pastoralen Zusammenarbeit von Priestern und Laien ausgesprochen, Frauen eingeschlossen, auch in der Leitung der Pfarrgemeinden. In mehreren Bistümern hat man sich auf den „Synodalen Weg“ gemacht und mit den Reformen begonnen. In Freiburg, Mainz oder Osnabrück und weiteren Diözesen werden solche Leitungsteams bereits praktiziert. Jetzt im Juli 2020 hat Rom allen deutschen Bischöfen für diese aus der Not geborenen Reformen ein Veto ausgesprochen.

## **Bischöfe verweigern erstmals den Gehorsam**

Die Bischöfe sehen darin einen fraglichen Eingriff in ihre Kompetenz. Statt willigen Gehorsam zu zeigen formulieren sie Kritik und Protest. Und das tun sie nicht versteckt oder im Stillen, sondern in aller Öffentlichkeit. In ihren Bistumsblättern wie in regionalen und überregionalen Tages- und Wochenzeitungen werden ihre durchaus geharnischten kritischen Einwände gedruckt zusammen mit ihrem Porträt. Der Kirchenrechtler Thomas Schüller jubelt: „Jetzt machen die Bischöfe endlich das, was ich mir schon in der Debatte um die Schwangerschaftskonfliktberatung gewünscht hätte. Da war Bischof Kamphaus der einzige“ (Interview in Christ u. Welt v. 30. Juli). Endlich erhebt eine Mehrzahl der Bischöfe Einspruch gegen einen vatikanischen Normtext, sie „remonstrieren“, was Schüller ein ungeschriebenes Gesetz im Kirchenrecht nennt. Nun sind die Bischöfe mit ihrem Vorsitzenden Georg Bätzing die Hoffnungsträger für alle Enttäuschten, für alle Männer und Frauen, die sich für Reformen in der Kirche engagieren.

## **Ohne Weihe keine Vollmacht**

Der schärfste Widerspruch richtet sich gegen das überhöhte vorkonziliare Priester-

bild, das bestimmend ist für den Sprachstil der Instruktion wie für alle restriktiven Mahnungen in Bezug auf Reformen. Alle Entscheidungsmacht gehört den Geweihten. „Wer sie (die Priesterweihe) nicht hat, kann, auch nicht im Falle des Priestermangels, weder den Titel noch die entsprechenden Funktionen erhalten.“ (S. 15) Die Pfarrgemeinde leiten dürfe nur der Pfarrer. „Daher sind Bezeichnungen wie ‚Leitungsteam‘, ‚Leitungssequipe‘ oder ähnliche Benennungen, die eine kollegiale Leitung der Pfarrei zum Ausdruck bringen könnten, zu vermeiden“ (S. 15). Mit diesem Verbot wird der, welcher die Macht hat und mit dem Glanz der sakralen Weihe umgeben ist, weit über die Laien erhoben. Die klerikalen Verfasser scheuen sich nicht, sich dabei auf Gott zu berufen, indem sie ein Zitat einfügen aus einem Enchiridion Vaticanum (21) von 2002, das fordert, dass diese Unterschiedenheit „aufmerksam beachtet und geschützt“ wird, „wie sie der Kirche, die Gott organisch strukturiert wollte, eigen (ist), aufmerksam beachtet und geschützt (wird)“ (S. 20). Die schönen Worte von einer „harmonischen Synthese der Charismen“ und einem „neuen Stil der Zusammenarbeit“ für „die pastorale Umkehr im missionarischen Sinn“ gleich auf der ersten Seite der Instruktion, entpuppen sich als Täuschung und Lüge. Darauf muss mit Empörung reagiert werden, weil sich zwei skandalöse Folgen dieser priesterlichen Überstiegenheit in erschreckender Weise offenbaren.

### Trierer Bischof vermisst das völlige Übergehen der Missbrauchsskandale

Es ehrt den für die Aufarbeitung der sexuellen Missbrauchsfälle in der Kirche beauftragten Trierer Bischof Stephan Ackermann, sofort und als erster seiner Empörung Luft gemacht zu haben: „Das Dokument hebt sehr stark den Priester, insbesondere in der Rolle als Pfarrer hervor. Ich bin irritiert darüber, dass vom Thema Missbrauch und Prävention keine Spur zu finden ist. Es kommt kein Problembewusstsein zum Ausdruck, dass Pfarreien Orte von sexueller Gewalt waren und sein können“ (Interview im Paulinus v. 02. Aug.).

Was hier konstatiert werden muss, ist die absolute Unfähigkeit der katholischen Priesterkirche, eine über die Maßen schwere Schuld einzugestehen und aufzuarbeiten. Das Leid der Opfer mit ihren verwundeten Leibern und Seelen soll der Vergessenheit anheimfallen. Eine schuldbewusste und büßende Kirche ist gemäß dieser Instruktion einer Klerikerkongregation aus Rom nicht vorgesehen. Denn es geht ihr ja um den Schutz aller Vollmachten des mit dem „höchsten“ Sakrament der Priesterweihe ausgestatteten zölibatären Mannes. Die für eine Reform verordnete Terminologie muss „in korrekter Weise“ dem „wesentlichen Unterschied zwischen dem allgemeinen und dem besonderen Priestertum“ entsprechen. (S. 21)

### Eine skandalös maskuline Kirchensprache

Die zweite erschreckend skandalöse Folge der Priesterüberhöhung ist die totale Missachtung der Forderung heutiger Frauen nach Gleichberechtigung. So wie Bischof Ackermann sich fassungslos gezeigt hat vor der römischen Gewissenlosigkeit angesichts der weltweiten klerikalen Vergehen an Schutzbefohlenen, sollten auch wir Frauen mit unserer Fassungslosigkeit nicht hinter dem Berg halten und herausstellen, wie weit Kleriker in ihrer zölibatären Frauenmissachtung gehen. Gleich auf der ersten Seite der Instruktion wird mit einem Zitat von Papst Franziskus unmissverständlich klar gemacht, dass „Kreativität“ in der Reform die Beachtung des „Kodex des kanonischen Rechts“ mit einschließt, da er „uns sehr viele Möglichkeiten und große Freiheiten“ biete. Damit ist ein klares Nein zur Frauenordination (c. 1024) ausgesprochen ganz im Gehorsam gegenüber der Erklärung der Glaubenskongregation „Inter Insigniores“ von 1977 und des Apostolischen Schreibens von Papst Johannes Paul II. „Ordinatio Sacerdotalis.“

Um auch nicht die leiseste Hoffnung aufkommen zu lassen, es könnte jemals eine Gleichberechtigung der Geschlechter im Amt der katholischen Kirche geben, benutzen die Verfasser eine rein maskuline Sprache, in der das Wort Frau ausgelöscht ist. Draußen in der Welt mag es zugestandenmaßen „Männer und Frauen“ geben (S.

6). Von der Emanzipation der Frau dort draußen, die Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ als ein „Zeichen der Zeit“ anerkannt hat (vgl. Ida Raming, Römisch-katholische Priesterinnen, S. 64), sollte nichts in den Binnenraum der Kirche eindringen. Hier bleibt es bei der Vor-Herrschaft des Mannes. Alle Wörter, die eine pastorale Tätigkeit benennen, bleiben ohne weibliche Endungen. Es gibt keine Gemeindereferentinnen, keine Pastoralreferentinnen, keine Lektorinnen, erst recht keine Diakoninnen. Als sich nach dem 2. Weltkrieg eine Gruppe von Frauen als Mitglieder eines sozial-caritativen Säkularinstituts mit Bischof Faulhahners Segen in München Diakoninnen nannten, wurde ihnen auf römisches Geheiß die Bezeichnung „Mägde“ (ancillae) aufgezwungen. Ob Frauen sich in ihrem Engagement dadurch verletzt fühlen, findet keine Beachtung. Der Mainzer Bischof Kohlgraf sorgt sich um die vielen (noch) Engagierten: „Bald werden sie genug davon haben, wenn ihr Engagement nur misstrauisch beäugt und von oben herab bewertet wird“ (Paulinus v. O2. August, S.3). Wir als engagierte Frauen unter den männlichen Laien erleben Schlimmeres. Wir werden einfach unter den Begriff der Laien subsummiert. Wir sollen als Geschlecht verschwinden. Für die klerikalen Schreiber der Instruktion gibt es nur Jünger, aber um Gotteswillen keine Jüngerinnen, „in der Nachfolge ihres Meisters“ stehen nur „die Jünger des Herrn“, sie sind „die Jünger Christi“ (S. 4). Ihre Blindheit für Frauen bringt alle Frauen im Neuen Testament zum Verschwinden. Sie bleiben aus dem Umkreis Jesu verbannt wie aus dem Umkreis des Heidenmissionars Paulus. Als auf die Hauskirchen der Frühzeit als Entstehungsform erster Pfarreien hingewiesen wird (S. 2), gibt es keine Lydia, die Paulus in Philippi in ihr Haus aufgenommen hat, das so zur Urzelle des europäischen Christentums geworden ist.

Zu dem Begriff „Haus“ sind drei Bibelstellen angegeben, zwei beziehen sich auf das „Haus“ von Prisca und ihrem Mann Aquila (Röm 16, 3-5; 1 Kor 16, 19-20), die dritte Phil 4,22 ist eine Falschangabe. Zitiert wird der Name des Ehepaares natürlich nicht, dann wäre ja eine Frau mitgenannt. Man gewinnt den Eindruck, dass mit der Ver-

meidung von biblischen Frauennamen jeder Anschein ausgeschlossen werden soll, als hätten Frauen im NT je etwas gegolten, worauf heutige Frauen sich berufen könnten, wenn sie die Mitwirkung im Amt fordern.

## Eine Machtansage ohne jedes Unrechtsbewusstsein

Bei dieser vermännlichten Sprache müssen wir Frauen auf der Hut sein. Sie dient der Verdrängung und Verleugnung des zweitausendjährigen Unrechts gegen die Frauen. Die Streichung des Wortes Frau und die Vermeidung der weiblichen Endungen zusammen mit der Subsumierung der Frauen unter den Begriff der Laien in der Kirchensprache soll verhindern, das Frauenproblem ins Bewusstsein zu heben. Die Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und einzige Frau im Präsidium des Synodalen Weges Karin Kortmann bezeichnet die Instruktion aus dem Vatikan zutreffend als „eine Machtansage“ und ergänzt: „An die Bischöfe, an die Laien, an den Synodalen Weg“ (Interview in frau und mutter Nr. 9/20). Unbedingt hinzugefügt werden muss: Sie ist vor allem eine Machtansage an die Frauen. Gemäß der Instruktion bleiben wir in doppelter Weise für immer ausgeschlossen aus der Gemeindeleitung. Einmal, weil wir Laien sind, und sodann weil wir weiblichen Geschlechts sind. Die zugelassenen Begriffe für eine nach can. 517 § 2 mögliche Beteiligung an leitenden Aufgaben sind alle männlich: „pastoraler Mitarbeiter“, „pastoraler Assistent“, auch „Beauftragter (für einen pastoralen Teilbereich)“ (S. 21).

Jedem Bischof, der sich für die Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung in der Kirche in den synodalen Debatten starkmacht, möchte ich den Rat geben, immer auch die weibliche Form mit zu nennen, wenn kirchliche Ämter und Dienste angeführt werden und so die Sprache der geschlechtergerechten Partizipation in die Kirche einzuführen. Denn zweifellos kommen nicht wenigen die Worte „Priesterin“ und „Priesterinnen“ noch kaum über die Lippen, obwohl es sie in der katholischen Kirche schon gibt (Vgl. den Artikel von Ida Raming in der vorigen Nummer).

## Bischof Bätzing will Kardinal Stella in die synodale Debattenkultur mit hineinziehen

Durch den synodalen Weg ist in der katholischen Kirche eine bis dahin nicht dagewesene offene Debattenkultur erwacht. Sofort bei ihrem ersten Arbeitstreffen am 24. August haben sich die Bischöfe mit ihrem Vorsitzenden Georg Bätzing entschlossen, auf das Gesprächsangebot von Kardinal Stella, dem Präfekten der Kleruskongregation, einzugehen und Rom in die neue Debattenkultur hineinzuziehen. Georg Bätzing überraschte mit dem Vorschlag, die Kongregation möge das Gespräch auch mit dem Präsidium des Synodalen Weges suchen.

Über die Instruktion lässt sich positiv sagen, sie hat in erschreckender Weise deutlich gemacht, zu welch skandalösen Folgen ein in die Höhe geschraubtes Priesterverständnis führt, zu einer verlogenen Sprache und zur Blindheit für Unrecht und Vergehen, die in seinem Namen geschehen und geschehen sind.

Setzen wir also auf einsichtige Bischöfe, die diese frauenfreie Sprache des Vatikans nicht mehr mitsprechen wollen. Von unserem Bischof Ackermann, der zu Beginn seiner Trierer Synode die Forderung nach dem Priesteramt für Frauen noch von der Liste der zu verhandelnden Themen gestrichen sehen wollte, gibt es nach der kürzlich in Ludwigshafen stattgefundenen Regionalkonferenz des überdiözesanen Reformprojekts Synodaler Weg ermutigende Äußerungen zu hören. Laut Saarbrücker Zeitung spricht er von einer „Kulturveränderung“, die eine „Dynamik entfalten werde“, die unabhängig davon sei, ob einzelne davon erfreut oder beunruhigt seien.

\*\*\*

**Helfen zur Selbsthilfe**

[www.misereor.de](http://www.misereor.de)

**MISEREOR**  
DAS HILFSWERK

SR. Hildegard Schreier Missionarin Christi

## Offener Brief an Bischof Vorderholzer

Sehr geehrter Herr Bischof Vorderholzer, über die Meldung auf [www.katholisch.de](http://www.katholisch.de) habe ich von Ihrem offenen Brief an die Teilnehmer\*innen des Synodalen Weges erfahren, in dem Sie gegen die Missachtung der ursprünglichen Abmachung Einspruch erheben und das niedrige Niveau der theologischen Diskussion bemängeln. Damit mögen Sie durchaus Recht haben. Ob es für das weitere Gespräch im Forum hilfreich ist, diesen Weg des offenen Briefes zu wählen, mögen die Betroffenen entscheiden...

Im Folgenden will ich versuchen, Ihnen mitzuteilen, was mich als „Außenstehende“ in diesem Zusammenhang beschäftigt:

Grundsätzlich ist es wohl immer problematisch, mit Bibelzitate zu argumentieren; es ist in jedem Fall interessant, welche Stellen herangezogen werden und welche nicht, welche im Verhältnis zu anderen ein größeres Gewicht erhalten und welche unter den Tisch fallen. Ich denke, dass es immer wichtig ist, die Worte der Heiligen Schrift nicht wörtlich, aber ernst zu nehmen, besonders wenn es um Jesus-Worte geht. Sie ernstnehmen bedeutet aber auch, ihren Ursprung im Kontext der damaligen Zeit zu reflektieren. Es ist im Kontext der damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse fraglos selbstverständlich, dass Jesus für den Zwölferteil (als Repräsentanten der Stämme Israels?) nur Männer auswählen konnte; Frauen hatten eine andere Rolle und waren durch ihre Verantwortung im Haus zuständig für die Heiligung des Volkes.

Ich brauche hier nicht die gesamte diesbezügliche Diskussion aufrollen; beim Synodalen Weg sind genügend kompetente Theologen und Theologinnen vertreten – es ist im Übrigen noch gar nicht so lange her, dass man Frauen ein Universitätsstudium gar nicht zutraute... Welches schräge Frau-

enbild in den Köpfen von Klerikern bis heute vertreten und für Frauen durchaus spürbar ist, wäre ein anderes Thema.

Sie machen sich Sorgen um das theologische Reflexionsniveau? Ich frage Sie, ob Sie sich nicht noch mehr Sorgen machen müssten darüber, dass Jesu Botschaft vom „überfließenden“ Leben den Kirchenvertretern nicht geglaubt wird,

- wenn Kirche bzw. Kleriker als hoffnungslos rückständig erlebt werden,
- wenn Gläubige von Priestern von oben herab behandelt werden und sich nicht ernstgenommen fühlen,
- wenn Gläubige Sonntag für Sonntag das lieblose Lesen der Messe und/oder die homiletische Inkompetenz von Priestern erleben,
- wenn Priester und Hauptamtliche in der Pastoral Angst haben, offen zu sagen, was sie denken,
- wenn Priester ständig am burn-out entlangschrammen, weil sie mit der Verantwortung bzw. der Arbeitsmenge überfordert und zu Delegation und Zusammenarbeit unfähig sind,
- wenn Kleriker sich auf Sakramentenspendung zurückziehen, ansonsten aber nicht in der Lage sind, auf Menschen zuzugehen und mit ihnen zu kommunizieren,
- wenn fremdsprachige Priester so schlecht Deutsch sprechen, dass weder das vorgetragene Evangelium noch die abgelesene Predigt verständlich sind,
- wenn Priester das Bild vom Hirten und der Herde dazu missbrauchen, Charismen in der Gemeinde abzuwürgen,
- wenn Kirche als Moralinstanz in Fragen von Ehe und Familie auftritt, ihre Vertreter aber die eigene (Homo-)Sexualität ausleben,
- wenn Klerikern ihr gestörtes Verhältnis zu Körperlichkeit und Sexualität deutlich anzumerken ist, oder sie sich an Kindern vergreifen, weil sie mit ihrer Sexualität nicht zurechtkommen,
- wenn Klöster als „gay communities“ funktionieren, in der die Rangordnung sich durch die sexuelle Beziehung zum Oberen sortiert,
- wenn Gläubige erleben, dass Priester über Jahre und Jahrzehnte sexuelle bzw. eheähnliche Beziehungen pflegen, die wiederverheiratete Geschiedene aber nicht zum Sakramentenempfang zugelassen ist,
- o...

Die Liste ließe sich noch lange fortführen.

Priester sind berufen, sich für das Volk Gottes zu heiligen und damit auch Vorbild und Motivation zu sein für die Gläubigen. „Heilig sein“ kann aber nicht heißen verklemmt, überheblich, arrogant, Frauenverachtend, heuchlerisch, ...

Und die Zuordnung von besonderem zu allgemeinem Priestertum kann nicht darin bestehen, dass Kleriker den „Glaubenssinn des Volkes“ ignorieren und meinen, die Krise des Glaubens einfach aussitzen zu können, bis Gott wieder mehr Priester schickt.

Mir ist bewusst, dass die Zulassung von Frauen zu Weihe-Ämtern auch nicht alle Probleme der Kirche lösen würde. Aber mindestens in diesem Punkt würde Kirche Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, weil sich viele Gläubige ernst genommen fühlen würden.

Die Zeiten sind vorbei, in denen die Gläubigen sich als Schafherde verstanden und dem Pastor gefolgt sind, ohne darauf zu achten, wohin sie wie geführt werden. Pfarreien mit 12.000 Gläubigen wecken bei mir außerdem eher das Bild von Massentierhaltung. Nachgehende Seelsorge ist bei dieser Größe für den Pfarrer schlichtweg nicht möglich.

Und, um im Bild zu bleiben:

Der Hirte ist auf die Schafe angewiesen, weil sie seinen Lebensunterhalt darstellen. Er sollte sich also hüten, die Herde auf eine karge Weide zu treiben, wenn nebenan satte Gras wächst. Die Schafe wissen sehr gut, wo es etwas zu fressen gibt. Dementsprechend läuft „im richtigen Leben“ der Hirte oft neben oder hinter den Schafen her...

Es nützt den Schafen auch nichts, wenn der Hirte in Ernährungswissenschaft promoviert hat, vor lauter Begeisterung über die schöne Theorie aber vergisst, die Schafe aus dem Stall zu lassen...

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen fruchtbare Beratungen!

München, am 03. Sept. 2020

Sr. Hildegard Schreier Missionarin Christi

Hinweis der Verfasserin: der Anlass des Briefes war ursprünglich kein offener Brief!

\*\*\*

Gregor Tischler

## Der andere Missbrauch (III)

Ende April dieses Jahres widmete das Magazin der Süddeutschen Zeitung die Titelgeschichte einem erschütternden Missbrauchsfall im kirchlichen Bereich<sup>1</sup>. Die Autorin Nina Schick recherchierte, ohne von kirchlicher Seite wesentliche Hilfe zu bekommen, über viele Monate hinweg die Umstände, unter denen ihr Vater, der stets unter Depressionen gelitten hatte und schließlich Selbstmord beging, in seiner Jugendzeit der fünfziger Jahre vermutlich von einem Priester sexuell missbraucht wurde. Wahrscheinlich, so die Recherche der Autorin, geschah dies in einem mehrere Wochen dauernden und von der Kirche organisierten Zeltlager.

Inzwischen gilt es im öffentlichen Diskurs als Gemeinplatz, dass da, wo in der Nachkriegszeit eine besondere Nähe von Priestern zu Jugendlichen möglich war, in der Regel auch sexueller Missbrauch stattfand. Vor allem in kirchlichen Einrichtungen, in Internaten etwa, sei es, so die häufig zu hörende Behauptung, immer wieder dazu gekommen.

Trotz allem ist diese Verurteilung kirchlicher Einrichtungen zu pauschal. In bei

weitem nicht allen Internaten geschahen sexuelle Übergriffe. Wenn es doch dazu kam, so waren es immer nur einzelne unter den Priestern und Vorgesetzten, die solche Verbrechen begingen. Doch eine andere Form von Missbrauch, nämlich von psychischem, seelischem, war speziell in kirchlichen Internaten im wahrsten Sinn des Wortes an der "Tagesordnung": Die Ausübung körperlicher und seelischer Gewalt war selbstverständlicher Bestandteil einer vorgeblich "christlichen" Erziehung.

Das Schema Befehl-Gehorsam, eng verbunden mit der Überbetonung eines strafenden Gottes; galt verbreitet als christlich<sup>2</sup>. Einschüchterung, strenge Bestrafung, Demütigung: Fast jeder, der in den fünfziger und sechziger Jahren Internatsschüler war, kann davon erzählen. Meist kam es, aus psychologischer Sicht verständlich, auch zu Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen selbst, zur Bildung von "Hierarchien" und zur Drangsalierung der Schwachen. Dagegen wurde von Seiten der Erzieher nur selten eingeschritten. Man sah derlei eher als "natürlich" an: Echte Jungs müssten sich halt durchsetzen können!

Selbstverständlich gab es da noch eine andere Seite, eine positive. Vor allem für ärmere Familien boten Internate eine preisgünstige Möglichkeit, ihren (meist männlichen) Kindern Bildungschancen zu eröffnen. Staatliche Gymnasien waren damals ja hauptsächlich nur in größeren Städten zu finden. Auf dem Lande gab es meist nichts anderes als die Volksschule. Auch mag das permanente Zusammensein mit Gleichaltrigen vielen Kindern und Jugendlichen das Gefühl der Geborgenheit gegeben haben. Feste Studienzeiten, gemeinsamer Sport, die Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen oder im Chor zu singen - es gibt auch schöne Erinnerungen...

Und dennoch, aus heutiger Sicht muss das Problematische, das mitunter sogar Traumatisierende dieser Erziehung, die sich als religiös, als christlich, als katholisch verstand, äußerst kritisch gesehen werden. Leider hört man dazu von kirchenamtlicher Seite bis heute so gut wie nichts. Zudem gilt es zu bedenken, dass die genann-

<sup>2</sup> Dies lässt sich auch an der damals üblichen Deutung des 4. Gebotes belegen, das fast ausschließlich als Anweisung verstanden wurde, den Eltern nahezu bedingungslos (!) zu gehorchen.

<sup>1</sup> SZ-Magazin Nr. 18/2020, S. 16 - 27

ten Einrichtungen vor allem ein Ziel vor Augen hatten (und deshalb ihren Dienst auch so preisgünstig anboten), kirchlichen Nachwuchs zu schaffen. Wer von den Internatsschülern "aufmüpfig" war - ein rasch geäußertes Urteil von Oben - war dafür eben nicht geeignet.

## Sadismus in kirchlichen Internaten

Beispiele gefällig? Vor kurzem schenkte mir ein langjähriger Teilnehmer an meinem VHS-Fortsetzungskurs über Weltreligionen (und speziell über Geschichte und Entwicklung des Christentums) ein Buch, das er zusammen mit zwei anderen Autoren veröffentlicht hatte:

Klaus-Peter Grünschläger, Franz Josef Schäfer, Ulrich Zimmerer: Hitlerjunge, Soldat, Mönch. Ein Leben unter zwei Kreuzen, Hohenwarsleben 2020, 323 S.

Grünschläger, pensionierter Diplom-Ingenieur, besaß, wie er mir erzählte, den Nachlass eines Kapuziners, eines Fraters Coelestin, der sein Lehrer für Mathematik und Physik in einem hessischen Internat gewesen war und sich über die dort herrschenden Zustände oft auch schriftlich ironisch-kritisch geäußert hatte.

Als ich in dem mir geschenkten Buch, das vor allem eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten ist, blätterte, spürte ich bald die Abgründe, die sich unter dem Anspruch gottgefälliger Erziehung einst auftaten (und es hoffentlich heute nicht mehr tun). Im Internat, dem sog. Fidelis-Kolleg in Bensheim, herrschte autoritäre Strenge, verkörpert insbesondere im Leiter der Anstalt Pater Otto W. Dieser hatte den Texten nach vor allem ein Ziel vor Augen, möglichst viele Schüler - es gab im Kolleg auch eine staatlich nicht anerkannte Klosterschule - "zu Kapuzinern zu machen". Geriet ein Junge in den Verdacht, dies nicht werden zu wollen, warf ihn Pater Otto ohne nähere Begründung aus dem Internat. So geschah es auch dem Mitautor Grünschläger. Als ich diesen um Genaueres bat, schrieb er mir dazu u.a.:

"Einem Rauswurf ohne Unterstützung von außen war kein Fidelis-Schüler gewachsen, da sie im Vergleich zu Gleichaltrigen zurückgeblieben, abgekapselt und eingengt erzogen wurden. (...) Zudem

setzte eine sehr frühe und gezielte Indoktrinierung mit religiösen Inhalten ein. Freies Denken war nicht nur unerwünscht, sondern in diesem geschlossenen System gar nicht möglich (...). Diese enge, nicht zu hinterfragende Religiosität durchsetzte aber jeden Bezug, jeden Gedanken, jeden Schritt, jedes Handeln."

Im letzten Teil des Buches schildert der ehemalige Internatsschüler Ulrich Zimmerer sehr anschaulich den Alltag im Kolleg. Für Zimmerer steht fest: Besonders der Internatsleiter Pater Otto war geradezu sadistisch veranlagt. Um dies zu veranschaulichen, sei hier ein Beispiel aus Zimmerers Erinnerungen angeführt. Als Schüler war er dabei ertappt worden, wie er sich in der Stadt Bensheim mit einem Mädchen getroffen hatte. Nun wurde er in die Turnhalle gerufen, wo Pater Otto auf ihn wartete:

"Der Chef stand am anderen Ende der Halle, wartete und beobachtete jeden meiner unsicheren Schritte auf ihn zu mit sadistischem Vergnügen. Wie eine Katze mit einer Maus spielt, so auch er mit mir. Zuerst sollte ich mich schon wieder gerettet fühlen, fragte er doch nur Unverfängliches. Ich konnte ihn aber gut einschätzen, fühlte mich überhaupt nicht sicher und bekam auch prompt seinen Krallenhieb mit der unvermittelten Frage zu spüren: 'Wer war das Mädchen gestern?'" (S. 296)

Ulrich konnte sich zwar herausreden. Zimmerers Schlussfolgerung jedoch ist gut nachvollziehbar:

"Ein hohes Maß an Lieblosigkeit war an der Tagesordnung. Das Misstrauen vergiftete letztlich jeden Rest an Vertrauen." (ebd.)

Ulrich Zimmerer wurde promovierter Neurologe, Psychiater und Psychoanalytiker. Seinem vernichtenden Urteil über eine derartige, Ängste hervorrufende Erziehung dürfte wenig entgegengesetzt sein.

Doch es gab eine Art Rettungsanker. Frater Coelestin, offensichtlich nur er, gab den Internatsschülern, die unter den Verhältnissen litten, immer wieder Halt. Coelestin, mit bürgerlichem Namen Hans-Günther Geibel (1925 - 1984), war als junger Wehrmachtssoldat gezwungen worden, an einer standrechtlichen Erschießung teilzunehmen; ansonsten wäre er selbst hingerichtet worden. Dadurch war Geibel zeitlebens

traumatisiert und weigerte sich trotz seines Eintritts in den Orden der Kapuziner, sozusagen aus Gewissensgründen, sich zum Priester weihen zu lassen. Aber die Ausstrahlung seiner Menschlichkeit und sein zweifellos christliches Verhalten gereichten so manchem Internatsschüler zur psychischen Rettung - in einem Umfeld zumal, das eher von Unmenschlichkeit und Unchristlichkeit geprägt war. Gut, dass das Andenken an ihn, einen unbekanntem Helden, nun auch ausführlich dokumentiert wurde.

Waren die Verhältnisse im Fidelis-Kolleg typisch für katholische Internate der Zeit vor dem Vaticanum II? Was ich aus zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen "Seminaristen" (so nannte man damals landläufig Internatsschüler) erfuhr, scheint die Frage eher zu bejahen. Zwar dürften die extrem zu nennenden Verhältnisse im Bensheimer Fidelis-Kolleg nicht für alle damals bestehenden katholischen Internate gelten; gewiss nicht alle Leiter oder Präfekten waren so sadistisch wie Pater Otto. Aber autoritäre Einschüchterung, Hochschätzung "schlagender Erziehung" und die ständige Angst vor einem strafenden und hauptsächlich auf sündhafte Sexualität fixierten Gott waren sicherlich bezeichnend für die damaligen kircheninternen Zustände.

### Verliebtsein als schwere Sünde

Auch in meinem persönlichen Erleben gibt es besonders schlimme Erfahrungen, die mit kirchlicher Internatserziehung zu tun haben. Zwar ging ich selbst als sog. Stadtschüler auf ein staatliches Gymnasium in Regensburg, wo etwa die Hälfte der Mitschüler brave "Seminaristen" waren, die meist aus kleinen Orten in der Oberpfalz kamen. Ob sie unter den Internatsbedingungen litten, erfuhr ich aber nicht. Umso mehr erfuhr ich über das Schicksal meines fünf Jahre älteren Bruders Klemens. Er sollte nach dem Willen meiner frommen Eltern einmal Missionar werden. So wurde er mit 11 Jahren in ein strenges (aber sehr preisgünstiges) Internat der Steyler Missionare (mit integriertem staatlich anerkanntem Gymnasium) geschickt. Welcher Geist in dieser katholischen Gemeinschaft am Rande der nordoberpfälzischen Kleinstadt Tirschenreuth herrschte, zeigte sich

z.B. allein dadurch, dass die Kinder erst am zweiten Weihnachtsfeiertag heimfahren durften - die Liturgie des Weihnachtsfestes hatten sie gefälligst in der Hauskapelle des Internats zu feiern.

Als mein Bruder 16 Jahre alt war, erkrankte er an einer schweren Gelbsucht und musste einige Zeit in der städtischen Klinik verbringen. Dort verliebte er sich in eine fast 20 Jahre ältere Krankenschwester. Er schrieb ihr Liebesgedichte und versuchte, ihr mit Hilfe seines spärlichen Taschengeldes kleine Geschenke zu machen. Da er aber nach Genesung und Rückkehr ins Internat dieses nicht ohne triftigen Grund verlassen durfte, um in die Stadt zu kommen, versuchte er es offenbar mit dem Vorwand von Arztbesuchen, mit dieser Frau in Kontakt zu bleiben. Leider weiß ich nicht, wie ihm dies gelang. Jedenfalls erfuhr der Präfekt davon. Sofort schrieb er meinen Eltern einen Brandbrief, sie sollten so bald wie möglich ins Internat kommen und ihren Sohn zur Rede stellen. Klemens werde - an diese Formulierung erinnere ich mich gut - "immer triebhafter". Und meine Eltern folgten unverzüglich dieser Aufforderung.

Um es kurz zu machen: Für meinen Bruder kam es zu einer furchtbaren Demütigung. Dabei war es, wie Klemens mir später erzählte, nie zu einer Zärtlichkeit o.dgl. gekommen; ja, er siezte die Frau bis zuletzt. Natürlich wurde mein Bruder nicht Missionar; auch keiner seiner Klassenkameraden.

Im Gegenteil: Nach dem Abitur versuchte er, alles nachzuholen, was ihm zuvor verwehrt worden war. Er wollte nun das Leben genießen und achtete, z.B. als starker Raucher, wenig auf seine Gesundheit. Als Mitglied oder sogar Vorsitzender vieler Vereine, bei denen er die lang vermisste Anerkennung fand (bei seiner Beerdigung sah ich ganze Busladungen von Vereinsmitgliedern), opferte er halbe Nächte, die ihm den nötigen Schlaf kosteten. Und doch blieb er in gewissem Sinn auch seiner Kirche treu. Da er musikalisch sehr begabt war - und diese Begabung im Internat immerhin sehr gefördert worden war -, baute er in seinem Beruf als Volksschullehrer (zufällig wieder in einer Kleinstadt der nördlichen Oberpfalz) nicht nur einen neuen Kirchenchor auf, sondern wirkte auch

als Organist bei allen Sonntagsgottesdiensten. Am Palmsonntag 1974 erlitt er jedoch beim Dirigieren der Chormesse einen Schlaganfall mit sofortiger Gehirnblutung, was wohl auch eine Spätfolge eines Badeunfalls im Jahr zuvor sein konnte. Er verstarb am folgenden Karfreitag im Alter von 30 Jahren und hinterließ eine Frau und zwei kleine Töchter.

Wer dies liest, möge mir verzeihen, dass ich das Schicksal meines einzigen Bruders hier erstmals so ausführlich geschildert habe. Aber es steht eben auch als Beispiel für eine herzlose Erziehung, die beanspruchte, der höheren Ehre Gottes zu dienen! Und die Schilderung könnte auch dafür lehrreich sein, besser zu verstehen, weshalb die gesellschaftliche Akzeptanz konfessioneller Erziehung seit den Jahrzehnten der unmittelbaren Nachkriegszeit so rapide abnahm. Wie das Fidelis-Kolleg in Bensheim sind auch die Internate der Steyler, in denen mein Bruder war<sup>3</sup>, und die meisten kirchlichen Einrichtungen dieser Art seit langem geschlossen. Einer der Gründe dafür ist wohl auch die Last der Geschichte.

Und so dürfte es nicht nur für die Fälle sexuellen Missbrauchs bezeichnend sein, was Nina Schick im SZ-Magazin (a.a.O., S. 19) schreibt:

"Da ist der Hass meines Vaters auf die katholische Kirche. Einmal fragte ich ihn nach dem Grund. Er erzählte mir von der Angst, die ihm die Geistlichen in seiner Kindheit vor Hölle und Fegefeuer gemacht hätten. Bis ins Innerste habe sie ihn erschüttert und gequält."

### Herr, deine Güte reicht so weit...

Dass sexueller Missbrauch durch Vorgesetzte, erst recht durch Priester, die im Namen Gottes zu wirken beanspruchen, ein schweres Verbrechen ist, darüber herrscht Einigkeit, wohl auch auf Seiten der Amtskirche. Dass es aber noch einen anderen Missbrauch gab und vereinzelt wohl auch noch gibt (wobei heute auch an Freikirchen und Bibelfundamentalisten zu denken ist), davon wird von Seiten der Kirchenführung, aber auch der Theologie, viel zu we-

<sup>3</sup> Die Tirschenreuther Internatsschüler kamen nach dem 5. Gymnasialjahr ins Internat nach Ingolstadt, wo sie aber, da es dort keine Klosterschule gab, das staatliche Gymnasium besuchten - für viele ein Lichtblick!

nig gesprochen. Deshalb sei zum Abschluss dieser Ausführungen noch ein kurzer Ausblick auf Bibel und Kirchengeschichte gewagt, freilich ohne den Anspruch, die Problematik erschöpfend zu erfassen.

Was wurde da in Jahrhunderten für ein Gottesbild verkündet, wonach - und das geht bis auf die Kirchenväter, vor allem auf Augustinus, zurück - jeder unkeusche Gedanke schwere Sünde oder gar Todsünde sei, die zu ewiger Verdammnis führe, aber "Tapferkeit im Krieg", was im Klartext aber Gewaltbereitschaft, bis hin zu Gräueltaten durch Soldaten bedeutet, Gott wohlgefalle<sup>4</sup>? Um den Horizont noch weiter zu fassen: Ist das nicht die gleiche Botschaft, mit der, um ein Beispiel zu nennen, die entsetzlichen Folterungen bei den Hexenprozessen - und zwar konfessionsübergreifend - als Gehorsam gegenüber dem Auftrag Gottes verstanden wurden? Ein weiterer Aspekt: In so gut wie allen Katastrophen, die über die Bevölkerung kamen, sahen Prediger bis in unsere Zeit nichts anderes als Strafen Gottes<sup>5</sup>. - Was sagt eigentlich die Bibel dazu?

Ja, auch darin sind Drohbotschaften zu finden, vor allem, aber nicht nur im Alten<sup>6</sup>, sondern auch im Neuen Testament. Es gibt sogar ein Jesuswort: "Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Mt 10,34). Man zitierte es gerne, wenn es um die "Verteidigung des Vaterlandes" ging. Laut den synoptischen Evangelien sprach Jesus auch von der Hölle und dem ewigen Feuer (z.B. Mt 5,22; 18,9). Die Offenbarung des Johannes schließlich ist voller Schreckensszenen und sogar Rache-gedanken (z.B. Offb 19,1-3).

Nun, man sieht, ohne die Erklärungen der historisch-kritischen Exegese lässt sich so manches in der "Heiligen Schrift" missverstehen und missbrauchen. Die Bibel spricht eben nicht, wie vor allem protestantische Theologen so gerne sagen, aus sich selbst! Andererseits ist festzuhalten: Die Bibel ver-

<sup>4</sup> Erschütternd: Heinrich Missalla, "Haben Sie endlich Mut zur Wahrheit", Publik-Forum 16/2019, S. 34 f. Missalla wirft darin mit guten Argumenten auch vielen katholischen Bischöfen vor, sie hätten sich noch 1939 "von der Kriegsbegeisterung mitreißen" lassen.

<sup>5</sup> Im Hintergrund von Judenpogromen und Hexenverbrennungen stand übrigens auch ein (in beiden Konfessionen) tief wurzelnder Teufelsglaube - auch eine Art „Gottesvergiftung“!

<sup>6</sup> z.B. Dtn 20,16; Zef 1,2f.; Ps 58,11; Ps 137,8f.

kündet, summa summarum, eine "Frohe Botschaft"! Jesus predigte vom Reich Gottes und von der Liebe des himmlischen Vaters. Eine der schönsten Stellen des Neuen Testaments findet man im 1. Johannesbrief: "Wer nicht liebt, hat Gott nicht erkannt; denn Gott ist die Liebe" (1 Joh 4,8).

Freiheit und Liebe, sie sind der Kern der biblischen Botschaft. Exodus steht am Anfang, die Befreiung aus Unterdrückung und Sklaverei. Freiheit ist der rote Faden, der sich durch die ganze Bibel zieht. "Zur Freiheit hat uns Christus befreit" (Gal 5,1).

Warum nur erfuhren die Opfer des "anderen Missbrauchs" so wenig davon?

\*\*\*

Gregor Tischler

## Einmal Agnostiker, immer Agnostiker?

Ein kleiner Nachtrag zum Artikel "Katholik, Atheist, Agnostiker" in Heft 1/2020: Der darin zitierte Buchautor Franz Josef Schwiete, Germanist und pensionierter Gymnasiallehrer, hat nun ein weiteres Werk veröffentlicht. Es ist ein Kurzroman über einen Krankenhausaufenthalt: "Wielau Gedankenreise", Hohenwarsleben 2020. Nach einer schweren Gallenblasenoperation, bei der der Ich-Erzähler in höchster Lebensgefahr schwebte, ans Bett gefesselt und von Injektionen abhängig hat die fiktive Gestalt Wielau, in die manch Autobiographisches einfließt, viel Zeit zum Nachdenken. Wielau denkt zurück in die Kindheit, die von einer katholisch-kirchentreuern Erziehung bestimmt wurde. Schwarz-Weiß-Malerei ist das alles aber nicht. Zwar belasten den Erzähler die Implikationen einer Pädagogik, die unter Verweis auf einen allmächtigen Gott Schuld und Strafe eng verknüpfte und alles Leid zu Prüfungen Gottes erklärte. Aber auch die Überzeugung der Unvereinbarkeit des Glaubens mit nationalsozialistischem Gedankengut gehörte zu dieser frommen Erziehung - ein Aspekt, der in der gesell-

schaftlichen Diskussion heute kaum Erwähnung findet.

Sein Zimmergenosse, ein Musiklehrer, und der Ich-Erzähler führen im Roman auch lange Gespräche über Gott und die Welt. Ja, auch über Gott. Dabei geht es wie bei den Selbstreflexionen um Grundfragen des Lebens. Agnostiker sind freilich stets dem Atheismus näher als dem Gottvertrauen. Doch was sie von überzeugten Atheisten unterscheidet, ist die Offenheit der Fragestellung. Warum gibt es überhaupt etwas?

An einer Stelle des Buches schreibt der Autor: "Das Wunder aller Wunder ist, dass überhaupt etwas existiert" (S. 153). Die Rätselhaftigkeit des Todes, das Problem der Theodizee, die Frage, ob so etwas wie eine Seele existiert - solche Themen durchziehen und prägen dieses zu eigenem Nachdenken anregende Buch. Gewiss, es steht auch unter dem Motto von Goethes Faust beim österlichen Glockengeläut: "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Was nicht fehlt, ist: Weiterfragen, Nachdenklichkeit, argumentieren und zuhören können. Aufrichtige Agnostiker werden wohl auch keine dezidierten Atheisten mehr. Eigentlich ein erfreulicher Befund.

\*\*\*

Christian Weisner, *Wir sind Kirche*-Bundesteam

## „25 Jahre KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche*“ – (k)ein Grund zum Feiern?

1995 haben 1,8 Millionen Menschen die fünf Forderungen des KirchenVolksBegehrens „Geschwisterliche Kirche – Frauengerechtigkeit – Aufhebung Pflichtzölibat – Positive Bewertung der Sexualität – Frohbotschaft statt Drohbotschaft“ und zusätzlich für uns in Deutschland „gelebte Ökumene“ unterschrieben. Damals war in 16 von 27 Diözesen die Unterschriftensammlung vor

Kirchen verboten worden, weil die Kirchenleitungen dies als unzulässiges Aufbegehren der Gläubigen gegen die „Kirche“ bezeichneten. Das Wort des Konzils „Kirche als Volk Gottes unterwegs“ war noch nicht wirkmächtig.

Keine der Forderungen ist bisher voll und ganz verwirklicht worden, obwohl sie von vielen Theologinnen und Theologen argumentativ unterstützt sind. Aber die in der Präambel zum deutschen KirchenVolksBegehren ausgedrückte Hoffnung auf eine „intensive Diskussion“ und darauf, „gemeinsam mit dem österreichischen KirchenVolksBegehren und gleichgerichteten Initiativen in anderen Ländern ... vorhandene Dialogprozesse und Initiativen zusammenzuführen, zu unterstützen und voranzubringen“ – dies alles hat sich, allerdings erst in mühsamen Schritten, mehr als erfüllt. Doch dass die sexualisierte und geistliche Gewalt so weit verbreitet war und immer noch von den Machtstrukturen unserer Kirche gedeckt wird und dass es so mühsam war, diesen offensichtlichen Skandal anzugehen, das haben wir alle nicht geahnt.

Was haben wir erreicht? Die Menschen denken anders! *Wir sind Kirche* ist zum Schrittmacher für die Kirche geworden. Die Themen brennen sehr vielen auf den Nägeln. Wären sie damals ernst genommen worden, wäre vielen Menschen viel Leid erspart worden – und die verfasste Kirche stünde heute nicht vor einem Berg von Problemen und in der größten Vertrauenskrise seit der Reformation.

Mit unserer Schwangerschaftskonfliktberatung „Frauenwürde e. V.“ und unseren vielen pastoralen Angeboten von den Sonntagsbriefen bis zu den Pilger-Rad-Touren haben wir sehr konkrete Hilfe leisten können und tun dies weiterhin. Wir erfahren viel Zustimmung von der Kirchenbasis wie auch von der wissenschaftlichen Theologie. Das ist alles ermutigend.

Nach der Veröffentlichung der erschütternden MHG-Studie vor genau zwei Jahren hier in Fulda hat der im Frühjahr 2019 in Lingen beschlossene „Synodale Weg“ die Themen des 1995 in Österreich formulierten KirchenVolksBegehrens aufgegriffen: Macht und Gewaltenteilung – Sexualität und Partnerschaft – Priesterliche Existenz heute – Frauen in Diensten und

Ämtern in der Kirche. Spät, sehr spät, hoffentlich nicht zu spät.

Wir brauchen eine theologisch fundierte Weiterentwicklung der kirchlichen Lehre sowie Vorschläge für zeitgemäße Dienste und Strukturen, die von der großen Mehrheit aller Teilnehmenden, auch der Bischöfe, mitgetragen werden. Das wird dann auch Rom nicht ignorieren können.

Weder die Corona-Krise noch die jüngste Instruktion der Klerus-Kongregation darf den mühsam begonnenen dringend notwendigen Reformprozess abbremsen oder gar zum Stillstand bringen. Unser Offener Brief zu den fünf Regionalkonferenzen des Synodalen Weges am 4. September 2020 und die Mahnwachen gemeinsam mit anderen Reformgruppen sind auf viel Zustimmung gestoßen.

Wird der weltweit sehr beachtete „Synodale Weg“ keine konkreten Ergebnisse bringen und nicht von Rom rezipiert, dann werden selbst die nicht mehr da sein, die sich jetzt noch engagieren. Ich denke, Betroffenen-Gruppen wie der „Eckige Tisch“ oder „MoJoRed e.V.“, die sehr aktive neue Frauenbewegung „Maria 2.0“, die „Ordensfrauen für MenschenWürde“ können alle gut auf unserer Bewusstseinsarbeit aufbauen und wir arbeiten jetzt auch mit den klassischen Verbänden eng vernetzt zusammen.

Inzwischen bewertet auch ein Großteil der deutschen Bischöfe unsere damaligen Forderungen anders und wir freuen uns jetzt über die Aussagen mancher Bischöfe. Doch weder beim Gesprächsprozess 2011-2015 noch beim Synodalen Weg sind wir als Reformgruppe mit einbezogen worden. Aber wir bleiben beharrlich, denn es bleibt noch viel zu tun.

Nur gemeinsam als Kirchenvolk und Kirchenleitung können wir die Zukunft der Kirche so gestalten, dass sie vielen wieder Heimat werden kann, vor allem der Jugend: eine Kirche der Glaubenden, der Hoffenden und der Liebenden, die die Themen der Menschen heute aufgreift, nämlich weltweite Solidarität und Bewahrung der Schöpfung.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Präsidentschaftswahl in einem gespaltenen Land

Wahlkampfzeiten erlauben einen besonders erhellenden Blick in die gesellschaftspolitischen Verhältnisse eines Landes. Dies gilt im besonderen Maße für die diesjährige Präsidentschaftswahl in Polen, die daher eine eingehende Betrachtung verdient.

Am Abend des 12. Juli 2020 wurde mit Spannung der Ausgang der Präsidentschaftswahl zwischen Amtsinhaber Andrzej Duda von der nationalkonservativen Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und seinem Herausforderer Rafał Trzaskowski von der liberalkonservativen „Bürgerplattform“ (PO) erwartet. Umfragen hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen vorausgesagt, das durch die Prognose kurz nach Schließung der Wahllokale bestätigt wurde. Danach besaß Duda einen Vorsprung von 0,8 %. Die Hoffnung im Lager von Trzaskowski, diese geringe Distanz könne im Laufe des Abends noch aufgeholt werden, erfüllte sich nicht. Am Ende meldete die Wahlkommission nach Auszählung aller Stimmen 51,03 % für Duda, 48,97 % für Trzaskowski.

Einen Tag später feierte Duda, umgeben von einem weiß-roten Farbenmeer, doch ohne eine einzige Europaflagge, in einem ostpolnischen Dorf seinen Wahlsieg. Dort hatten über 80 % der Wahlberechtigten für ihn gestimmt und damit einen Landesrekord aufgestellt. Dudas Auftritt war eine Dankesgeste an das treue PiS-Elektorat aus Dörfern und Provinzstädten, das ihn zu seinem Wahlsieg verholfen hatte. Trzaskowski dagegen war es nicht gelungen, sein Wählerpotential in den dicht besiedelten großstädtischen Räumen in gleicher Weise wie Duda für sich auszuschöpfen, was im Grunde zu seiner knappen Wahlniederlage geführt hat.

Die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung lag bei 68,18 %. Seit den halbfreien Wahlen vom 04. Juni 1989, mit denen das Ende kommunistischer Herrschaft in Polen be-

siegelt und die europäische Wende der sowjetischen Satellitenstaaten eingeleitet worden war, hatte es eine derartige Frequenz nicht gegeben. Sie war ein Zeichen dafür, wie wichtig von beiden Seiten diese Wahl genommen wurde. Und dies, obwohl der polnische Staatspräsident nach der Verfassung über eine sehr eingeschränkte Macht verfügt. Doch immerhin kann er neben seinen repräsentativen Verpflichtungen mit seinem Vetorecht Gesetzesbeschlüsse der Regierung stoppen, ohne sie allerdings letztlich verhindern zu können. Um sich, wie in den vergangenen fünf Jahren, der steten Zustimmung des Präsidenten sicher zu sein und ihre Politik des so genannten „guten Wandels“ ungestört fortsetzen zu können, betrieb PiS mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Dudas Wiederwahl. Propagandistisch instrumentalisiert wurde auf besondere Weise das öffentliche Fernsehen TVP, zumal die mit hohen Einschaltquoten versehene abendliche Nachrichtensendung „Wiadomości“. Von 45 Themen zur Wahl galten 21 Amtsinhaber Duda und 18 seinem Herausforderer Trzaskowski. Doch während die Berichte über Duda durchweg positiv ausfielen, waren sie über seinen Kontrahenten allesamt negativ. Von einem fairen Wahlkampf konnte unter diesen Bedingungen keine Rede sein.

### Die erste Phase des Wahlkampfes

Nachdem wegen der Corona-Pandemie die ursprünglich für den 10. Mai vorgesehene Präsidentschaftswahl kurzfristig abgesagt worden war, einigte man sich parteiübergreifend auf den 28. Juni als neuen Termin. Die Kandidaten für die nicht stattgefundene Wahl brauchten nicht erneut die 100.000 Stimmen zu sammeln, um zur Wahl zugelassen zu werden. Anders Rafał Trzaskowski, der Warschauer Stadtpräsident, der von seiner Partei an Stelle der erfolglosen Małgorzata Kidawa-Błońska als Bewerber um das höchste Staatsamt bestimmt worden war. Um die 100.000 Unterschriften bei der Staatlichen Wahlkommission zu hinterlegen, wurde ihm eine knappe Woche zugestanden. Gut organisiert befanden sich in allen Städten entsprechende Stände, wo sich Schlangen von Bürgern bildeten, um sich in die Listen einzutragen. In nur zwei Tagen hatte Trzas-

kowski die nötige Stimmenzahl beisammen, davon allein in Warschau 50. 000.

Angesichts dieses rasanten Erfolges dürfte auch dem letzten Nationalkonservativen klar geworden sein, dass Amtsinhaber Andrzej Duda, nicht wie erhofft, gleich aus dem ersten Wahlgang am 28. Juni als Sieger hervorgehen werde. Allgemein wurde eine Stichwahl zwischen ihm und Trzaskowski, seinem aussichtsreichsten Rivalen, erwartet.

PiS eröffnete den Wahlkampf mit einer Machtdemonstration. Auf Geheiß von Kaczyński trat der Sejm am 03. Juni zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in der Premier Morawiecki in einer einstündigen Rede eine beeindruckend positive Bilanz der Regierungsarbeit zog. Um das Erreichte zu sichern, sei die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten erforderlich, der dies auch „seiner großen Leistungen wegen verdiene.“

Natürlich fehlte nicht der verbale Angriff auf die Opposition und in Sonderheit auf Dudas Herausforderer. Trzaskowski, der als Warschauer Stadtpräsident die „Charta der Gleichheit“ unterzeichnet hatte, werde, sollte er die Präsidentschaftswahl gewinnen, Kinder zu Objekten der „LGBT-Ideologie“ machen. Im Wahlkampf wurde „LGBT-Ideologie“ zu einem zentralen propagandistischen Kampfbegriff, wobei mit ihm gänzlich und wohl auch gewollt unterschlagen wurde, dass es sich um konkrete, der Diskriminierung ausgesetzte Menschen handelt.

Seine Rede schloss der Premier mit den Worten: „Was wir brauchen, das ist die Einheit von Sejm, Senat, Präsident, Regierung und Selbstverwaltungsorgane. [...] Trotz Krisen und Lügen der Opposition werden wir Polen zu den ambitionierten Zielen führen, solange die Kräfte reichen. Ich bitte das Hohe Haus um ein Vertrauensvotum.“ Die Abgeordneten der Vereinigten Rechten erhoben sich von ihren Plätzen und applaudierten minutenlang.

## Kaczyńskis Brief an die Parteimitglieder

Am 09. Juni, an dem Tag, an dem Rafał Trzaskowski der Staatlichen Wahlkommission seine Liste von nicht nur 100. 000,

sondern 1,6 Millionen Unterschriften vorlegte, wandte sich Kaczyński mit einem Brief an alle Parteimitglieder, um sie zu einer maximalen Mobilisierung zu motivieren. Darin beschreibt er aus seiner Sicht die Konsequenzen für den Fall, dass Trzaskowski die Präsidentschaftswahl gewinnen würde. Warnend bezeichnet er ihn als einen verbohrteten Verfechter der LGBT-Ideologie, der davon träume, als erster ein homosexuelles Paar trauen zu können.

Kaczyński betonte, die Partei habe weitreichende Pläne, Änderungen, die jedem Bürger sowie der Nation im Ganzen zu Gute kämen und die von Präsident Duda unterstützt würden. Das alles stünde in Frage, würde Duda nicht wiedergewählt. „Ein Sieg des Kandidaten der Bürgerkoalition würde eine schwere politische, soziale und moralische Krise heraufbeschwören. Wir können das verhindern. [...] Aber nichts geht von alleine. Dazu bedarf es der Anstrengung und der Initiative, eines eindeutigen Programms, das die Bürger unseres Vaterlandes auch erreicht. Wir befinden uns heute in einem Alarmzustand, der erst endet, wenn wir den Sieg errungen haben.“

## Eine Wahlpropaganda der Angst-mache

Kaczyński weiß sehr wohl und hat dies auch mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass sich aus Angst politisches Kapital schlagen lässt. Man muss zuerst den Menschen einreden, in welche Gefahr sie geraten, sollte der politische Gegner im Staat das Sagen haben. Dann muss man sich nur noch als die politische Kraft präsentieren, die allein in der Lage ist, sie vor der ihnen drohenden Gefahr zu schützen. 2015 war die von PiS herauf beschworene Gefahr der Ansturm muslimischer Flüchtlinge, im gegenwärtigen Ringen um die Stimmen der Bürger ist es die Homosexualität.

Dazu einige Kostproben: Auf einer Wahlveranstaltung in Mińsk Mazowiecki sagte Verteidigungsminister Waław Błaszczak: „Präsident Duda ist ein Garant der Sicherheit. Er lässt es nicht zu, dass die demoralisierende LGBT-Ideologie unser Land bestimmt. [...] Das erlauben wir nicht. Nicht diese Demoralisierung. Dass die polnische Gesellschaft durch diese Art von Ideologie geschwächt wird. Schließlich haben frühere

Generationen darum gekämpft, dass aus den Schulen die einstige Ideologie verschwand. Der Präsident ist Garant dafür, dass es zu dieser Destruktion nicht kommt.“

Hinter dieser Aussage wollte Präsident Duda nicht zurückstehen: „Auch heute versucht man, uns und unseren Kindern eine Ideologie aufzuzwingen, doch eine andere. Eine völlig neue, einen Neobolschewismus. Wenn man diese Ideologie in aller Heimlichkeit in die Schulen trägt, um das Bild von Kindern zu verändern, um im Kindesalter ihre Weltsicht durch ihre Sexualität zu bestimmen, was zutiefst der menschlichen Reifung in Ruhe und Ausgeglichenheit widerspricht, dann ist das eine Ideologie und nichts anderes.“

Niemand von PiS fragt danach, welche negativen Auswirkungen derlei Aussagen auf Andersgeschlechtliche und die Gesellschaft insgesamt hat, in der schon jetzt Homosexuelle unter Diskriminierung zu leiden haben.

## Gezielte Behinderung der Auslandspolen?

Millionen Polen leben im Ausland. An die 400.000 von ihnen hatten sich für die Präsidentschaftswahl registrieren lassen. Um ihre Stimme abgeben zu können, hätten sie persönlich das für sie zuständige Konsulat aufsuchen oder dort ihre Briefwahl rechtzeitig eintreffen müssen. Es zeigte sich aber, dass, anders als in den USA, wo erwartungsgemäß die Polonia für Duda stimmen würde, viele Polen in den westlichen Demokratien ihre Wahlunterlagen zu spät erhielten und auf diese Weise gehindert wurden, an der Wahl teilzunehmen. Es besteht der Verdacht, dass die von PiS-Leuten besetzten Konsulate diese Verzögerung bewusst betrieben haben, weil sie der durchaus begründeten Überzeugung waren, dass diese Auslandspolen nicht für eine Wiederwahl Dudas stimmen würden. Ließe sich dieser Verdacht erhärten, dann wäre dies eine ernste Verletzung des Prinzips allgemeiner Wahlen. Massenhafte Klagen erreichten deswegen die Wahlkommission, doch an der Gültigkeit des Wahlergebnisses änderte dies nichts.

## Der Wahlsonntag

Am 28. Juni bildeten sich trotz Corona-Epidemie bereits am frühen Morgen lange Schlangen vor den Wahllokalen. Das ließ eine hohe Wahlbeteiligung erwarten. Bis in die letzte Stunde wurde auf beiden Seiten ein erbitterter Wahlkampf geführt, wobei der Blitzbesuch von Andrzej Duda bei Präsident Trump besonders herausstach. Er konnte nicht anders als eine gegen die Regeln verstoßene Wahlhilfe für Duda verstanden werden, zumal Trump seinem Gast ausdrücklich einen guten Wahlerfolg wünschte.

Das Wahlergebnis war keine Überraschung. Über Wochen hatten Umfragen voraus gesagt, Duda würde mit einem Stimmenanteil von gut 40% gegenüber seinem Hauptrivale Trzaskowski mit ungefähr 30% die Wahl gewinnen. So kam es denn auch: Andrzej Duda erhielt 43,50%, Rafał Trzaskowski 30,46%, Szymon Hołownia 13,87% und Krzysztof Bosak, der Chef der nationalistischen, deutschfeindlichen und antisemitischen Konföderation, 6,75%. Die weiteren Kandidaten erhielten Stimmenanteile von nur wenigen Prozenten. Eine Stichwahl wurde damit notwendig.

## Ein Wahlerfolg für Szymon Hołownia

Bedenkt man die Umstände, unter denen der Drittplatzierte Szymon Hołownia als Bewerber um das Präsidentenamt angetreten war, dann kann man in ihm nicht nur einen Verlierer dieses Wahlsonntags sehen. Ohne einer Partei anzugehören, gelang diesem Journalisten, Gründer mehrerer sozialer Stiftungen und Vertreter eines offenen Katholizismus, in kürzester Zeit die Bildung einer aus eigener Tasche und durch Spenden finanzierten Bewegung, die in der Lage war, einen landesweiten Wahlkampf um die Zukunft Polens zu führen. Er war angetreten, um die tiefe Spaltung der polnischen Gesellschaft aufgrund des jahrzehntelangen Kampfes zwischen der „Bürgerplattform“ und der Kaczyński-Partei zu überwinden. Analysten sahen in ihm, sollte er in der Stichwahl gegen Duda antreten, sogar den Wahlsieger. Aber es kam anders. Er und seine Bewegung wurden bei dieser Präsidentschaftswahl zum Opfer eben die-

ses Kampfes zweier politischer Lager. Doch mit dieser neuen Bewegung hat sich die politische Landschaft Polens verändert, und es ist nicht ausgeschlossen, dass damit künftig eine Alleinregierung der Nationalkonservativen unmöglich wird. Mit der unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl gegründeten Gesellschaft „Polska 2050“ hat Hołownia unterstrichen, dass er mit einem auf die Zukunft Polens orientierten Programm die Geschicke Polens mit bestimmen will.

## Kein Rededuell zwischen Duda und Trzaskowski

Wer erwartet hatte, dass es vor der Stichwahl am 12. Juli zu einem im Fernsehen übertragenen Duell zwischen Duda und Trzaskowski kommen würde, sah sich enttäuscht. Dabei gehört ein solches direktes Aufeinandertreffen der Kontrahenten zum guten Stil eines demokratischen Landes. Bisher gab es auch immer ein solches Duell in Polen. Es ist schließlich für die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung. Warum also gab es diesmal dieses Rededuell nicht?

Der Grund war, dass sich Duda und Trzaskowski nicht über die Modalitäten einer solchen Kontroverse einigen konnten. Trzaskowski hatte Duda zu einer im unabhängigen Fernsehen übertragenen Diskussion eingeladen. Doch der lehnte die Debatte mit dem Argument ab, sie würde ja dann in einer „ausländischen Station“ stattfinden. Die Einladung sei nichts anderes als „eine Attacke und ein politisches Gangstertum“. Dabei hatte er vor fünf Jahren als damaliger Herausforderer selbst darauf gedrängt, im unabhängigen Fernsehen mit dem ihm damals unterlegenen Bronisław Komorowski die Klängen zu kreuzen.

Anstelle eines Rededuells organisierte das ganz im Dienst der PiS-Propaganda stehende öffentliche Fernsehen TVP eine Befragung Dudas. Sie fand in einem Ort statt, in dem er im ersten Wahlgang 51% der Stimmen erhalten hatte. Für Duda ein Heimspiel. Fragen an ihn durften die ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger sowie die Zuschauer der Sendung stellen. Es war eine perfekte, auf Dudas Überlegenheit ausgerichtete, seinen Kontrahenten der Lächerlichkeit preisgebende Inszenierung.

Trzaskowski war immerhin um eine Diskussion bemüht. Er lud zu seinem in unabhängigen Fernsehsendern ausgestrahlten Auftritt jeweils einen Vertreter verschiedener Redaktionen ein, auch solche aus dem PiS-Lager. Das entsprach einem sachlich geführten Wahlkampf, doch die Einschaltquoten und Zustimmungswerte reichten nicht an Dudas Fernsehshow heran.

## Antideutsche und antisemitische Wahlkampfangen

Im Wahlkampf wurde Trzaskowski mehrfach mit antideutschen und antisemitischen Argumenten attackiert. Ihm wurde geradezu geraten, nach Berlin zu gehen, von wo er ja seine Instruktionen beziehe. Unmittelbar vor dem Ende des Wahlkampfes äußerte sich denn auch Kaczyński in einem Interview mit Pater Rydzyk in dessen Fernsehsender Trwam antisemitisch und antideutsch. Trzaskowski hatte sich im Wahlkampf dafür verwandt, mit der jüdischen Weltorganisation auf deren Wunsch über das Problem des jüdischen Besitzes zu sprechen, deren Eigentümer in den Gaskammern von Auschwitz und anderenorts ermordet worden waren, und den der polnische Staat nach dem Krieg übernommen hatte. Kaczyński kommentierte dies wie folgt: „Trzaskowski sagte, man müsse darüber reden. Nur wer ohne polnische Seele, ohne ein polnisches Herz, ohne polnisches Denken ist, kann so etwas sagen. All das besitzt Trzaskowski offensichtlich nicht.“

Noch gibt es in Polen unabhängige Fernsehsender, Zeitungen und Zeitschriften mit rein polnischen Redaktionen, hinter denen aber ausländisches, vornehmlich amerikanisches und deutsches Kapital steht. Für Kaczyński handelt es sich, wie er in dem besagten Interview sagte, um „äußere Kräfte, die sich das Recht herausnehmen, darüber zu entscheiden, wer in Polen regieren wird. Bereits allein damit wird den Polen das genommen, was ihnen heilig ist – die Unabhängigkeit und die Souveränität. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Die kritische Berichterstattung dieser Medien ist Kaczyński seit langem ein Dorn im Auge, und dass er ihre „Repolonisierung“ anstrebt, ist kein Geheimnis.

## Kirchliche Einflussnahme

Offiziell nahm Polens Kirche zur Präsidentschaftswahl mit einem lapidaren, vom Generalsekretär der Bischofskonferenz unterzeichneten Kommuniké Stellung. Damit erinnerten die Bischöfe wenige Tage vor der Stichwahl die Gläubigen an ihre politische Verantwortung, die ihnen gebiete, am Wahltag zu den Urnen zu gehen. Journalisten und Politiker wurden aufgefordert, ehrlich zu berichten und bei aller Polemik die Achtung vor dem politischen Gegner zu wahren.

Doch in der Praxis konnte von einer Neutralität keine Rede sein. Selbst gegen ein ausdrückliches Verbot seitens der Kurie hingen auf kirchlichem Territorium Plakate mit der Aufforderung, Duda zu wählen. In den Dörfern agitierten Priester für die Wiederwahl von Duda, indem sie ihren Gläubigen damit drohten, sie würden eine Todsünde begehen, sollten sie Trzaskowski ihre Stimme geben.

Vor allem wegen ihrer nationalkatholischen Ansichten bekannte Bischöfe sprachen sich dafür aus, am 12. Juli den amtierenden Präsidenten Duda und nicht seinen Kontrahenten Rafał Trzaskowski zu wählen. Für sie ging es an diesem Wahltag nicht um eine rein politische, sondern um eine die Grundfesten des christlichen Glaubens in Frage stellende Entscheidung. In diesem Sinn äußerte sich etwa Bischof Ignacy Dec, der Vorsitzende des Bischöflichen Rates für das Laienapostolat, in einem Interview in dem zum Medienimperium von Pater Rydzyk gehörenden „Nasz Dziennik“: „Der Katholik soll den Kandidaten wählen, der sich zu den auf Dekalog und Evangelium basierenden Werten bekennt.“ Im Folgenden verdeutlichte Dec, dass Rafał Trzaskowski seiner Meinung nach diese Grundvoraussetzung nicht erfülle und daher für einen Katholiken nicht wählbar sei. Zur Begründung verwies er auf Trzaskowskis Tätigkeit als Stadtpräsident von Warschau. „Die Ansichten des von ihm repräsentierten politischen Milieus bringen ihn in einen ernsten Konflikt mit der Lehre der Kirche.“ Als Beweis wurden von Dec Halbwahrheiten und falsche Unterstellungen angeführt: Propagierung von LGBT, Unterstützung einer demoralisierenden Sexualerziehung, nach der angeblich Kinder be-

reits im Alter bis zu vier Jahren in der Praxis der Masturbation zu unterweisen seien, Sechsjährige über die Verbindungen von Personen gleichen Geschlechts und Achtjährige über den Gebrauch von Verhütungsmitteln. Nichts Dergleichen hat Trzaskowski in seinem Wahlkampf vertreten, sich wohl aber gegen Diffamierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von Homosexuellen gewandt.

Je näher der Tag der Stichwahl kam, umso aggressiver wurde der Wahlkampf. Wahlplakate wurden verunstaltet oder vernichtet. Es kam zu Beschimpfungen, Hasstiraden und Tötlichkeiten, und dies vor allem von Seiten der Duda-Wähler, die im Rückgriff auf die von Dec und anderen Bischöfen vorgebrachten Argumente der Gegenseite eine durch die Sexualverführung der Kinder herbeigeführte Demoralisierung der Nation unterstellten.

Am 11. Juli, dem Vortag der Präsidentschaftswahlen, versammelten sich trotz der Corona-Epidemie rund 15.000 Wallfahrer der „Familie Radio Maryja“ im Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna in Tschestochau. Unter Verletzung des Verbots jeglicher Wahlpropaganda fragte Pater Tadeusz Rydzyk, der nationalkatholische Gebieter über ein Zeitschriften, Radio und Fernsehen umfassendes Medienimperium, von der Brüstung der Klosterfestung herab seine Gemeinde: „Seid ihr für LGBT?“ Und als Antwort schallte ihm, wie nicht anders zu erwarten, ein viel tausendfaches „Nein“ entgegen.

Zelebrant an diesem Tag war der Krakauer Metropolit, Erzbischof Marek Jędraszewski. Im August 2019 hatte er mit folgender Aussage eine traurige Berühmtheit erlangt: „Die rote Pest überzieht schon nicht mehr unser Land, wohl aber die neue, neomarxistische, die unsere Seelen, unsere Herzen und unser Denken in Besitz nehmen möchte: keine rote, sondern eine regenbogenfarbige.“ Nun erinnerte er in seiner Predigt an das 100 Jahre zurückliegende „Wunder an der Weichsel“. Am 15. August 1920, dem Fest Mariä Himmelfahrt, hatten polnische Truppen den sowjetischen Vormarsch stoppen können und dadurch, wie das polnisch-nationale Narrativ dieses Ereignis deutet, nicht nur Polen, sondern Europa insgesamt vor dem Bolschewismus gerettet. „Heute befinden wir uns wieder in einer

tödlichen Gefahr, vor allem kulturellen Charakters, die einer Ideologie, die wie der Bolschewismus aus marxistischen Wurzeln hervorgeht, die die Institution von Ehe und Familie untergräbt, die Programme erstellt, deren Ziel eine moralische Verderbnis von Kindern und Jugendlichen ist.“ Und er rief dazu auf, sich nicht der „Diktatur einer Minderheit“ zu unterwerfen.

## Was nach der Präsidentschaftswahl zu erwarten ist

Das wohl wichtigste Ergebnis dieser Präsidentschaftswahl ist die sich weiter verschärfende Spaltung des Landes. Sie lässt sich auch geographisch abbilden: Der vornehmlich dörflich und kleinstädtisch geprägte Osten Polens wählte Duda, der westliche Teil Trzaskowski. Es handelt sich hierbei nicht nur um einen politischen, sondern um einen mentalen Gegensatz. Während die stark lokal verwurzelten Menschen im Osten Polens national-konservativ geprägt sind und für sie die von der Regierung garantierte soziale Sicherheit Priorität besitzt, sind für die im Westteil des Landes lebenden Polen größere Mobilität, ein deutlicheres Freiheitsbedürfnis sowie eine empfindlichere Sensibilität für Rechtstaatlichkeit und Bürgerrechte charakteristisch. Die Konsequenz ist eine zu erwartende weitere Verschärfung der gesellschaftspolitischen Situation.

Jarosław Kaczyński wird seinen Kurs des so genannten „guten Wandels“ beibehalten. Sein erstes Interview nach der Präsidentschaftswahl verriet seine Absicht, die noch unabhängigen Medien unter Kontrolle zu bringen. Der Polnischen Presseagentur gegenüber sagte er: „Die Medien in Polen müssen polnisch sein.“ Der Wahlkampf habe ihren schädlichen Einfluss unter Beweis gestellt. Sie hätten ein gänzlich falsches Bild von Polen vermittelt. Auf die Frage, wie denn eine solche „Repolonisierung“ der Medien von statten gehen solle, meinte er, man müsse auf die ausländischen Kapitaleigner einwirken, dass in den Redaktionen entsprechende personelle Veränderungen vorgenommen würden. Sollte dies nicht fruchten, wäre eine Zerschlagung dieser Medienkonzerne zu erwägen. Dass dazu, wie von der Opposition im Wahlkampf vermutet, bereits eine fertige Gesetzesvorlage

darauf warte, in den Sejm eingebracht zu werden, verneinte der Chef von PiS.

Was die Opposition betrifft, so gab es unmittelbar nach der Wahl eine Absprache zwischen Borys Budka, dem Vorsitzenden der „Bürgerplattform“, und Rafał Trzaskowski. Beide nehmen bereits jetzt schon die in drei Jahren stattfindenden Präsidentschaftswahlen in den Blick. Die knappe Wahlniederlage werten beide als Hoffnung auf einen künftigen Wahlsieg. Um dieses Ziel zu erreichen, will Budka die Partei programmatisch und wohl auch personell erneuern, damit sie vor allem für junge Menschen attraktiv wird.

Trzaskowski kehrt als Stadtpräsident nach Warschau zurück. Er übernimmt zusätzlich die Aufgabe, Kontakte zu den NGOs sowie zur sozialen Bewegung von Szymon Hołownia zu pflegen. Zudem wird er sich um eine enge Kooperation der Selbstverwaltungsgremien bemühen; dies auch aus dem Grund, weil man allgemein einen ihre Befugnisse und Möglichkeiten einschränkenden Zentralismus erwartet, den es abzuwehren gilt. Mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahl scheint jedenfalls der Kampf um die politische Gestaltung Polens keineswegs endgültig entschieden.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Der folgenreiche zweite Dokumentarfilm der Brüder Sekielski

Nach ihrem 2019 im Internet zugänglich gemachten Dokumentarfilm „Sag es nur keinem“ fand am 16. Mai 2020 die von den beiden Brüdern Sekielski seit langem angekündigte Premiere ihres zweiten, gleichfalls der klerikalen Missbrauchsproblematik gewidmeten Films statt. Er hat den eigentümlichen Titel „Verstecken spielen“, ein Hinweis auf das lange Zeit übliche Vertuschen

der von Priestern begangenen sexuellen Verbrechen an Minderjährigen, die ihnen im guten Glauben anvertraut waren. Im Vorfeld hatten die Brüder Sekielski in Interviews öffentlich gemacht, im Unterschied zu „Sag es nur keinem“ stehe neben dem Leiden der Opfer das Versagen der Bischöfe im Zentrum des Geschehens, das an einem einzelnen, doch für etliche andere namentlich bekannte Oberhirten typischen Fall verdeutlicht werde. Den Namen des Bischofs nannten sie nicht. Doch an den von ihnen erwähnten Details ließ sich erraten, dass es sich um Bischof Edward Janiak handeln werde.

### Ein vergeblicher Versuch der Einflussnahme

Produzent Marek Sekielski berichtet, eines Tages habe er von jemandem einen Anruf mit der Bitte erhalten, mit ihm über den Film zu sprechen. Er habe zugesagt und sei zu dem Treffen in das vereinbarte Hotel gegangen. Es habe sich dann gezeigt, dass es gar nicht um ein Gespräch über den Film ging, sondern um den Wunsch, ihn tiefgreifend zu verändern. Der vermeintliche Gesprächspartner habe sich ihm gegenüber als Geschäftsmann vorgestellt und ihm eine hohe Summe für den Fall angeboten, dass Bischof Janiak in dem Film keine Erwähnung finden werde. Natürlich habe er dieses unlautere Angebot abgelehnt. Es sei kaum anzunehmen, dass der Mann aus persönlichem Interesse gehandelt habe, sondern im fremden Auftrag. Doch wer die möglichen Hintermänner sind, das bleibt unklar.

### Ein Bischof als negativer Held des Films

Bischof Edward Janiak war bislang einer breiten Öffentlichkeit unbekannt, ist aber nun durch „Verstecken spielen“ zur traurigen Berühmtheit gelangt. Der 65 Jahre alte Janiak war ursprünglich Priester der Erzdiozese Wrocław (Breslau). Kardinal Henryk Gulbinowicz, der selbst eines sexuellen Vergehens an einem Jugendlichen beschuldigt wird und 96jährig seinen Lebensabend in einem Altersheim für Priester verbringt, hielt offenbar große Stücke auf den jungen Priester. Er schickte ihn zu weiterem Stu-

dium nach Rom, wo er an der vatikanischen Hochschule promovierte und sich nach seiner Rückkehr als rechte Hand des Kardinals erwies. Er galt als äußerst geschäftstüchtig und als ein hervorragender Organisator, von dem man – und das zu kommunistischen Zeiten – sagte, dass es nichts gäbe, was er nicht erledigen könne. 1996 wurde er Weihbischof.

2012 wurde Janiak zum Bischof der als besonders religiös geltenden Diözese Kalisz ernannt. Sie ist zudem eine Hochburg der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) mit den üblichen Verflechtungen von Kirche und Politik auf lokaler Ebene. So wundert es nicht, dass Bischof Janiak kein Hehl aus seiner Nähe zur regierenden PiS macht und keinen öffentlichen Lobpreis auf diese Partei scheut: „Als Pole danke ich Gott, dass ich diese Zeit erlebe, dass wir uns nicht des polnischen Präsidenten schämen müssen, dass der Premier das Wohl Polens will, dass das Land frei ist, dass wir eine Demokratie sind, dass wir echte Freiheit erfahren.“

### Die Praxis der Vertuschung

Die in „Verstecken spielen“ behandelten Fälle klerikalen Kindermisbrauchs gehen zum Teil in Janiaks Breslauer Zeit zurück. Einer gilt dem 2005 erstmals verhafteten Priester Paweł Kania. Ein Jugendlicher, den Kania für 100 Zł. sexuell verführen wollte, hatte ihn angezeigt. Die Polizei fand in seiner Wohnung reichliches Material an Kinderpornographie. Entsprechend der 2001 von Benedikt XVI. erlassenen Bestimmungen hätte der Fall seitens der Breslauer Kurie der römischen Glaubenskongregation gemeldet werden müssen. Doch die Meldung unterblieb. Der pädophile Kania wurde zunächst in eine Nachbardiözese entsandt, die ihn aber offenbar nicht haben wollte und ihn nach Breslau zurückschickte, wo er in der weiträumigen Erzdiozese weiter seinen priesterlichen Dienst versehen konnte und seine Opfer fand. Erst nach Jahren und Absitzen von Haftstrafen wurde Kania in den Laienstand zurück versetzt.

Der Prozess um die Entschädigung der Opfer endete damit, dass die in der Person von Bischof Janiak durch die Praxis der Vertuschung mitschuldig gewordene Bres-

lauer Kurie zu einer Zahlung von 300.000 Zł. verurteilt wurde. In diesem Prozess wurde Bischof Janiak als Zeuge vernommen und vom Staatsanwalt nicht mit seinem Titel, sondern wie jeder andere vor Gericht als einfacher Bürger mit „Herr“ angesprochen. Seiner Würde entkleidet, machte der ansonsten machtbewusste Janiak einen kläglichen Eindruck. Eine eindrucksvolle Filmszene, welche die Brüchigkeit eines seiner Insignien beraubten Klerikalismus offenbart.

In dem Film geht es zudem um von ihrem Pfarrer missbrauchte Ministranten. In diesem Fall handelt es sich um einen Bischof Janiak aus gemeinsamer Seminarzeit bekannten Geistlichen, zu dem er persönliche Kontakte pflegte. Zu dessen Schutz fühlte er sich verpflichtet, bagatellierte die sexuellen Vergehen als Entgleisungen, die sich nicht wiederholen würden. Doch an den Opfern lag ihm nichts. Als die Eltern eines der Jungen bei ihm vorstellig wurden, um Beschwerde gegen den Pfarrer einzulegen, war Bischof Janiak nicht bereit, sie anzuhören und hatte sie der Tür verwiesen.

## Die Frage nach den Konsequenzen

Eine erste Konsequenz des Films ließ nicht lange auf sich warten. Wenige Stunden nach seiner Ausstrahlung meldete sich der Polnische Primas, Erzbischof Wojciech Polak, zu Wort. In seiner Zuständigkeit innerhalb der Bischofskonferenz für den Schutz von Kindern und Jugendlichen erklärte er, dass er aufgrund des Films, der ernste Verstöße von Bischof Janiak gegen die geltenden kirchlichen Richtlinien enthalte, die vatikanische Glaubenskommission um Untersuchung des Falls bitten werde. Bischof Janiak weist in einer ersten kuralen Erklärung alle Beschuldigungen zurück. Es wird sich zeigen, ob die Rückendeckung durch den Teil der Bischofskonferenz, der – wie er selbst – eng mit Radio Maryja verbunden ist, ausreicht, um von sich aus einen Amtsrücktritt zu vermeiden und die vatikanische Reaktion abzuwarten.

Einen ersten Hinweis auf eine baldige Ablösung von Bischof Janiak gab es allerdings am 23. Mai, genau eine Woche nach Erscheinen des Films im Internet, der in kurzer Zeit bereits von 6 Millionen Interessenten angeklickt worden war und der dem-

nächst auch im unabhängigen Fernsehen TVN zu sehen sein wird. An diesem Tag wollte Bischof Janiak in seiner Kathedrale die Priesterweihe vornehmen. Trotz öffentlicher Proteste war von der Kaliszer Kurie noch am Freitagmorgen zu erfahren, dass die Priesterweihe wie geplant stattfinden werde. Doch am Abend gab die Bischofskonferenz offiziell bekannt, dass nicht Bischof Janiak, sondern sein emeritierter Vorgänger die Diakone zu Priestern weihen werde. Aus der Verlautbarung geht nicht hervor, ob Bischof Janiak von sich aus von der Erteilung der Weihen zurückgetreten war oder auf äußeren Druck der Bischofskonferenz und den der Öffentlichkeit, gehandelt hatte.

## Positive Resonanz einzelner Priester

„Verstecken spielen“ fand bei einzelnen Priestern ein durchaus positives Echo. Der Krakauer, für die seelsorgliche Betreuung der Armenier zuständige Geistliche Isakowicz-Zaleski hatte sich in dem Dokumentarfilm der Brüder Sekielski sehr kritisch zum Umgang der Bischöfe mit den klerikalischen Missbrauchsfällen ihrer Priester geäußert. Er wurde daraufhin von einer Journalistin der Kirchenzeitung „Niedziela“ interviewt und bezichtigte darin zwei hochrangige, inzwischen emeritierte Hierarchen, den ehemaligen Sekretär von Papst Johannes Paul II. und späteren Kardinal und Krakauer Metropolit Dżiwisz sowie den einstigen polnischen Nuntius und späteren polnischen Primas, Erzbischof Kowalski, der Vertuschung von Taten pädophiler Priester. Der Text erschien in den sozialen Medien, wurde aber kurz darauf zurückgezogen. Doch nach dem Protest zahlreicher kirchlicher Journalisten, wurde er wieder, versehen mit einem Kommentar des Chefredakteurs, ins Netz gestellt. Die Autorin allerdings wurde in der Chefredaktion einem förmlichen Verhör unterzogen und kündigte. Und Isakowicz-Zaleski erhielt vom Krakauer Erzbischof Jędraszewski eine ernste Abmahnung.

Eine Stellungnahme, die des Jesuiten und Psychotherapeuten Jacek Prusak, soll näher zitiert werden. Er findet den Titel des Dokumentarfilms gut gewählt, und zwar im Sinn einer Perversion des unschuldigen

Kinderspiels durch die pädophilen Täter: „Die Brüder Sekielski trafen mit dem Titel ihres neuen Films zur Situation der Opfer von Priestern-Tätern wie des kirchlichen Systems ins Schwarze. Denn zum wiederholten Male zeigte sich, dass im kirchlichen „Verstecken spielen“ sowohl die Täter infantil sind als auch ihre Vorgesetzten, die sich vor der Wirklichkeit menschlichen Leids in ihre abwegigen, perversen kirchlichen Schemata des Denkens, Fühlens und Verhaltens flüchten. [...] Traurig und schmerzhaft ist es, dass wir zum wiederholten Male, und das in einem so kurzen Zeitabstand, sehen, wie krank die polnische Kirche ist, wie schwer es ihr fällt, ihr pathologisches Spiel mit den Opfern zu unterbinden, wie viel in Purpur gefasste Perversion, wie viel an dückelhaftem Klerikalismus es gibt.“<sup>1</sup>

### Kein Gedanke an freiwilligen Rücktritt

Bischof Janiak denkt trotz allem nicht daran, von seinem Amt zurück zu treten. Ganz im Gegenteil. Durch ein vorgefasstes Schreiben, das durch den Weihbischof dem Priesterrat zur Unterzeichnung zugestellt wurde, wollte er die Solidarität seines Klerus einfordern. Doch der Versuch scheiterte, weil sich die Priester weigerten, die Unterschrift zu leisten. Sie wandten sich vielmehr, so wie Primas Polak, an die Glaubenskommission mit der Bitte, die gegen Bischof Janiak erhobenen Vorwürfe zu prüfen.

Und der Vatikan reagierte überraschend schnell. Bereits am 6. Juni veröffentlichte der Posener Erzbischof und Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, im Amtsblatt der Erzdiözese ein Kommuniqué: Er sei „nach Bekanntwerden der Pflichtverletzung des Kaliszer Bischofs bezüglich der Durchführung von Untersuchungen des sexuellen Missbrauchs zum Schaden Minderjähriger“ beauftragt worden, das für derlei Fälle vorgesehene kanonische Verfahren einzuleiten.

Dessen ungeachtet kam am darauf folgenden Tag, am Dreifaltigkeitssonntag, in allen

Gottesdiensten der Kaliszer Diözese ein Brief des Bischofs an die Gläubigen zur Verlesung. In ihm heißt es: „Ich bitte Sie um Ihr Gebet in dieser Zeit einer gegen meine Person gerichteten medialen Kampagne, damit ich gestärkt durch die unsichtbare Kraft des Heiligen Geistes dem Lebendigen Gott dienen kann, in Liebe und im opfervollen Dienst, dessen Anfang, Mittler und Vollender Christus ist.“ Trotz allem weiß sich also Bischof Janiak mit diesen frommen Wendungen in der Nachfolge Christi. Kein Schuldbekenntnis, nicht einmal ein Bedauern.

Bischof Janiak nutzte zudem zwei feierliche Gottesdienste zu seiner Verteidigung. In seiner Predigt wandte er sich insbesondere gegen die Attacken, denen die Kirche und ihre Vertreter derzeit ausgesetzt seien. „Wie viele Kirchenfeinde gibt es heute. Manche wollen die Kirche von innen zerstören, mit ihrer negativen Einstellung, unter Anwendung verschiedener, geradezu teuflischer Methoden.“ Anstatt sich zu seinem Versagen zu bekennen, machte er sich mit solchen Aussagen selbst zum Opfer.

Unterstützung fand Bischof Janiak, wie nicht anders zu erwarten war, bei Pater Tadeusz Rydzyk. In einem mit dem Bischof in Konzelebration gefeierten, von Radio Maryja und dem Fernsehsender Trwam übertragenen Festgottesdienst hielt Pater Rydzyk die Predigt. Und das in gewohnter nationalkatholischer Manier: „Seid ihr Polen? Liebt ihr Polen? Wenn ihr Polen liebt, dann schadet nicht, dann attackiert nicht mit rücksichtslosem Hass die Menschen der Kirche.“ In völliger Verdrehung der Tatsachen beschuldigte er die säkularen Medien, sie würden Hass säen. In ihren Programmen gäbe es keine ehrlichen Gespräche, sondern nichts als Attacken. Ihre Journalisten „laufen mit ihren Kameras herum und häufen Lüge auf Lüge.“ Und dann sagte er, auf die gegenwärtige Situation bezogen: „Auf Bischöfe darf man nicht einprügeln. Attackiert sie nicht, bringt sie nicht um, denn dann werdet ihr mit euren vergifteten Worten zu Mördern.“

### Konflikt auf höchster Ebene

Bislang galt als eiserne Regel, dass Konflikte innerhalb der Bischofskonferenz unter keinen Umständen nach außen getragen

<sup>1</sup> J. P., Ten Kościół bawi się ofierami (Diese Kirche treibt ihr Spiel mit den Opfern), Tygodnik Powszechny v. 24. 05. 2020, S. 14.

werden dürfen. Bischof Janiak hat mit dieser Regel gebrochen, indem er am 13. Juni einen Brief an alle Bischöfe richtete, in dem er nicht nur seine Unschuld beteuert, sondern Primas Wojciech Polak massiv angreift. Er habe sich mit den Brüdern Sekielski gemein gemacht, die Bischof Janiak gegen besseres Wissen diffamiert. Bei ihnen handle es sich bekanntlich „um Feinde der Kirche, die sich von niedrigen Beweggründen leiten lassen; dass sie für diesen Film viel Geld erhalten haben, ist ja kein Geheimnis.“

Mit seiner öffentlichen Attacke auf ihn habe sich Primas Wojciech Polak kompromittiert, und das ausgerechnet „am Vortag der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des heiligen Johannes Paul II.“ Polak habe „einem Diözesanbischof einen Schlag versetzt und über ihn den Stab gebrochen.“ Janiak nennt ihn einen „gewaltigen Verwirrungsstifter“ und sein Handeln eine „Verletzung des Ansehens der Kirche“.

Er sei, so Janiak, ein Opfer falscher Anklage. Was er erfahre, das könne morgen jeden anderen Bischof treffen.

Auch die Sankt Josefstiftung wählt Bischof Janiak in seinem Brief zum Angriffsziel. Sie wurde 2019 auf Anregung von Primas Wojciech Polak zur Unterstützung klerikaler Missbrauchsoffer gegründet. Sie übernimmt die Kosten für Therapien und finanziert entsprechende Schulungen für jene, die Missbrauchsoffer betreuen. Sie ermöglichte auch den Druck und Vertrieb von Plakaten, die in jeder Pfarrei ausgehängt werden sollen und darüber informieren, an wen man sich im Falle eines Missbrauchs wenden kann. Obwohl Primas Polak diese Aktion ausdrücklich empfohlen hatte, stieß sie in breiten Teilen des Klerus auf Widerstand. So war beispielsweise in der zum Medienimperium von P. Rydzyk gehörenden Kirchenzeitung „Nasz Dziennik“ in diesem Zusammenhang von „Skandal“ und „Schlag gegen die Kirche“ zu lesen.

Auch dass die St. Josefstiftung vom gesamten Klerus getragen werden soll, wurde nur widerwillig akzeptiert. Jeder Priester hat jährlich 150 Zł., jeder Bischof 2.000 Zł. in sie einzuzahlen.

Bischof Janiak behauptet in seinem Brief, die Stiftung sei gegen den Willen der Mehrheit der Bischöfe gegründet worden. Man

habe das Wahlergebnis gefälscht, was er in seinen 24 Bischofsjahren noch nie erlebt habe. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, habe sich genötigt gesehen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und die Stiftung bestätigt, um eine Kompromittierung zu vermeiden.

## Die Antwort von Primas Wojciech Polak

In einem betont sachlichen Ton antwortete Primas Wojciech Polak am 16. Juni auf die von Bischof Janiak gegen ihn erhobenen Anschuldigungen: „Die Meldung als solche entscheidet nicht über die Schuld und gibt Bischof Edward Janiak die Chance, Argumente zu seiner Verteidigung zu unterbreiten. Entschieden wird die Angelegenheit ausschließlich aufgrund der Kompetenz des Apostolischen Stuhls. [...] Was mich betrifft, ist mein Handeln Ausdruck der vom Evangelium gebotenen Sorge um das Wohl geschädigter Personen sowie um das wahre Wohl der Kirche; aber es ist auch die Verwirklichung der mir seitens der Konferenz des Episkopats Polens anvertrauten Mission zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.“

Auf die Sankt Josefstiftung geht Primas Polak nicht ein. Die erforderliche Klarstellung erfolgte durch den Generalsekretär der Bischofskonferenz: „Die Bischöfe haben mit deutlicher Stimmenmehrheit ihr Einverständnis zur Gründung der Sankt Josefstiftung gegeben.“

Mit dem Fall Janiak ist in Polens Kirche offenbar ein erbitterter Kampf entbrannt zwischen Primas Polak und den nationalkatholischen Hardlinern unter den Bischöfen, die die Aufdeckung klerikaler Pädophilie als Angriff auf die Kirche umdeuten.

## Ein erneuter schwerer Vorwurf

Inzwischen ist ein weiteres schweres Vergehen von Bischof Janiak bekannt geworden, das ohne den Dokumentarfilm der Brüder Sekielski kaum ans Licht der Öffentlichkeit gelangt wäre. Recherchen des Chefredakteurs der Warschauer katholischen Monatsschrift „Więź“ ergaben, dass Janiak gegen den Willen des Rektors vor zwei Jahren einen Theologen ins Priesterseminar

aufgenommen hat, der zuvor wegen homosexueller Verstöße das Breslauer Seminar verlassen musste. Selbst als Ermittlungen der niederschlesischen Polizei ergaben, dass dieser Priesteramtskandidat an die 400 pornographische Bilder und Filme auf seinem Computer gespeichert und Jugendlichen gezeigt hatte, bestand Janiak darauf, dass dieser sich weiterhin auf seine Diakonatsweihe vorbereiten solle. Doch der Rektor ließ Janiak wissen, er würde auf die während der Weihehandlung an ihn gerichtete Frage nach der Würdigkeit dieses Kandidaten durch ein Nein dessen Weihe verhindern. Vielleicht um Zeit zu gewinnen, schickte Janiak diesen Kleriker als Katecheten an ein Gymnasium, wo er Schüler zu sexuellen Handlungen zu verleiten versuchte. Allerdings ohne Erfolg. Die Schule meldete den Vorgang der Polizei, und erst jetzt wurde der homophile Kleriker des Seminars verwiesen.

Damit hätte der Fall erledigt sein können. War er aber nicht. Denn die Polizei bat den Rektor um ein Gespräch, worüber er den Bischof in Kenntnis setzte. Und Janiak verlangte von ihm auszusagen, nichts über das skandalöse Verhalten des Klerikers gewusst zu haben. Doch der Rektor hielt sich nicht an die bischöfliche Anweisung und berichtete wahrheitsgemäß. Und er informierte den Vorsitzenden der Bischofskonferenz über den gesamten Vorgang. Der riet ihm, gegen Janiak beim Vatikan eine förmliche Klage einzureichen, was dieser auch tat. Die Konsequenz? Der Bischof schickte den Rektor, einen Doktor der Theologie, als Administrator in ein 500-Seelen-Dorf. Er selbst behielt weiterhin sein Amt, wozu offenbar seine mehrmaligen Romreisen beigetragen haben, bei denen es ihm anscheinend gelang, das gegen ihn eingeleitete Verfahren zu stoppen.

## Amtsenthörung – das Ende einer traurigen Geschichte

Portal.Vatican News und Radio Vatican informierten am 25. Juni in einer kurzen Meldung über die von Papst Franziskus verfügte Amtsenthebung von Bischof Edward Janiak. Auch ein Verbleiben in seiner Diözese wurde ihm untersagt. Möglich, dass zu dieser plötzlichen Entscheidung der allerjüngste Skandal beigetragen hat.

Am 23. Juni wurde Janiak mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gefahren. Es bestand Verdacht auf Gehirnschlag. Doch nach gründlichen Untersuchungen stellte sich heraus, dass er mit 3,44 Promille Alkohol volltrunken war und nach wenigen Stunden das Krankenhaus wieder verlassen konnte. Von diesem Vorfall war anderntags in der Presse zu lesen.

Als Janiaks vorläufiger Nachfolger wurde von Papst Franziskus der Lodzer Erzbischof Grzegorz Ryś berufen, der vorerst als Apostolischer Administrator die Verantwortung für die Diözese übernimmt.

Damit ist dieser Fall abgeschlossen. Doch erneut hat sich gezeigt, dass der Anstoß dazu von außen, durch die Initiative einzelner, erfolgte. Notwendig wäre dagegen eine Untersuchung weiterer ähnlich gelagerter Fälle durch eine unabhängige Kommission. Doch dazu dürfte es kaum kommen. So steht zu befürchten, dass „Verstecken spielen“ am Ende einen erneuten Beweis für die geringe Reformbereitschaft des polnischen Episkopats liefert, die sich aber zunehmend dem Druck einer breiteren Öffentlichkeit ausgesetzt sieht.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Die Nation ist nicht heilig

Zum Gedenken an Maria Janion  
(1926-2020)

Am 23. August verstarb 93jährig Prof. Maria Janion, die wohl bedeutendste polnische Literaturwissenschaftlerin. Geboren wurde sie am Heiligabend des Jahres 1926 unweit von Białystok. Ihre Jugend verlebte sie in Vilnius, wo sie während des Zweiten Weltkriegs sowohl die sowjetische als auch die deutsche Besatzung erlebte, ehe sie nach 1945 „repatriert“ wurde.

Wie viele ihrer Generation leistete sie während der Okkupation als junge Pfadfinderin

im Rahmen der Heimatarmee (AK) aktiven Widerstand. Nach Kriegsende begann sie ihre wissenschaftliche Karriere am renovierten Warschauer Institut für Literaturforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), wo sie von 1948 – 1956 tätig war. Danach lehrte sie an der Danziger Pädagogischen Hochschule. Als im März 1968 nach der vom kommunistischen System verfügten Absetzung des nationalen Dramas „Die Totenfeier“ die Studenten auf die Straße gingen, um für kulturelle Freiheit zu demonstrieren, verlor Maria Janion, die mit ihnen sympathisiert hatte, ihre Stellung. Zwei Jahre später konnte sie ihre akademische Laufbahn an der 1970 neu gegründeten Danziger Universität, der sie zeitlebens treu blieb, fortsetzen.

In ihrem geistigen Schaffen war Maria Janion schier unermüdlich. Ihr Arbeitstag reichte von 6.00 früh bis Mitternacht. Pausen machte sie kaum. Bei jeder Arbeitsunterbrechung schlug ihr, wie sie einmal sagte, das Gewissen.

Legendär sind ihre Seminare, die ihre einstigen Studentinnen und Studenten in dankbarer Erinnerung bewahren. Janion nahm sie in diesen Stunden mit auf die Suche nach dem Sinn literarischer Texte. Sie schärfte ihren kritischen Blick auf die nationale Tradition von Literatur und Geschichte sowie für die Gefahr, sie im politischen Interesse nationalistisch zu missbrauchen.

1996 ging sie in den Ruhestand, war aber weiterhin produktiv. Eine Bibliographie aus dem Jahr 2006 vermerkt 723 Titel, darunter die von Dutzenden Büchern.

Zu ihrem 80. Geburtstag erhielt Maria Janion ein besonderes Geschenk, eine Art Stammbaum. Sie selbst bildet den mächtigen Stamm. An 40 Ästen sind die Namen ihrer Doktorandinnen und Doktoranden verzeichnet, an den Zweigen die von rund 400 Magistern. Ein eindrucksvolles Zeugnis für ihren Einfluss auf die nachwachsende wissenschaftliche Generation! Wie stark diese Verbundenheit ist, das lässt sich an den zahlreichen Nachrufen aus ihrem Schülerkreis ermessen.

Janions Auseinandersetzung mit der Romantik, mit ihrer literarischen Bewältigung der Leiden der Nation, mit ihrem Messianismus sowie mit der Problematik gegen-

wärtiger politischer Instrumentalisierung findet ihren Ausdruck in dem Dokumentarfilm der Regisseurin Agnieszka Arnold „Bunt Janion“ (2005) (Janions Rebellion). Er zeigt die emeritierte Literaturwissenschaftlerin in ihrer mit Büchern überbordenden Wohnung. Ehemalige Studentinnen und Studenten sowie nahe Weggefährten kommen zu Wort. Der Film führt eindrucksvoll vor Augen, dass Maria Janion drei Generationen modern denkender und bedeutender polnischer Humanisten geformt hat. Manche von ihnen wählten die akademische Laufbahn oder sind im Medienbereich tätig, andere machten sich einen Namen als Schriftsteller und etliche verließen Polen und leben im Ausland.

### Janions Verhältnis zu den Juden

Vilnius war in ihrer Kindheit eine Stadt ethnischer Vielfalt. Litauer, Polen, Deutsche und Juden lebten miteinander in enger Nachbarschaft. Aber der in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verbreitete Antisemitismus war auch in Vilnius spürbar. In vielen katholischen Haushalten war die antisemitische, von P. Maximilian Kolbe redigierte Zeitschrift „Mały Dziennik“ zu finden; so auch bei Janions Tante. Maria las sie eifrig, doch wie sie in einem Interview aus dem Jahr 2006 sagte, bewirkte die Lektüre bei ihr das genaue Gegenteil, Neugier und Faszination für die Juden.

Während des Zweiten Weltkriegs erlebte sie, wie die Juden von den deutschen Besatzern durch die Straßen der Stadt in den Tod getrieben wurden. Aus dieser traumatischen Erfahrung resultiert, wie sie einmal schrieb, ihr „tragisches Mitgefühl für die Juden“. „Dieses Mitgefühl blieb mir für immer als Schwur, mit ihnen zu sein.“ In diesem Sinn veröffentlichte sie in Hinblick auf die Aufnahme Polens in die Europäische Union (2004) ihre Schrift „Nach Europa, doch gemeinsam mit unseren Toten“ (2000). Diese Schrift ist ein Plädoyer der Zugehörigkeit der Juden zur nationalen Tradition sowie eine Absage an jede Art von Antisemitismus. „Wir können nicht nach Europa gehen und zugleich unsere Juden, unser gemeinsames dunkles Schicksal, aus dem Gedächtnis löschen.“ Die Schrift löste eine lebhafte und kontroverse Diskussion aus, in der nationalistische Kreise Janion

mangelnde Liebe zur eigenen Nation vorwarfen.

Als 1968 im Zusammenhang mit den Protesten der Studenten das kommunistische Regime die Büchse der Pandora öffnete und dem Antisemitismus freien Lauf ließ, wurde Maria Janion selbst zur Jüdin gestempelt, nicht der Herkunft, wohl aber des Geistes nach. Mit dieser Begründung wurde ihr versagt, an der Warschauer Universität als Polonistin zu arbeiten.

### Expertin der polnischen Romantik

Maria Janion gilt als die Expertin der polnischen Romantik. Unter einer Vielfalt unterschiedlicher Aspekte hat sie dieser Hochblüte polnischer Nationalliteratur zahlreiche Bücher gewidmet. Um ihre spätere kritische Auseinandersetzung mit der bis heute nachwirkenden romantischen Tradition zu verstehen, sei hier wenigstens in Umrissen auf die Bedingtheit der polnischen Romantik und ihre zentralen Themen verwiesen.

Es gibt Völker, die seit ihrer Staatsgründung eine kontinuierliche, durch keine Katastrophe unterbrochene Geschichte besitzen. Andere haben sich ihre Unabhängigkeit in kürzester Zeit und dauerhaft erkämpft. Und es gibt Polen, dessen Geschichte über ein Jahrtausend zurückreicht, das im Mittelalter unter der Dynastie der Jagiellonen ein Großreich bildete, dann aber als Adelsrepublik Ende des 18. Jahrhunderts aufgrund von drei Teilungen seine Eigenstaatlichkeit verlor und über ein Jahrhundert deutscher, österreichischer und russischer Herrschaft unterworfen war. Dieses der polnischen Romantik zugrunde liegende Verlusttrauma kennzeichnet das nationale Selbstverständnis.

Mit diesem Trauma verbindet sich der unerschütterliche romantische Glaube an die Rückgewinnung nationaler Eigenständigkeit, wie er in der polnischen Nationalhymne seinen Ausdruck findet: „Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben.“ In der Zeit der Teilungen als Lied der Legionäre im Dienste Napoleons entstanden, bringt sie den Glauben an Polens Wiedergeburt zum Ausdruck. Diesem Glauben ist es zu verdanken, dass Polen als Nation in der langen Phase der Unfreiheit nicht unter-

ging, sondern 1918 in der Lage war, als Nation die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs gegebene Gunst der Stunde zu nutzen.

Der Kampf um Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit wurde nicht nur mit der Waffe geführt, sondern auch mit der Feder des Schriftstellers. Die Zeit des politischen Niedergangs war zugleich die Zeit der Hochblüte polnischer Nationalkultur. Sie brachte mit Cyprian Norwid (1809-1849), Juliusz Słowacki (1809-1849) und Adam Mickiewicz (1798-1855) drei Dichter von Weltrang hervor, die in ihren Werken, jeder auf seine Art, der nationalen Trauer Ausdruck verliehen, zugleich aber in der Verbindung von Glaube und Freiheit die Hoffnung weckten auf ein Ende der Drangsal und auf die staatliche Neugeburt. Im Rückgriff auf den christlichen Glauben, in Analogie zu Tod und Auferstehung Christi, verlieh Adam Mickiewicz dem Kampf gegen die Unterdrücker und dem Leiden der Nation einen spezifischen Sinn: Eine Überhöhung der Leiden der Nation, die in einen Messianismus gipfelt, der das unterdrückte und um seine Freiheit kämpfende Polen zum „Christus der Nationen“ erhebt.

### Das Ende des romantischen Paradigmas

Nach dem Ende des Kommunismus war Maria Janion der Überzeugung, dass es mit der gewonnenen Freiheit neuer kultureller Entwürfe bedürfe. Sie verkündete das Ende des romantischen Paradigmas und löste damit eine breite Diskussion aus. Sie sah sich Attacken nationalistischer Kreise ausgesetzt, die ihr vorwarfen, die Nationaldichter Adam Mickiewicz, Juliusz Słowacki und Cyprian Kamil Norwid aus dem nationalen Kanon streichen zu wollen. Ein Missverständnis. Die nationale Bedeutung dieser Romantiker stand für sie selbstverständlich außer Frage. Der Glaube, dass aus dem Martyrium der Nation in der langen Phase der Unterdrückung, der Aufteilung des Landes, des Verlustes der Eigenstaatlichkeit, als Frucht der erbrachten Opfer der Morgen der Freiheit anbrechen werde, hatte sich schließlich als wahr erwiesen.

Aber konnte dieses romantische Paradigma auch für die nun angebrochene Freiheit Geltung beanspruchen? War es für die nun

geforderte gesellschaftspolitische Gestaltung nicht dysfunktional? Janion empfand jedenfalls die überlieferte romantische Tradition als Korsett patriotischer Pflichten sowie zur Pflege eines Opferkults für das nun geforderte individuelle und gesellschaftliche Verhalten als nicht mehr geeignet. Sie meinte, dass es an der Zeit sei, Freiheit und Verantwortung neu zu bedenken, damit neue schöpferische Ideen und Initiativen zur Formung des sozialen Lebens bereit stünden.

Dazu sei es erforderlich, die Enge der Selbstgefangenheit in die eigene nationale Tradition aufzubrechen und den Anschluss an die Weite der Weltliteratur zu suchen. Mit sieben Bänden ihrer „Transgression“ lieferte Janion dazu die Grundlage. Die von ihr ausgewählten Texte wurden in ihrem legendären Seminar interpretiert, diskutiert und auf ihre kulturelle Adaption geprüft.

### Was bedeutet „Nation“?

In der Auseinandersetzung mit der romantischen Tradition ist die Frage nach dem Verständnis von Nation von entscheidender Bedeutung. Janion wandte sich immer wieder entschieden gegen jede Art von Überhöhung der Nation, wie sie in Sprache und Handlungen von PiS und der von ihr gebildeten Regierung zum Ausdruck kommt. Sie braucht ihr Feindbild, sei es der Antisemitismus, sei es die Homophobie einer so genannten „LGBT-Ideologie“.

Janion betont: „Die Nation schafft sich weder selbst noch ist sie gottgegeben – wie dies manche Romantiker meinten, sondern sie ist ein zwischenmenschliches, kommunikatives Konstrukt – also eine auf Vorstellungen beruhende politische bzw. soziale Gemeinschaft.“ Das in der Romantik ausgeprägte Verständnis der Nation könne keinen absoluten Rang beanspruchen. Es sei ideengeschichtlich und damit historisch bedingt.

Ist dem so, dann schließt dies ein Verständnis aus, wonach die Nation eine heilige, gleichsam aufgrund übernatürlicher Kräfte geprägte Gemeinschaft ist. Weil jedoch weite Teile der polnischen Gesellschaft an der Vorstellung der Heiligkeit der Nation festhalten, haben wir es mit einem Konflikt zwischen einem säkularen Ver-

ständnis der Nation als eines sozialen Konstrukts und der von PiS sowie seitens der Kirche geförderten Idee einer religiös überhöhten Nation zu tun. Dieser Konflikt bestimmt die Auseinandersetzung um die Geschichtspolitik der Kaczyński-Partei. Ihr geht es u. a. darum, durch die von ihr veranlasste Umgestaltung des Warschauer Historischen Museums, durch die Gründung zahlreicher neuer Museen sowie durch eine entsprechende Gestaltung der schulischen Lehrpläne einen Patriotismus der traditionellen romantischen Überzeugung zu fördern, die Nation sei ein Absolutum. Dies bringt diese Auffassung in Widerspruch zur Religion, der man sich bedient. Anders gesagt: Indem man sich zur Überhöhung der Nation, so wie in der Romantik geschehen, christlich-religiöser Elemente bedient, wird der christliche Glaube auf unzulässige Weise national instrumentalisiert. Janion verweist in diesem Zusammenhang auf den polnischen Nobelpreisträger Czesław Miłosz, der im religiös verbrämten Patriotismus geradezu eine Gotteslästerung sah und dafür von nationalistischen Kreisen als „antinational“ scharf attackiert wurde.

### Absage an den Messianismus

Die Überhöhung der Nation wird im Messianismus der Romantik besonders deutlich. Dazu ein Fragment aus den „Büchern der polnischen Nation und der polnischen Pilgerschaft“. Verfasst hat es Adam Mickiewicz nach dem verlorenen Novemberaufstand (1830/31), um dem leidvollen Schicksal seines Volkes eine sinnstiftende Deutung zu verleihen: „Die polnische Nation wurde gemartert und ins Grab gelegt, worauf die Könige riefen: ‚Getötet und bestattet haben wir die Freiheit.‘ Doch ihr Rufen war Dummheit. Mit ihrem letzten Verbrechen ward das Maß ihrer Untaten voll, und ihre Macht endete, da ihr Jubel am größten. Denn die polnische Nation starb nicht. Zwar liegt ihr Leib im Grab, doch ihre Seele erstand von der Erde, das heißt, sie entwich aus dem öffentlichen Leben, in den Abgrund, in das verborgene Leben der unter Unfreiheit leidenden Völker in der Heimat und außerhalb ihrer – um ihre Leiden zu schauen. Doch am dritten Tag kehrt die Seele in den Leib zurück und die Nation ersteht von den Toten und befreit alle Völker Europas aus der Knechtschaft.“

Diese Analogie zum Martertod Jesu, zu seinem Abstieg ins Totenreich und zu seiner Auferstehung macht Polen zu einer auserwählten Nation, dazu berufen, die Völker Europas in die Freiheit zu führen. Janion verweist in diesem Zusammenhang auf Zygmunt Krasiński (1812-1859), der in seinen Briefen an die damaligen politischen Autoritäten Europas unter Hinweis auf die Opfer, die Polen für Europa gebracht habe, den Anspruch auf Unabhängigkeit seines Landes erhob, ohne die es kein Gleichgewicht Europas geben könne. Die Briefe seien, wie Janion anmerkt, wirkungslos geblieben. Es habe sich gezeigt, dass Europa im 19. Jahrhundert ohne ein unabhängiges Polen gut zurechtgekommen sei.

Aus dieser Erfahrung resultiert die bis in die Gegenwart nachwirkende, in PiS und ihrer Politik lebendige Überzeugung, Polen habe sich unentwegt für Europa geopfert, ohne dass dies honoriert worden wäre. Als Beispiel erwähnt Janion den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920, in dem Polen durch das „Wunder an der Weichsel“, wie man glaubt, Europa vor dem Bolschewismus gerettet und sich erneut als Vormauer Europas erwiesen habe, ohne dass dies im Bewusstsein der Westeuropäer eine Rolle spielte. Wenn heute die Nationaldemokraten für sich in Anspruch nehmen, das wahre Europa zu repräsentieren, und bei ihnen immer wieder eine ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen erkennbar sowie ein moralischer Verfall Westeuropas behauptet wird, dann erkläre sich dies auf dem Hintergrund des aus der Romantik überlieferten Messianismus.

Maria Janion sagt von sich, sie habe im Leben einen Wandel vollzogen. Einst habe sie geglaubt, der polnische Messianismus sei keine Selbstüberhebung und wenn, dann eine allein im Leiden, nicht aber eine, die Gewalt beinhalte. Diese Auffassung hat sie korrigiert: „Auch Selbstüberhebung im Leiden ist eine Selbstüberhebung wie jede andere, ist etwas, das Herzen versteinert und nicht imstande ist, anderen gegenüber Empathie zu empfinden.“ Damit spielt sie auf die unter der PiS-Regierung deutliche Tendenz an, über die eigenen Leiden das zu vergessen und zu verdrängen, was man anderen angetan hat, womit die erforderliche Selbstreinigung des nationalen Ge-

dächtnisses zum Schaden der Nation unterbleibt.

## Die Fragwürdigkeit einer „Theologie der Nation“

Dass die polnische Romantik mit ihrem Verständnis der auserwählten Nation und ihres Messianismus Auswirkungen auf die Religionsauffassung hat, dürfte aus dem bislang Gesagten bereits hervorgegangen sein. Auch Janion verweist auf die Problematik einer Sakralisierung des Säkularen und die dadurch bedingte Säkularisierung des Sakralen, ohne sie allerdings im Einzelnen zu erörtern.

Dieser Sachverhalt erklärt, warum Polens Kirche in ihren bischöflichen Aussagen, in ihrer Verkündigung, in der Feier der Kirchenfeste sowie in ihrer Volksfrömmigkeit stark national geprägt ist. Auch säkulare Ereignisse finden eine religiös-nationale Deutung. Dies zeigte sich beispielsweise an der von Jarosław Kaczyński betriebenen Sinnstiftung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der mit den beinahe hundert politisch und gesellschaftlich hochrangigen Persönlichkeiten auch der damalige Präsident, sein Zwillingsbruder Lech, ums Leben kamen. Jahrzehntlang wurde dieser Unfall als Attentat fremder Mächte ausgegeben und ganz im Sinne der Romantik als nationales Martyrium interpretiert, das die Auferstehung eines neuen, sich gegen das Vierteljahrhundert einer „postkommunistischen Ära“ der III. Republik abhebenden Polens begründe.

Zudem verfügt Polen über eine eigene „Theologie der Nation“. Ihr Begründer ist der heute 91jährige Theologieprofessor Czesław Stanisław Bartnik, der an der katholischen Universität Lublin (KUL) lehrte. Zehn Bischöfe und eine Kardinal zählen zu seinen Schülern. Mit verschiedenen öffentlichen Erklärungen erweist er sich als Befürworter der von Kaczyński verfolgten national-katholischen Politik. Bartnik ist eng mit Pater Rydzyk und seinem Medienimperium verbunden, das er häufig als Sprachrohr seiner „Theologie der Nation“ zu nutzen weiß. Der verlieh ihm denn auch den Titel „Prophet der Nation“.

Entsprechend seiner 1988 erschienenen Schrift „Die Polnische Theologie der Nation“ ist die Nation kein bloßes Konstrukt,

sondern gottgegeben und von Gott auserwählt. Sie besitzt einen Subjektcharakter, verfügt über „Seele“ und „Geist“. Ihr ist das Individuum ein- und untergeordnet. Wörtlich schreibt Bartnik: „Das Individuum ist eine in der Nation, durch die Nation und für die Nation lebende Person.“ In diesem Sinn sei die Nation heilig. Wer sich nicht im höchsten Maße mit ihr, ihrer Geschichte und ihrer religiös-kulturellen Tradition identifiziere, übe an ihr Verrat.

Zu fragen ist jedoch nach der Vertretbarkeit dieser aus der Romantik resultierenden „Theologie der Nation“ und ihrer Neigung zu einer heilsgeschichtlichen Interpretation nationaler Geschichte. Aufgabe der Theologie in Polen wäre es eigentlich, die unaufhebbare Differenz von christlicher Heils- und säkularer Weltgeschichte zu wahren und auf die mit einer „Theologie der Nation“ verbundene Gefahr einer Sakralisierung der eigenen Nation zu verweisen, zumal eine solche Sakralisierung einen gegenwärtig virulenten, stark fremdenfeindlichen Nationalismus fördert. Diese kritische Funktion wird jedoch von polnischen Theologen nur vereinzelt wahrgenommen, und wenn, dann sehen sie sich häufig dem Vorwurf eines mangelnden Patriotismus konfrontiert.

An ihrem 90. Geburtstag fühlte sich Maria Janion schon sehr schwach, Sie wollte keine Gäste, weil ihr die Kraft zu einem Gespräch fehle. Nach ihren Wünschen gefragt, verrät ihre Antwort eine gewisse Resignation. Ihr Traum von einem neuen Paradigma hat sich leider nicht erfüllt, wie die weiterhin einem romantischen Modell verpflichtete Geschichts- und Kulturpolitik von PiS und ein in der Gesellschaft präsender Antisemitismus sowie eine bedrohliche Homophobie zeigen. So bedauerte sie, „dass vieles in eine falsche Richtung geht. Doch wegen meines Alters fällt es mir nicht leicht, an die Zukunft zu denken. Ich wünsche mir für Polen eine kluge und ehrliche Regierung. Privat habe ich ganz minimalistische Wünsche. Ich hätte gerne zu einem Geburtstag, also unter dem Weihnachtsbaum, einen Haufen guter Bücher und ein paar bequeme, warme Winterstrümpfe.“

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Belarus – eine endlose Diktatur?

Am 09. August fand in Belarus eine Präsidentschaftswahl statt, bei der das Ergebnis bereits vorher feststand. Der neue Präsident ist auch der alte, Alexander Lukaschenko, der seit 26 Jahren das Land regiert und nun seine sechste Amtszeit angetreten hat. Dies allerdings nicht auf Grund freier Wahlen, denn mit Ausnahme seiner ersten waren alle folgenden gefälscht und wurden von der internationalen Gemeinschaft auch nicht als frei und demokratisch anerkannt.

Nach verschiedenen Funktionen innerhalb der kommunistischen Partei und der Leitung von Kolchosen bewarb sich Lukaschenko 1994 mit 39 Jahren um das Präsidentschaftsamt. Während des Wahlkampfes kam es zu zwei offensichtlich inszenierten Attacken auf ihn, die, medienwirksam genutzt, seine Popularität verstärkten und ihm den Gewinn der Wahl sicherten. Einmal an der Macht, zeigte es sich, dass er fest entschlossen war, sie nicht wieder aus der Hand zu geben. Etliche Politiker, die ihm hätten gefährlich werden können, starben eines unnatürlichen Todes. Als Auftraggeber der Morde galt Lukaschenko, den die Opposition der Bildung von Todesschwadronen bezichtigte.

Nach der weißrussischen Verfassung war die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Kadenzen begrenzt. Doch Lukaschenko hielt sich nicht daran und trat nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit nicht zurück. Er veranlasste ein „Referendum“, wonach diese verfassungsmäßige Beschränkung aufgehoben und seine ständige Wiederwahl möglich wurde. Damit kann er für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, der in Europa am längsten regierende Diktator zu sein.

### Zwischen Passivität und Protest

Man mag sich fragen, wie es möglich ist, dass eine Bevölkerung einen derart dikta-

torischen Präsidenten über einen so langen Zeitraum erträgt. Unabhängige Umfragen bestätigen, dass Lukaschenko trotz aller Wahlfälschungen stets mit der Unterstützung, wenn nicht der Mehrheit, so doch mit eines Teils der Bevölkerung rechnen kann. Dazu eine weißrussische Anekdote: Von den Deutschen wurden im Zweiten Weltkrieg drei Partisanen gehängt. Während der Russe und der Pole sich mit heftigem Strampeln gegen den Erstickungstod wehrten und dadurch nur umso schneller starben, hing der Weißrusse ruhig am Strick, und der Atem ging ihm nicht aus. Die Deutschen sahen es mit Verwunderung, nahmen ihn von der Schlinge und fragten ihn, warum er anders als die beiden noch am Leben sei. Und er gab zur Antwort: „Na ja, anfangs war es beschwerlich, aber dann habe ich mich daran gewöhnt.“ Dieser schwarze Humor ist eine treffliche Charakterisierung der passiven Mentalität eines Großteils der Bevölkerung, der sich in der Vergangenheit mit den keineswegs rosigen Verhältnissen zufrieden gab und lediglich hoffte, dass sie sich nicht noch weiter verschlechtern.

Doch die den Weißrussen zugesprochene politische Apathie ist nicht die ganze Wahrheit. Es gab und gibt immer wieder Proteste im Land, die von den Sicherheitskräften brutal aufgelöst werden und zu zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen führen. So war es beispielsweise nach der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010. Unabhängige Umfragen ergaben, dass für Lukaschenko nicht einmal die Hälfte der Wählerinnen und Wähler gestimmt hatte. Angesichts dieses Faktums kam es in Minsk und anderen Städten zu Massenprotesten. Die Sicherheitskräfte schritten ein und zerstreuten mit brutaler Gewalt die friedlichen Demonstranten. Viele wurden verhaftet, manche gefoltert.

## Emigration als Alternative

Der Protest gegen das Lukaschenko-Regime äußert sich auch durch eine Abstimmung mit den Füßen. Das Land mit rund 9,5 Millionen Einwohnern verlassen vor allem junge Menschen. Nach offiziellen Angaben waren es 2018 15.000, 2019 sogar fast 21.000. Sie finden in westlichen Staaten Aufnahme, vornehmlich im benachbarten Polen. Viele von ihnen haben wohl für im-

mer ihrer Heimat den Rücken gekehrt, andere hoffen auf einen Systemwandel, der ihnen die Rückkehr erlaubt; unter ihnen solche, die sich aus der Ferne für ein Ende der Diktatur in ihrem Land engagieren. So der Blogger Stepan Pucila, der von Warschau aus mit seinen Informationen in Belarus nicht weniger als 300.000 Empfänger erreicht. 2019 veröffentlichte er auf You Tube unter dem Titel „Lukaschenko: Untersuchungsmaterialien“ einen Film, der millionenfach angeklickt wurde und als der in Weißrussland am häufigsten angeschautete Streifen gilt.

## Bürgerinitiative im Kampf gegen die Corona-Pandemie

Mit dem Ausbruch der durch COVID-19 ausgelösten Pandemie zeigt sich in Belarus ein bedeutsamer gesellschaftlicher Bewusstseinswandel. Wie in anderen autoritär regierten Staaten wurde diese drohende Gefahr auch in Belarus zunächst bagatellisiert. Als besten Schutz gegen eine Erkrankung empfahl der Diktator höchstpersönlich den Gang in die Sauna und einen gehörigen Schluck aus der Wodkaflasche. Und sollten Leute an dem Virus sterben, dann sei dies eben eine natürliche Selektion, der eben die Schwachen zum Opfer fallen. Die Bevölkerung war konsterniert. Sie wertete diese absurden Äußerungen des Präsidenten als Signal, dass von der Regierung kaum eine Hilfe zu erwarten war. Mit Anfang April stiegen die Infektionszahlen rapide und erreichten Höchstwerte von knapp unter 1000 registrierten Fällen pro Tag. Die Menschen griffen zur Selbsthilfe, nähten Gesichtsmasken, unterstützten die Mitarbeiter des Gesundheitswesens, halfen in den Kliniken. Es kristallisierte sich eine Bürgergesellschaft heraus, bereit, die Geschicke des Landes in die eigene Hand zu nehmen.

Und sie erwies sich auch als Impuls für den im Mai begonnenen Wahlkampf. In den Stadtzentren bildeten sich lange Schlangen wahlberechtigter Bürgerinnen und Bürger, um sich in die Liste des einen oder anderen Rivalen von Lukaschenko einzutragen. Seit einem Vierteljahrhundert hatte es eine vergleichbare Mobilisierung nicht gegeben. In der Gesellschaft war ein deutlicher Stimmungswandel zu spüren. Die Weißrussen

schienen wach geworden zu sein, bekannten sich zur eigenen Würde, hatten sich von ihrer Angst befreit, die Lukaschenko bisher die Macht sicherte – Angst vor Verlust der Arbeit, vor Verhaftung, vor Folter. Für viele war der „König“ mit einem Male nackt, ein sterblicher Mensch wie jeder andere. Die weißrussische Nobelpreisträgerin für Literatur, Swetlana Alexijewitsch, kommentierte diesen Wandel mit den Worten, ihre Landsleute hätten ihr Sklaventum nicht nur tropfen-, sondern eimerweise aus sich herausgepresst und ihre Angst vor der Macht des Sicherheitsapparats abgelegt.

### Zuspitzung des Konflikts

Mit einer solchen Bürgerbewegung hatte das Lukaschenko-Regime nicht gerechnet. Mit einem Male gewannen nun Persönlichkeiten an Popularität, die mit Lukaschenko um das Präsidentenamt rivalisierten. So der frühere Banker Wiktor Babaryka, der für seine Kandidatur 430 000 Stimmen sammeln konnte. Die Reaktion des Regimes ließ nicht auf sich warten. Die staatlichen Medien geißelten den gesellschaftlichen Aufbruch als vom Ausland, zumal von Polen und Russland, gesteuert. Die sich um das Präsidentenamt bewerbenden Rivalen von Lukaschenko seien ihre kriminellen Handlanger. Sie wurden kurzerhand verhaftet und hinter Schloss und Riegel gebracht. Ihnen drohen, so auch Babaryka, hohe Haftstrafen.

Sollte das Regime geglaubt haben, auf diese Weise die gesellschaftliche Auflehnung im Keim ersticken zu können, dann hatte es sich gewaltig getäuscht. Im ganzen Land kam es zu Solidaritätsbekundungen mit den Inhaftierten. Prominente Persönlichkeiten aus Kultur, Medien und Sport schlossen sich den Protesten an.

### Eine Frau forderte Lukaschenko heraus

Am 16. Juli kam es dann zu einem Bündnis der Opposition. Die offiziell registrierte Kandidatin Swetlana Tichanowskaja vereinigte sich mit den Wahlkampfteams zweier nicht zur Wahl zugelassener Kandidaten, der eine, Babaryka, verhaftet, der andere ins benachbarte Russland geflüchtet. Die drei Stäbe wurden jeweils von den Frauen

des jeweiligen Wahlkampfteams geleitet, die gemeinsam auftraten und in kurzer Zeit populär wurden. Ihre Botschaft: „Wir bündeln die Kräfte auf ein einziges Ziel hin. Wir wollen mit Stolz unseren Kindern sagen können, dass wir imstande waren, dieses langandauernde diktatorische System zu verändern.“

Swetlana Tichanowskaja, 38 Jahre alt, Übersetzerin, entschloss sich, an Stelle ihres als Präsidentschaftsbewerber gleichfalls verhafteten Mannes, eines bekannten Bloggers, zu kandidieren. Überraschenderweise wurde sie registriert, was sie damit erklärt, dass Lukaschenko in ihr offenbar eine willkommene Rivalin sah, die er der Lächerlichkeit preisgeben konnte, wie er dies auch in seiner Rede an die Nation vier Tage vor der Wahl getan hat. Eine Frau als Präsidentin? Das erschien wohl dem Diktator einer, wie er glaubt, zutiefst patriarchalischen Gesellschaft geradezu als Witz.

Swetlana Tichanowskaja vertrat kein konkretes politisches Programm. Einzig und allein ging es ihr darum, eine erneute Wiederwahl von Lukaschenko zu verhindern. Das ist auch der Grund, warum sie von der Opposition gleich welcher Richtung unterstützt wurde. Im Falle ihrer Wahl würde sie sich mit aller Kraft darauf konzentrieren, den Weg zu wirklich freien und ehrlichen Präsidentschaftswahlen frei zu machen und nach getaner Arbeit in einem halben Jahr von ihrem Amt zurücktreten.

Alexander Lukaschenko hatte sich jedenfalls gründlich verrechnet. Sie war kein, wie er glaubte, armes, bemitleidenswertes Mädchen, sie erwies sich vielmehr als eine charismatische Persönlichkeit. Zigtausende strömten zu ihren Wahlkundgebungen, hingen an ihren Lippen. In kürzester Zeit wurde sie zu einer nationalen Ikone.

### Deutliche Zunahme der Repressionen

Doch mit dem Grad nationalen Erwachens wuchs auch die Repression. Einen Monat vor der Präsidentschaftswahl befanden sich bereits an die 700 Weißrussen in politischer Haft. Shirts mit einem patriotischen Aufdruck wurden zum Zeichen der Massenproteste. Und wer sie trug, der riskierte, auf offener Straße verhaftet zu werden.

Einem besonderen Druck sahen sich Journalisten unabhängiger Medien ausgesetzt. Im Verlauf des Wahlkampfs wurden an die 50 von ihnen verhaftet. Unter dem Vorwurf, ihre Heimatredaktionen würden sich in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands einmischen und öffentliche Unruhen anzetteln, wurde den akkreditierten ausländischen Journalisten gedroht, sie müssten das Land verlassen, falls dies nicht aufhöre. Allein in einer Woche gab es zehn solcher Fälle. Und wer aus dem Ausland seine Akkreditierung beantragt hatte, um über den Präsidentschaftswahlkampf zu berichten, blieb ohne Antwort. Auf Nachfrage erhielt er den Bescheid, zu warten. Und dies sicherlich bis lange nach dem 9. August. Begründet wurde diese Verzögerung mit der Corona-Pandemie, die es angeblich unmöglich mache, die für die Entscheidung zuständige Kommission einzuberufen.

Doch diese Maßnahmen des Lukaschenko-Regimes blieben nicht unwidersprochen. 200 Journalisten reagierten darauf mit einem an Lukaschenko gerichteten öffentlichen Appell, in dem es u. a. heißt: „Die Schamlosigkeit solcher Handlungen bewirkt einen Gegeneffekt. Der zynische Wunsch, den Bürgern zu zeigen, wie wehrlos sie den Machthabern ausgeliefert sind, diskreditiert diese vor allem selbst.“

Je näher der Wahltag heranrückte, umso mehr verschärfte Lukaschenko seine repressive Rhetorik. Er erinnerte an die Geschehnisse vom November 2013 in der benachbarten Ukraine, als es in Kiew auf dem Majdan zur Auflehnung gegen das russlandfreundliche Regime kam und in den blutigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gut 100 Freiheitskämpfer ihr Leben ließen, Präsident Wiktor Janukowytsch fluchtartig das Land verließ und der Prozess einer Demokratisierung und Hinwendung zur europäischen Union seinen Anfang nahm. Das werde es – so Lukaschenko – in Belarus nicht geben. „Wir wissen, sie wollen uns umkrepeln, uns ein Majdan am Tag der Präsidentschaftswahlen beschere. Ich möchte alle warnen – Majdans wird es in Belarus nicht geben! Wir lassen es nicht zu, dass sich kriminelle Banden über das Land ergießen.“

Und Lukaschenko wurde noch deutlicher. Unter Hinweis auf die Ereignisse in Usbe-

kistan im Jahr 2005, als dort eine friedliche Demonstration vom Militär blutig niedergeschlagen wurde und über 1000 Usbeken im Kugelhagel starben, sagte er:

„Denkt daran, wie der frühere usbekische Präsident Karimow den Putsch niederschlug, wobei 1000 Menschen erschossen wurden. Wir haben solches nicht erlebt; darum wollen wir das nicht verstehen – zumindest manche nicht. Deswegen erinnere ich daran!“ Klarer kann man wohl seinem Volk nicht ankündigen, was es zu erwarten hat, falls es sich auflehnt.

Die zunehmenden Repressionen waren zugleich ein Zeichen dafür, dass sich Lukaschenko in seiner Macht bedroht fühlte. Fünf Tage vor dem Wahltag wandte er sich mit einer eineinhalbstündigen Rede an die Nation. Nach seinen Worten konnte man glauben, Belarus sei der Nabel der Welt. Ein ruhiges, friedliches Land, umgeben von zahlreichen Konflikten. Von Russland begehrt, das fürchte, einen seiner letzten Verbündeten zu verlieren. Vom Westen umworben, der Belarus für sich gewinnen möchte. In den Massenkundgebungen gegen seine Wiederwahl sah er das Produkt einer gezielten Gehirnwäsche in den sozialen Medien. Man wolle das Land destabilisieren, und die drei naiven Mädel seien hier das Sprachrohr. Sie würden nicht einmal verstehen, was sie da ihren Zuhörern vorlesen. Und Lukaschenko zeigte Entschlossenheit. „Wir werden das Land nicht hergeben. Denn was man liebt, das gibt man nicht her. Dazu wird es nichtkommen. Um dies zu verhindern haben wir Polizei, Militär und Sicherheitskräfte.“

Im Lager der Opposition war man überzeugt, dass – wie in der Vergangenheit – auch diese Präsidentschaftswahl gefälscht werde. Also schuf man gewisse Vorkehrungen, um dem entgegen zu wirken. Swetlana Tichanowskaja rief dazu auf, erst am Nachmittag des Wahlsonntags zur Wahl zu gehen. Das würde Wahlfälschungen erschweren. Und sie appellierte an die Mitglieder der örtlichen Wahlkomitees, die Stimmen ehrlich auszuzählen. Eine Plattform „Golos“ wurde geschaffen, auf die die von den Wählerinnen und Wählern bei der Stimmabgabe abgelichteten Stimmzettel gesammelt werden sollten als Nachweis persönlicher Wahlentscheidung. Das Regime hat darauf reagiert und – wegen der Pandemie

– angeordnet, dass die Wahlkabinen ohne Vorhänge bleiben, also einsichtig sind, eine Verletzung der Verpflichtung geheimer Wahlen. Zudem blockierte es den Zugang zum Internet. Das Tragen eines weißen Armbands wurde zum Zeichen für Freiheit und Solidarität. Wer es trug, der bekannte sich damit öffentlich dazu, nicht Lukaschenko zu wählen.

### Ein folgenschwerer Wahlsonntag

Der Wahltag am 9. August verlief, von einzelnen Übergriffen der Staatsmacht abgesehen, zunächst friedlich. Die Bürgerinnen und Bürger drängten in die Wahllokale, füllten ihren Wahlschein aus und warfen ihn in die Urne. Doch was mit ihrem Stimmzettel später geschah, das entzog sich ihrer Kontrolle. Wahlbeobachter der KSZE waren nicht zugelassen, eine objektive Überprüfung der Wahl fand nicht statt. Aktivisten von „Ehrliche Leute“, die versuchten, vor den Wahllokalen die Frequenz zu ermitteln und die ihre Mitbürger nach Verlassen der Wahllokale befragten, wem sie ihre Stimme gegeben hatten, wurden von den Sicherheitskräften daran gehindert oder gar inhaftiert. Wo es ihnen trotz dieser Behinderung gelang, entsprechende Auskünfte zu erhalten, zeigte es sich, dass eine deutliche Mehrheit für Swetlana Tichanowskaja gestimmt hatte.

Im Ausland konnten derlei Befragungen ungestört vorgenommen werden. Danach erhielt Alexander Lukaschenko nicht einmal 10% der Stimmen; kein überraschendes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass die Masse der Exilweißrussen ihr Land wegen der dort herrschenden diktatorischen Verhältnisse verlassen haben.

Und bewiesen nicht den Wahlsieg von Swetlana Tichanowskaja ihre Wahlkundgebungen mit zigtausenden Teilnehmern, und das nicht nur in der Hauptstadt Minsk, sondern auch in weiteren 30 Städten, ja selbst in manchen Dörfern?

Dessen ungeachtet wurde noch vor Auszählung der Stimmen Lukaschenko durch die staatlichen Medien am Wahlabend zum Sieger erklärt. Er habe über 80% der Stimmen erhalten. Am Montagmorgen gab dann die Zentrale Wahlkommission das offizielle Endergebnis bekannt: 80,23% für Lukaschenko, 9,9% für Tichanowskaja. Danach

wurden, wie auch bei früheren Wahlen, alle Stimmzettel verbrannt und somit eine unabhängige Überprüfung des Wallergebnisses unmöglich gemacht.

Mit der Veröffentlichung dieser Daten war der Wahlbetrug so offensichtlich, dass es am Abend des 9. August in Minsk und anderen Städten zu Massenprotesten kam, bei denen die Demonstranten Lukaschenkos Rücktritt und einen grundlegenden politischen Wandel forderten. Doch die Sicherheitskräfte waren darauf gut vorbereitet und gingen gegen die Demonstranten unter dem Einsatz von Blendgranaten, Gummigeschossen, Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken brutal vor. Erst tief in der Nacht beruhigte sich die Lage. Nach offiziellen Angaben gab es 100 Verletzte und 3.000 Festnahmen. Die Zahl der Verletzten und Inhaftierten erhöhte sich von Tag zu Tag. Mindestens zwei Demonstranten verloren ihr Leben.

Doch die Gewalt vermochte es nicht, die Proteste zu unterbinden. Im Gegenteil. Sie weiteten sich aus, nahmen neue Formen an. Weißgekleidete Frauen mit Blumen in den Händen bildeten Menschenketten, sangen patriotische Lieder. Ärzte, die in den Krankenhäusern die Verletzten behandelt hatten, schlossen sich dem Protest an, Künstler lehnten sich mit viel Phantasie gegen das Lukaschenko-Regime auf. In zahlreichen Fabriken kam es zu Arbeitsniederlegungen, wenige Tage später zu einem Generalstreik.

Der wiedergewählte Präsident mied am Abend des 9. August die Öffentlichkeit. Es gab keine zur Schau gestellte Siegesfeier, keine Anhänger, die ihm öffentlich zujubelten.

Auch Swetlana Tichanowskaja zeigte sich nicht den protestierenden Massen, die sie enthusiastisch gefeiert hätten. Auf ihren Kundgebungen hatte sie immer wieder vor gewaltsamen Auseinandersetzungen gewarnt und gehofft, die Sicherheitskräfte würden nicht gegen friedliche Demonstranten gewaltsam vorgehen.

Am Morgen nach dem Wahlsonntag hatte sich Swetlana Tichanowskaja zur Zentralen Wahlkommission begeben, um gegen das Wahlergebnis Beschwerde einzulegen. Ihr Team wartete vergeblich auf ihre Rückkehr. Schon befürchtete man ihre Verhaftung.

Doch dann meldete sie sich nach Stunden mit zwei Videobotschaften aus Litauen, wohin sie bereits vor ihrem Wahlkampf ihre Kinder in Sicherheit gebracht hatte. Sie habe, wie sie auf dem einen Video sagte, ihr Land aus freier Entscheidung, ohne äußeren Zwang verlassen, weil sie sich den aus dem Wahlergebnis ergebenden Belastungen nicht gewachsen fühle. Auf dem anderen Band las sie mit monotoner Stimme eine offenbar im Büro der Zentralen Wahlkommission verfasste Erklärung, in der sie ihre Anhänger dazu aufrief, sich nicht auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften einzulassen. Diese Erklärung wurde in den staatlichen Medien verbreitet, um – allerdings vergeblich – die Proteste zu stoppen.

Aus dem litauischen Exil gelang es Swetlana Tichanowskaja, in ihrer Heimat einen mit angesehenen öffentlichen Persönlichkeiten besetzten Koordinierungsrat zu bilden. Er sollte nach der Entlassung politischer Gefangener im Dialog mit der Regierung erneute Präsidentschaftswahlen vorbereiten. Doch Lukaschenko lehnte jede Art von Dialog ab. Er ging vielmehr in die Offensive und kündigte für die letzte Augustwoche an, die Ordnung im Land wiederherzustellen.

## Reaktion des Auslands

Dass sich Putin und der chinesische Präsident Xi Jinping beeilten, kurz nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses Lukaschenko zu seiner Wiederwahl zu gratulieren, verwundert nicht. Schließlich sind sie vom gleichen Geist. Ihnen dienen Wahlen, ganz so wie zu kommunistischen Zeiten, einzig und allein ihrem Machterhalt. Für sie sind daher Wahlfälschungen etwas gänzlich Normales. Rechtsstaatlichkeit und demokratische Werte wie Meinungsfreiheit und individuelle Menschenrechte zählen für sie nicht.

Anders die Stimmen aus der Europäischen Union. Ihre führenden Politiker forderten übereinstimmend ein Ende der Gewalt. Der polnische Präsident Duda sprach sich angesichts der Ereignisse in seinem Nachbarland für die Einberufung eines Sondergipfels aus. Der Ruf nach Sanktionen wurde laut. Die Präsidenten Polens und der baltischen Staaten unterzeichneten einen ge-

meinsamen Appell. Sie beriefen sich auf die Erfahrungen ihrer Länder, wonach nur ein gesellschaftlicher Dialog in der Lage sei, eine derartige Krise zu lösen. Ein konstruktiver, von Polen und Lettland unterstützter Vorschlag kam aus Litauen. Er sieht unter ihrer Vermittlung nach Einstellung der Gewalttaten und Entlassung der politischen Gefangenen die Einberufung eines Nationalrates vor.

Die Möglichkeiten der Europäischen Union, auf die Ereignisse in Belarus Einfluss zu nehmen, bleiben leider gering. Ohne Russland wird es hier kaum Fortschritte geben. Und Putin verfolgt seine eigenen Interessen. Ihm dürfte an einer Schwächung der Position von Lukaschenko gelegen sein, der bislang eine gewisse Distanz zu Putin hielt und weder die Annexion der Krim anerkannt noch sein kriegerisches Abenteuer in der Ostukraine unterstützt hat. Diese Ambivalenz dürfte bei westlichen Politikern eine Rolle spielen, die kein Interesse daran haben können, etwa durch wirtschaftliche Sanktionen die Bindung von Belarus an Russland zu verstärken. So begnügte man sich innerhalb der EU auch damit, die für den Wahlbetrug und die Gewaltausübung Verantwortlichen mit Sanktionen zu belegen.

Über drei Wochen nach der Präsidentschaftswahl herrscht in Belarus eine Art Pattsituation. Lukaschenko denkt nicht an Rücktritt und verweigert jeden Dialog. Durch Verhaftung der Streikführer und Druck auf die Belegschaften gelang es ihm, eine Streikwelle zu verhindern. Gezielte Verhaftungen dienen dazu, die Opposition zu schwächen. Doch die Massenproteste gehen unvermindert weiter. Maria Kolesnikowa, eine der drei Frauen und Mitglied des Koordinierungsrates, gründete als Sammelbewegung die Partei „Miteinander“. Noch verzichtet Lukaschenko auf die Ausrufung des Kriegsrechts und damit auf den Einsatz des Militärs.

In etwa gleicht die Situation in Belarus der in Polen vor genau 40 Jahren, als mit der Gründung der „Solidarność“ der Kampf um Freiheit und Demokratie begann. Es sollte neun Jahre dauern, ehe er gewonnen war.

\*\*\*

Karl-Heinz Ohlig

## Zur Situation der Islamwissenschaft

### Mythenrepetition statt historischer Forschung

Wissenschaftliche Forschung im Bereich der Religionswissenschaft sollte versuchen, die Quellenlage zu einer Religion historisch-kritisch zu dokumentieren und zu analysieren. Wie, warum und in welchen Kontexten eine Religion entstanden ist und wie ihre weitere Geschichte verlaufen ist, sollte dabei herausgearbeitet werden. Das gilt auch für die Islamwissenschaft.

In ihren Anfängen im 19. und frühen 20. Jahrhundert hat sie dies auch – wenn auch auf einem noch eingeschränkten Zugang zu den literarischen und historischen Quellen – auf eine großartige Weise geleistet. Getragen wurde sie von einer Reihe von Theologen und jüdischen Forschern, deren Arbeiten in der Nazizeit und im Zweiten Weltkrieg beendet wurde. Nach dem Krieg wurde die Islamwissenschaft neu aufgebaut, dieses Mal vor allem mit Hilfe von Leuten, die zwar die arabische Sprache beherrschten, aber leider keine Kenntnis der religiösen, historischen und sprachlichen Kontexte besaßen und denen die Arbeit mit historisch-kritischen Methoden unbekannt war.

So stützt sich die islamwissenschaftliche Forschung bis heute weithin auf die Vorgaben der muslimischen Tradition, ohne diese selbst zu untersuchen. In ihren Büchern und Aufsätzen kann man lesen, dass der Islam auf der Arabischen Halbinsel, näherhin in Mekka und Medina entstanden ist und auf die Predigten des Propheten Mohammed zurückgeht. Der Koran soll wenige Jahrzehnte nach Mohammeds Tod unter dem dritten Kalifen Osman (Uthman) zur Ganzschrift zusammengefasst worden sein, die die Grundlage des heute vorliegenden Koran sei. Auch die neuen Koranübersetzungen gehen von diesen Voraussetzungen aus und lesen den Text ausschließlich auf der Basis der arabischen Sprache, die zahl-

reichen unverständlichen Passagen – die „dunklen Stellen“ – werden weginterpretiert und im Sinne der herrschenden Tradition aufgefasst.

Dass alle diese muslimischen Traditionen erst im 9. und 10. Jahrhundert formuliert wurden, spielt keine Rolle. Deswegen gibt es auch keine Bemühung um mögliche zeitgenössische Quellen, von denen her sich ein ganz anderes Bild der Entstehung des Islam ergibt (z.B. seine Entstehung im mesopotamischen Raum, eigenständige Religion erst um das Jahr 800 usw.).

Die seit einigen Jahren betriebene Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Religionslehre an einigen Universitäten verfestigt diese Situation. Die Lehrstuhlinhaber sind gläubige Muslime, deren Berufung und Lehre für angehende Imame oder Religionslehrer/innen von unterschiedlichen Islamverbänden kontrolliert wird. Sie halten sich naturgemäß an die Erzählungen der islamischen Tradition, um ihre Position nicht zu gefährden. So hatte z.B. der erste von ihnen, Muhammad (Sven) Kalisch an der Universität Münster, die Existenz Mohammeds in Frage gestellt, was ihn seine Berechtigung, muslimische Studierende zu unterrichten, kostete. Aber auch geringfügigere Abweichungen unterliegen kritischen Urteilen seitens der Islamverbände.

Hinzu kommt der Versuch der Kirchen, Medien und Politik, angesichts großer und wachsender muslimischer Minoritäten in Europa ein versöhnliches Klima zu schaffen und alles zu vermeiden, was Muslime verletzen könnte. Diese Absicht ist gut, und es sollte alles dafür getan werden, Spannungen und Konflikte mit dem Islam zu vermeiden. Hieraus resultiert aber eine verbreitete Forderung nach *political correctness*: Zwar darf man Phänomene in den islamischen Gesellschaften kritisieren, die mit Terrorismus und Gewalt zu tun haben, auch islamistische Gruppen werden bekämpft. Aber leider soll alles vermieden werden, was religiöse Gefühle verletzen könnte, womit man auch für den Islam die Chance vergibt, sich kritisch mit der eigenen Geschichte zu befassen – diese wird vielmehr immer wieder bestätigt. Und hierbei ist vor allem die Islamwissenschaft in ihrer Wissenschaftlichkeit betroffen.

Wenn in den Medien hin und wieder zur Islamgeschichte, zu den Anfängen dieser Re-

ligion oder seiner Theologie geschrieben wird, bleiben alle wissenschaftlichen Untersuchungen unerwähnt. Selbst große Tageszeitungen, denen man in dieser Hinsicht ein wenig mehr zutrauen würde, repetieren nur die muslimischen Mythen, obwohl diese erst 200 bis 300 Jahre nach dem Tod des Propheten verfasst wurden. Dabei stützen sie sich auf das Material, das ihnen Islamwissenschaftler liefern, selbst wenn die Thesen offensichtlich nicht stimmen können. So wertet Christian Geyer in der FAZ vom 15.07.20 – ein kleines Beispiel – die Arbeit von Angelika Neuwirth positiv, weil sie einen neuen Gesichtspunkt in die Koranforschung eingebracht habe: Sie führt die musikalische Gestaltung der Koranlesung darauf zurück, dass „viele Hörer im Milieu des Propheten wahrscheinlich gar nicht lesen und schreiben konnten“ (S. N3), aber ihnen die „rituellen Hymnengesänge orthodoxer Christen“ vertraut waren, die auch die Koranverkündigung geprägt hätten. Der Gedanke ist nicht falsch, wenn man – wie die Forschergruppe Inârah – die Entstehung des Koran nicht auf der Arabischen Halbinsel, sondern in Mesopotamien annimmt. Wo hätten Zuhörer Mohammed in der Ödnis Arabiens die Möglichkeit gehabt, orthodoxe Gesänge zu internalisieren?

„Forschungen“ dieser Art wurden und werden durch das hochdotierte – aber ziemlich ineffektive – Vorhaben „Corpus Coranicum“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie gefördert. Und bald wird sie noch weiter „popularisiert“ werden: Der Ferdinand Schöningh Verlag richtet eine Reihe ein „Beiträge zur Koranforschung“, die von Klaus von Stosch, Angelika Neuwirth und Zishan Ghaffar herausgegeben wird. Was soll man da erwarten?

Leider spielen bei dieser Verdummung auch die Kirchen mit. Das löbliche Bemühen um gute Beziehungen zur islamischen Welt führt auch hier dazu, nur ja keine Probleme anzusprechen. Von der Herder Korrespondenz bis zu Tagungen der Bildungshäuser dominieren „Informationen“ zum Islam, die weit entfernt sind von ihren sonstigen Bemühungen, die christlichen Traditionen historisch-kritisch zu erarbeiten und dem Publikum zu vermitteln. Nicht so beim Islam, hier werden Märchen erzählt.

Nur ein Beispiel: die „Katholische Akademie in Bayern“ mit dem Hauptsitz in München hat jetzt schon zum dritten Mal Prof. Dr. Georg Tamer, der einen Lehrstuhl für Orientalische Philologie und Islamwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg innehat, über islamische Themen referieren lassen und die Vorträge in ihren Heften „Zur Debatte“ veröffentlicht. Ohne jede historisch-kritische Reflexion werden hier die alten Mythen wiedergegeben und mit einem pseudowissenschaftlichen Vokabular garniert.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung und daraus resultierende Information der Öffentlichkeit gibt es nicht. Dabei wäre diese unbedingt erforderlich, um sachgerecht mit dem Phänomen Islam umgehen zu können. Es ist fatal, dass jede historisch-kritische, d.h. auf Quellen beruhende und nachprüfbar Forschung als islamophob verleumdet wird. Historisch nachprüfbar Wahrheiten sind nicht islamophob, so wenig wie eine historisch-kritische Forschung zum Christentum antichristlich ist.

\*\*\*

Markus Groß

## „Überall nur fromme Muslime?“ – Eine Rezension zu Ibn Warraq: „Leaving the Allah Delusion Behind: Atheism and Freethought in Islam“<sup>1</sup> und andere seiner Veröffentlichungen

„Rheinische Kirche will Muslime nicht mehr bekehren“ – so lautete die Überschrift eines Artikels<sup>2</sup> der (katholischen) „Tagespost“, in dem darüber berichtet wird, dass

<sup>1</sup> Ibn Warraq, Leaving the Allah Delusion Behind: Atheism and Freethought in Islam, Schiler & Mücke/ Berlin und Tübingen 2020, 752 S., € 68.

<sup>2</sup> <https://www.die-tagespost.de/politik/Rheinische-Kirche-will-Muslime-nicht-mehr-bekehren;art438,185032>

die Evangelische Kirche im Rheinland auf Beschluss der Landessynode (196 dafür, 7 dagegen bei 7 Enthaltungen) künftig von jeglicher Missionstätigkeit bei Muslimen Abstand nehmen will. Die Katholische Kirche ist diesen Schritt noch nicht gegangen, wie man einem Dossier entnehmen kann, das von „Vaticannews“ veröffentlicht wurde<sup>3</sup>. Dort wird ein „Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium“ vom 24.11.13 erwähnt, wo der etwas verschämt versteckte Satz zu finden ist: „Die Evangelisierung und der interreligiöse Dialog sind weit davon entfernt, einander entgegengesetzt zu sein, vielmehr unterstützen und nähren sie einander.“

Es darf spekuliert werden, ob man bei dieser Wortwahl mehr vor öffentlicher Kritik Angst hatte oder ein solches Unterfangen von vorneherein für aussichtslos hielt, wie es etwa der durch seinen Roman „Moby Dick“ berühmte Herman Melville tat, als er in sein „Tagebuch einer Reise durch Europa und die Levante“ anlässlich eines Besuchs amerikanischer Missionare in Jerusalem im Jahre 1856 schrieb: „Statt Orientalen zu Christen zu machen könnte man auch versuchen Backsteine in Hochzeitsorten zu verwandeln.“

Aber auch ursprünglich katholische Institutionen wie die Prestige-trächtige „University of Notre Dame du Lac“ – Obama bekam dort seinen ersten Ehrendoktorhut – haben anscheinend kapituliert und sich einer Strategie der Unterwürfigkeit verschrieben. Wie anders soll man erklären, dass dort im Rahmen einer „Islam Awareness (=Sensibilisierungs-) Week“ Veranstaltungen abgehalten wurden wie (gleich am ersten Tag) eine „Kopftuch-Verteilung (Hijab distribution)“<sup>4</sup>.

Abgesehen davon, ob diese Strategie dem offensichtlichen eigenen Anspruch einer wie auch immer definierten ethischen Integrität entspricht oder vielleicht doch eher erbärmlich zu nennen ist, stellt sich hier die Frage: Stimmt die Prämisse denn eigentlich? Sind Muslime weltweit wirklich in ihrer überwältigenden Mehrheit so gefestigt

im Glauben, dass alle Missionierungsversuche – natürlich auch solche von Anhängern der Aufklärung oder gar des Atheismus – völlig zu Scheitern verurteilt sind, oder gibt es nicht auch in der islamischen Welt historische Ansätze für Zweifel und freies Denken.

Dieser Frage widmet sich das zu besprechende Buch von Ibn Warraq, der neben seiner Herausgebertätigkeit einer islamwissenschaftlichen Reihe auch durch mehrere Monographien („Why I am not a Muslim“, Neuauflage 2020) seit über 20 Jahren zu den weltweit bekanntesten Islamkritikern gehört.

Gleich in der Einleitung stellt er die Frage nach der moralischen Notwendigkeit einer Geschichte des Atheismus im Islam – über die Berechtigung des Terminus wird noch zu reden sein – und beantwortet diese mit dem Hinweis darauf, dass Machthaber uns glauben machen wollen, dass „Atheismus, Freidenkertum und Zweifel dem Islamischen Kulturkreis irgendwie fremd seien“, was er mit dem Buch zu widerlegen vorhatte. Der Beweis des Vorhandenseins von Atheismus sei ein „Gegenmittel gegen religiöse Gewissheiten“. Dass es schon immer solchen gegeben habe, versucht er sinnigerweise mit einem Bibelvers zu beweisen (Ps 53, 1): „Die Toren sprechen in ihrem Herzen: Es ist kein Gott. Sie taugen nichts...“

Die Monographie ist in insgesamt drei recht unterschiedliche Teile geteilt, die im Folgenden kurz zusammengefasst werden. Im ersten Teil „Freidenkertum und Atheismus im klassischen Islam“ werden mehrere Dichter und Denker des frühen Islam vorgestellt, in deren Werken Gedankengut zu finden ist, dass dem orthodoxen Islam so stark widerspricht, dass sie nicht mehr als Muslime bezeichnet werden können, wenn sie auch nicht als Atheisten bezeichnet werden können. Ein Problem ist dabei die Terminologie: So erwähnt al-Ġāhiz in seiner ‘Uṭmāniya, zahllose Muslime seien als Zindiqs (interpretiert als „Dualisten“) und Dahrīs („Atheisten“) vom Glauben abgefallen. Was mit diesen Begriffen aber genau gemeint ist – das normale Wort für Atheist ist im Arabischen eher „mulhid“, bleibt auch den Lexikographen ein Rätsel (S. 7).

<sup>3</sup> <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2019-01/papst-franziskus-abu-dhabi-islam-zitate-uebersicht-muslime.html>

<sup>4</sup> <https://campusministry.nd.edu/events/2019/03/29/islam-awareness-week-2019/>

Dem Sufismus, wie das Freidenkertum ein Angriff auf die Orthodoxie, wird in Kap. 3 (ab S. 88) behandelt. Was Ibn Warraq hier beschreibt, könnte ein deutscher Religionswissenschaftler auch als Monismus (im Gegensatz zu Monotheismus) beschreiben. Wohl kaum überraschend wurden viele frühe Sufis hingerichtet, der berühmteste vielleicht al-Ḥallāḡ, berühmt durch seinen Ausspruch „ich bin die Wahrheit, anā l-ḥaqq“, der ausgepeitscht, verstümmelt und zuletzt auf einem Kreuz zur Schau gestellt wurde, auf dem er einen Tag später verstarb. Ein weiterer Fall war der Mystiker Suhrawardi, der auf Befehl Saladins hingerichtet wurde. Aber auch einen ersten Hinweis auf die Negierung eines persönlichen Gottes finden wir bei dem Inder Sarmad, der zur Zeit Aurangzebs im Moghulreich lebte. Als er angeklagt wurde, sollte er zum Beweis seiner Rechtgläubigkeit das Glaubensbekenntnis (beginnend mit „Es gib keinen Gott außer Allah“) aufsagen, begann die Formel auch regelgerecht mit „es gibt keinen Gott...“, um dann zu verstummen, was ihm das Todesurteil einbrachte.

Die im Westen oft als „islamische Rationalisten“ bezeichneten Mu‘taziliten werden im folgenden Kapitel (ab S. 103) behandelt, wobei Ibn Warraq in der Überschrift den Begriff „Freidenker des Islam“ mit Fragezeichen versieht. Zwar hätten sie die Bedeutung des wissenschaftlichen Zweifels hervorgehoben („besser fünfzig Zweifel als eine Gewissheit“), seien aber auch ausgesprochen intolerant und für eine Art islamische Inquisition (*miḥna*) verantwortlich gewesen. Ihre Zweifel bezogen sich u.a. auf die Unnachahmlichkeit des Koran, die Authentizität der Hadithe (Aussprüche des Propheten), und sie setzten allgemein die Vernunft über die Offenbarung.

Zum Helden des folgenden Kapitels, Ibn al-Rāwandī (815-860, 912 oder noch später) hat Ibn Warraq ein persönliches Verhältnis, hatte er sich doch bei Abfassung seines ersten Buches diesen Namen als Pseudonym ausgesucht. Als er daraufhin erfahren musste, dass ein anderer Autor, mit dem er später Freundschaft schloss, diesen Gedanken vor ihm gehabt hatte, wählte er statt dessen den des Lehrers dieses Denkers: Ibn Warrāq. Ibn al-Rāwandī war ein radikaler Freigeist, lehnte die Offenbarung ab und hielt die Vernunft für die einzige und aus-

reichende Quelle jeglichen Wissens. Sein wichtigstes Buch, das „kitāb al-Zumurrud“ (Buch des Smaragds) kann nur aus Zitaten anderer Autoren erschlossen werden. Geschrieben wurde es als fiktiver Dialog zwischen dem Verfasser und seinem Lehrer al-Warrāq, wobei letzterer Argumente gegen das Prophetentum vorbrachte, denen der Autor – als Selbstschutz – vorgebliche Gegenargumente entgegenhielt. Wie bei vielen anderen Philosophen und Dichtern des Islam hat diese Taktik des Verschleiern der wahren Absichten und der nur verschlüsselten Kritik – im Islam im allgemeinen (und auch im Falle der Förderung der Religion) als *taqīya* bezeichnet – laut Ibn Warraq oft verhindert, dass die wahre Absicht eines Werkes hinter den Schutzbehauptungen erkannt wurde. Ibn al-Rāwandī legt die gefährlichsten Meinungen so unter anderen auch fiktiven indischen Brahmanen in den Mund. Ibn Warraq – gemeint ist der Autor unserer Monographie – schlussfolgert zwar nicht, dass die beiden besprochenen Freidenker Atheisten gewesen seien, im Falle seines Namensgebers allerdings hält er es immerhin für möglich.

Am Ende des Kapitels dann ein interessanter Gedanke. Wenn die Stärke einer Kultur daran bemessen wird, inwieweit sie Abweichungen von der Mainstream-Meinung zulässt, sei es um den heutigen Islam schlecht bestellt. Der frühe Islam dagegen sei noch eine „Debattenkultur“ gewesen.

Das nächste Kapitel behandelt al-Rāzī (865-925), von dem keine Originalschriften erhalten sind. Er soll den Koran abgelehnt haben, selbst wenn man ihn als reinen Mythos versteht; denn als solcher hätte er wie ein Rätsel aufgebaut sein müssen, dazu angelegt auf höherer, philosophischer Ebene interpretiert zu werden.

Es folgen eine Reihe weiterer interessanter Dichter und Denker, die nach Ibn Warraq auf keinen Fall als Muslime angesehen werden können, die aber in jedem Buch über „islamische Geistesgeschichte“ als Vertreter dieser Religion genannt und meist auch gepriesen werden. Dem könnte man hinzufügen: Das sei in etwa so, als wenn Galileo Galilei als leuchtendes Beispiel „katholischer Wissenschaft“ angeführt werde. Aus Platzgründen folgen nur einige Schlaglichter: Zunächst einmal al-Mutanabbī (915-

965; S. 152), nach vielen der größte Dichter der arabischen Sprache. Der Beiname bedeutet „der vorgibt ein Prophet zu sein“ und sagt eigentlich schon alles. Heute würden ihm seine Verse wohl die Hinrichtung einbringen, damals waren es nur rund zwei Jahre Haft. Dann Abū l-ʿAlā Al-Maʿarrī (973-1058), offensichtlich Ibn Warraqs Lieblingsdichter. Agnostiker, Pessimist in Bezug auf die menschliche Natur, erdreistete er sich, in seinen Werken den Koran zu parodieren und musste daher aus Selbstschutzgründen hin und wieder „islamische“ Floskeln in seine Texte einbauen. Omar Khayyām, der auch im Westen durch die Übersetzungen (oder besser die „inspired paraphrase“) von Edward Fitzgerald berühmt wurde und eine fröhliche Philosophie des „carpe diem“ vertrat, ist das 10. Kapitel gewidmet. Und schließlich der Moghulkaiser Akbar (11. Kap., S. 246). Nicht genug, dass er Hindu-Prinzessinnen heiratete – was für die islamische Orthodoxie dem Abfall vom Glauben gleichkam –, er erlaubte ihnen auch, im Palast hinduistische Riten abhalten zu lassen.

Im 12. Kapitel wirft Ibn Warraq dann einen Blick auf Berichte europäischer Diplomaten, allen voran auf das Buch über „den gegenwärtigen Zustand des Osmanischen Reiches“ von Paul Rycaut (1629-1700), der als Konsul in Istanbul und Smyrna gelebt hatte und die Atmosphäre am Hof als atheistisch beschrieb. Nicht viel anders äußerte sich der Sir James Porter (1710-1786), der im Jahre 1761 schrieb: „Kein anderes Volk auf Erden hegt solche Zweifel über ihre Religion wie die Türken dies in bezug auf die ihrige tun.“

Der 2. Teil des Buches beschäftigt sich mit der arabischen Philosophie und ihrem Einfluss auf das Freidenkertum im Westen. Besonderes Augenmerk gilt dem sog. Traktat der drei Betrüger (*De tribus impostoribus*, gemeint: Moses, Jesus und Mohammed), einem anonymen lateinischen Werk, 1688 entstanden und 1753 gedruckt, das sich aber auf ältere, schon im Mittelalter erwähnte Werke berief. Ibn Warraq kommt nach detaillierter Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Ursprünge arabische Quellen (al-Baġdādī, Nizām al-Mulk und al-Maʿarrī) gewesen seien, die u.a. über den Hof Friedrich II. (von Sizilien) (1194-1250) nach Europa vermittelt worden sei-

en. Schon seine Zeitgenossen hatten diesem Stauferkaiser, den man wegen seines arabisch geprägten Hofes „Sultan von Lucera“ nannte, Gottlosigkeit vorgeworfen.

Neben den Qarmaten von Bahrain behandelt das Buch dann die berühmten Philosophen Averroes und Ibn Tufayl und ihren Einfluss auf das westl. Freidenkertum.

Bis hierher sind im Buch eine große Anzahl von Freidenkern, Skeptikern und Agnostikern vorgestellt worden, aber noch keine wirklichen Atheisten. Diesen Teil des Titels rechtfertigt erst der 3. Teil, der das 19. bis 21. Jahrhundert zum Thema hat. Zwar gab es auch hier in der ersten Zeit mehr Figuren, die man treffender als Freidenker bezeichnen sollte, den Aserbaidshaner Akhundov (bzw. Ākūndzāda, 1812-1878) etwa, der traditionelle Glaubensvorstellungen als schädlichen Aberglauben ausrotten wollte und der diesen mit westlicher intellektueller Neugierde kontrastierte, „echte“ Atheisten füllen jedoch die mehr als 200 letzten Seiten des Buches, das unter anderem den durch die neuen digitalen Medien ermöglichten virtuellen Vereinigungen gewidmet ist.

Als Vergleichsdaten erwähnt Ibn Warraq, dass in den im Vergleich zu Europa viel religiöseren USA der Atheismus in den letzten Jahren stark zugenommen hat, nach dem „American Religious Identification Survey“ von 1990 bis 2001 von 8,4 % auf 14,1%. Einen ähnlichen Trend verzeichnen auch islamische Länder in kürzerem Zeitraum, Tunesien etwa, wo der Proporz der „nicht Religiösen“ von 2013 bis 2019 von 8 auf 13% gestiegen ist. „Nicht religiös“ ist natürlich nicht dasselbe wie atheistisch, es muss allerdings hierbei bedacht werden, dass die Selbstbezeichnung als Atheist in diesen Ländern unweigerlich zu schlimmsten Konsequenzen führt, wenn sie bekannt wird.

Eine wirkliche Selbst-Identifizierung als Atheisten gibt es daher nur anonym, etwa in einem „atheistischen Dating-Club“ in Ägypten. Die von Ibn Warraq vorgestellten internet-basierten und im Namen *dezidiert atheistischen* Vereinigungen aus allen Teilen der islamischen Welt sind ein beredtes Zeugnis, dass hier zum ersten Mal keine taqīya mehr als nötig erachtet wird, entspre-

chend scharf und verbittert ist denn auch die Sprache auf den betreffenden Homepages wie z.B. den Jordanian atheists (neben den „Atheists of Jordan“), dem Council of Ex-Muslims of Jordan, den Kurdish Atheists und vielen mehr, von denen einige Gruppen über 10.000 Mitglieder zählen. Es handelt sich hierbei um eine Momentaufnahme, die aber einen klaren Trend aufzeigt.

Ein häufiger Kritikpunkt am Westen auf den Websites ist folgender: „Warum nennt man Kritiker am Christentums säkular, Kritiker am Islam aber islamophob?“ (S. 490) Interessant ist auch, dass die Betreiber der Websites auf Anfrage selbst meinen, Frauen fänden es schwerer, völlig mit ihrer Religion zu brechen: Männer sagten oft klar, sie seien Atheisten, Frauen neigten eher zu der „aufgeweichten“ Version Deismus oder Agnostizismus. Daneben sind mehrere weitere rote Faden auszumachen:

1. Man fühlt sich verraten von westlichen „Liberals“ (im Englischen ist damit meist das gemeint, was man auf Deutsch „Linke“ nennen würde); diese hätten sich mit Islamisten verbündet aufgrund der Gleichstellung von Islamfeindlichkeit mit Rassismus. Außerdem betrachte man Islamisten als Verbündete im Kampf gegen den Kapitalismus.
2. Das beste Mittel gegen den Islam sei die Lektüre des Koran!
3. Was außerdem viele vom Islam abgebracht habe, seien die Naturwissenschaften sowie einige spezielle Bücher, etwa die von Dawkins, Christopher Hitchens, Sam Harris und Ibn Warraq, v.a. sein erstes Buch (s.o.).
4. Die Unterscheidung von Islamismus und Islam ist künstlich.

In seinem letzten Kapitel „Conclusion“ untersucht er den Terminus „Islamophobie“, dessen Verwendung er für grundfalsch hält: Eine Phobie sei eine *irrational*e Angst. Angst vor dem Islam sei aber sehr rational. Dabei schlägt er als passenderen Neologismus „Miso-islamic“ („hating what is Islamic“) vor. Wohl nicht zu unrecht wundert er sich, dass im Westen „Kritiker des

Christentums geehrt und als kulturelle Helden bewundert werden und niemand auf die Idee käme, sie als ‚Christianophobe‘ zu bezeichnen“, was dem Vorwurf der „Islamophobie“ für Leute wie ihn entspräche.

Als Grund für diese Haltung macht er Hass gegen den Westen und seine Werte aus, wobei er unterstreicht, dass allgemeine menschliche Errungenschaften wie die Emanzipation der Frau, die Gleichstellung rassistischer Minderheiten und die Abschaffung der Sklaverei westliche Errungenschaften seien. Im Islam dürften Frauen nicht einen Mann ihrer Wahl heiraten, und auf Abfall vom Glauben stehe der Tod. So versteht sich auch seine Voraussage am Ende (S. 614): „Wenn nicht ein reformierter, toleranter, liberaler Islam entsteht, wird der Endkampf zwischen dem Islam und der westlichen Demokratie ausgetragen werden.“

Wer bisher ein Kapitel zur Konversion von Muslimen zum Christentum vermisst haben sollte – die Einleitung zu dieser Rezension lässt dies eigentlich erwarten – wird von einer kleinen Ausnahme abgesehen (S. 555) in dieser Monographie nicht viel davon finden, wohl aber in anderen Publikationen von Ibn Warraq. Hier vor allem ist sein Artikel „Fastest Shrinking Religion in the World (die am schnellsten schrumpfende Religion der Welt)“ zu nennen<sup>5</sup>.

Nach verschiedenen Quellen, u.a. der Deutsche Welle und dem britischen Guardian, sollen zwischen 250.000 und 500.000 Iraner zum Christentum konvertiert sein. Zudem sei im Jahre 2000 der libysche Kleriker Scheich Ahman al-Katani auf Al-Jazeera interviewt worden und habe die schier unglaubliche Zahl von 667 muslimischen Konvertiten zum Christentum genannt – pro Stunde, was im Jahr ca. sechs Millionen bedeute. Das Interview sei aber schnell wieder aus dem Netz genommen worden. Die Mehrzahl der Konvertiten in islamischen Ländern können den neuen Glauben natürlich nicht frei bekennen und Gottesdienste können nur in Privatwohnungen abgehalten werden.

<sup>5</sup> [https://www.newenglishreview.org/blog\\_direct\\_link.cfm?blog\\_id=62054&cat\\_id=427&Islam%2DFastest%2DShrinking%2DReligion%2Din%2Dthe%2-DWorld%2DPart%2DI](https://www.newenglishreview.org/blog_direct_link.cfm?blog_id=62054&cat_id=427&Islam%2DFastest%2DShrinking%2DReligion%2Din%2Dthe%2-DWorld%2DPart%2DI)

In einer früheren Monographie (*Leaving Islam, Apostates Speak out*, 2003) hatte Ibn Warraq auch von größeren Konvertierungswellen in Algerien, vor allem in der (berbersprachigen) Kabylei, berichtet.

Zum Abschluss sei noch erwähnt, dass Ibn Warraq sich zwar selbst als Atheist bezeichnet, aber im Gegensatz zu Richard Dawking in seinem Buch keine Reklame für Atheismus macht, sondern die Fakten lediglich aus der Sicht eines säkularen Humanismus bewertet. In anderen Publikationen hatte er sogar die Kirche(n) und ihren Einfluss auf die westliche Kultur mehrfach verteidigt. Anscheinend hegt er aber auch einige versteckte Sympathien für den Katholizismus, denn in der letztgenannten Monographie hatte er die Antwort von James Joyce, dem irischen Autor des *Ulysses*, erwähnt, der auf die Frage, ob er nach seinem Abfall vom Katholizismus vorhabe, Protestant zu werden, einen Satz sagte, der zu der am Anfang der Rezension skizzierten Lage passen dürfte: „Ich sagte, dass ich meinen Glauben verloren habe, aber nicht meine Selbstachtung. Was für eine Art Befreiung wäre das, wenn ich eine Absurdität loswürde, die logisch und kohärent ist, nur um sie gegen eine andere einzutauschen, die unlogisch und inkohärent ist.“

Zum Schluss noch ein Wort eines dezidierten Nicht-Atheisten: Die von Ibn Warraq bei seiner Vorstellung von Atheisten der Vergangenheit immer wieder vorgebrachten Argumente gegen den herkömmlichen Monotheismus erweisen sich bei näherer Betrachtung gerade als das Gegenteil. Denn immer wieder wird und wurde von den vorgestellten Atheisten bei den Monotheisten gerade der Glaube daran als besonders unglaubwürdig hingestellt, dass die Welt einen Anfang gehabt und aus dem Nichts erschaffen worden sein soll. Dem wurde dann die eigene Überzeugung gegenübergestellt, dass die vorhandene Materie schon ewig existiert habe und allgemein nichts aus dem Nichts entstehen könne (z.B. S. 31).

Die Urknalltheorie, die im übrigen von dem belgischen Astrophysiker und katholischen Theologen und Priester Edouard Lemaître stammt, beweist sehr wohl, dass die Welt einen Anfang hatte, und die Entstehung von Materie aus dem Nichts kann man

leicht bei der sog. „Paarbildung“ im Vakuum beobachten, wo immer wieder und messbar jeweils ein Elektron und sein Antimaterie-Pendant, das Positron, gleichzeitig entstehen (wenn ein energiereiches Proton, das keine Ruhemasse besitzt, vorhanden ist). Das Teilchen-Antiteilchen-Paar kann sich auch wieder gegenseitig vernichten (Annihilation genannt). So unvernünftig wie oft dargestellt („credo quia absurdum“) ist der Glaube an Gott und die Schöpfung nun auch wieder nicht.

Das Christentum hat Muslimen viel zu bieten, was sie in ihrer bisherigen Religion nicht erlebt haben und was das Potential hat ihr Leben zu bereichern (Nächstenliebe, Vergebung, darstellende religiöse Kunst, sakrale Musik, Weihnachten). Es widerspräche nicht nur dem Missionsgebot der Evangelien, sondern auch meinem Gefühl für Gerechtigkeit, ihnen dieses Angebot vorzuenthalten.

\*\*\*

Rudolf Uertz

### **Buchbesprechung zu Heinz Otto Luthe: Das Vermächtnis des Christlichen Orients – Eine Sozialwissenschaftliche Studie**

(Eichstätter Beiträge zum Christlichen Orient 9), Wiesbaden 2020: Harrassowitz Verlag, 195 Seiten

In dieser Arbeit untersucht Heinz Otto Luthe, emeritierter Professor für Soziologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, die Kulturbedeutung des christlichen Orients. Er will dem epochen- und raumübergreifenden Sinn- und Wirkungszusammenhang des frühen orientalischen Christentums nachgehen und diesen für die Gegenwart erschließen, wobei er sich

besonders dessen kulturell-gesellschaftlichen Entwicklungen und Strukturen widmet. Er will damit „Aufmerksamkeit wecken für die mehrstimmige Eindringlichkeit“, mit welcher der frühe christliche Orient in die Gegenwart spricht.

Luthe konzentriert sich auf das syrische Christentum, näherhin seine Entfaltung vom 2. bis 4. Jahrhundert, mit den Zentren Nisibis und Edessa. Es ist die Zeit vor der Trennung „zwischen einer ostsyrischen (,nestorianischen‘) und einer westsyrischen (orthodoxen, später auch ‚jakobitisch‘ genannten) Kirche“ (S. 4f.). Er findet es beachtlich, dass das Vermächtnis „dieses orientalische(n), aramäisch-syrisch geprägte(n) Christentum(s) trotz des Niedergangs in seinen Ursprungsregionen bis heute in der Diaspora überlebt“ (S. 6), was in der Kirchen- und Profangeschichte zumeist nur am Rande behandelt werde; so beklagt er die westlichen „Wahrnehmungsdefizite“ angesichts einer hochkomplexen „kulturellen Wirklichkeit“ in einem unglaublich ausgedehnten geographischen Raum.<sup>1</sup> Übersehen werde auch oft, dass in diesem Raum schon lange vor dem Christentum das Judentum ansässig war, mit Edessa im Zweistromland als Zentrum (S. 9).

## Ursprung

Worin besteht das „Vermächtnis“? Der Verf. sieht dieses zunächst darin, dass das Christentum sich hier in spezifischer, diskussionsfreudig-freier Weise entfaltet hat. Dem Bischof von Konstantinopel, dem „neuen Rom“, wird auf dem I. Konzil von Konstantinopel (381), neben dem Bischof von Rom, ein Ehrenvorrang zugesprochen. Auch wenn Papst Leo I. (440–461) dies später für die Römische Kirche ablehnte, so stärkte das Konzil von Chalcedon (451) das Selbstbewusstsein der Schwesterkirchen im Osten (neben Konstantinopel: Alexandrien, Antiochien und Jerusalem) gegenüber Rom. Chalcedon kann man als „konfessionelles Geburtsdatum“ bezeichnen, insofern „das Konzil mit seiner Zweinaturenlehre den Monophysitismus provozierte“. Wie sehr diese konziliaren Definitionen den Konfessionalismus der orientalischen Kir-

chen und der Westkirchen begründeten, zeigt der Umstand, dass die „byzantinischen, nicht-ephesinischen und nicht-chalkedonischen Kirchen einen Primatsanspruch Roms nie anerkannt“ haben, während nach dem Schisma von 1054 das IV. Laterankonzil (1215) diesen Anspruch festgeschrieben hat (S. 11, 119).

## Christlich-orientalische Literatur der Frühzeit

Der Frühzeit der orientalistisch-christlichen Literatur gilt das besondere Interesse Luthes, wobei zwei Besonderheiten hervorgehoben werden: die räumliche Verankerung des syrischen Christentums in einem jüdo-hellenistischen Kulturraum (mit Edessa und Nisibis als lokalen Zentren) sowie der vorgefundene „gewaltige Traditionsschatz dieses Raumes, aus dem die syrischsprachigen Autoren schöpfen konnten“. Die Freiheit der literarischen Produktion endete etwa um die Mitte des 4. Jahrhunderts, weshalb sich die Untersuchungen auf das 2. – 4. Jh. konzentrieren. In dieser Zeit habe es noch nicht die „klaren Grenzen zwischen ‚Orthodoxie‘ und ‚Häresie‘“ gegeben (S. 11).

In der frühchristlich-orientalischen Literatur gab es „in organisatorischer Hinsicht weder einen verbindlich festgelegten hierarchischen Zentralismus“, noch war „die Lehre dogmatisch fixiert“. Glaubensmäßige Fragen konnten „je nach sprachlich-kulturellem Kontext“ unterschiedlich ausfallen“ (S. 11f.). Das Konzil von Nizäa (325), dem eine Reihe weiterer christologischer Dogmatisierungen folgten (Konstantinopel 381, Ephesus 431, Chalcedon 451) wurde jedoch von den angeführten Autoren aus unterschiedlichen Gründen nicht rezipiert (z.B. Aphrahat) oder konnte – etwa bei Ephräm dem Syrer – keine Resonanz finden. Seinen Denk- und Sprachgewohnheiten gemäß entziehen sich Attribute Gottes eindeutigen Definitionen.

## Die Anfänge der christlich-syrischen Bewegungen

Markion (ca. 100-160) und Tatian (+ nach 172), der in Rom als Heide das Christentum annahm, sind zunächst bemüht, „aus dem überkommenen jüdischen wie aposto-

<sup>1</sup> Gegenwärtig gibt es im Raum des christlichen Orients 21 verschiedene Kirchen, „ohne die neuzeitlichen protestantischen Denominationen“ (S. 1).

lischen Schrifttum ein für die Christengemeinden verbindliches Textkorpus herauszustellen“ (S. 38ff.). Auf dieser Basis finden sich bei Bardaisan (154-222) und Aphrahat (270-345) Texte unterschiedlicher Gattung mit „gelassenerem und offenerem Argumentationsduktus“. Bei Ephräm (306-373) zeigen sich ein durch „fortschreitende Unterscheidung von Orthodoxie und Häresie“ bedingter, polemisch-autoritativer Diskurs sowie „eine offene, vieldeutige, vor allem bildreiche Hymnendichtung“ (S. 38).

Aber als eigentlichen „Durchbruch“ charakterisiert Luthe Bardaisan (154-222), „aramäischer Philosoph“ und Astrologe am Hof König Abgars VIII. (177-212), der als der „berühmteste frühchristliche Theologe Edessas“ sowie als „einziger originaler Denker (gilt), den die syrische Kirche besessen hat“, wengleich er in der Forschung als eine „ziemlich ängstliche Persönlichkeit“ gilt (S. 42f.). Aber selbst Ephräm, obwohl er Bardaisan „zu den Häretikern zählt“, ist sich nicht sicher. Zur Illustration zitiert Luthe das Gespräch Bardaisans mit dem „kritisch eingestellten“ Astrologen Awida:

„Wenn Gott (...) die Menschen geschaffen hat“, so fragt Awida, weshalb hat er sie „nicht so geschaffen, dass sie nicht sündigen können (...)“? Bardaisan antwortet: „Wenn der Mensch so gemacht wäre, gehörte er nicht sich selbst, sondern wäre Werkzeug desjenigen, der ihn bewegt (...)“. In seiner Güte aber wollte Gott „den Menschen nicht auf diese Weise machen, sondern machte ihn durch die Freiheit größer als viele (andere) Dinge“ wie den Mond und das Firmament und alle „übrigen Dinge, die in manchem größer sind als wir – ihnen ist nicht die Freiheit ihrer selbst gegeben, sondern sie alle sind gebunden an einen Befehl, auf dass sie nur dasjenige tun, was ihnen aufgetragen ist und nichts anderes“ (S. 48).

## Öffnung des theologischen Diskurses

Bardaisan steht für eine Epoche, „in der Offenbarung noch nicht in Dogmen und Philosophie, nicht in Systemen stillgelegt und auch Riten und Ämterstruktur noch nicht endgültig normiert waren“ (S. 52). Entsprechend „seiner kultur- und traditions-

übergreifenden Offenheit“ trifft man im 4. Jahrhundert auf ein von „griechischen Einflüssen noch freies, in Denkweise und Sprachstil semitisch geprägtes frühes syrisches Christentum“. Aphrahat und Ephräm sind seine bedeutendsten Repräsentanten.<sup>2</sup>

Sie werden anhand zahlreicher Auswahltexte dargestellt. Ihr Schrifttum, so zitiert Luthe den Patrologen Hugo Rahner, „könnte unser dogmatisch doch wohl auf weite Strecken hin steril gewordenen Denken von der Kirche wieder neu gestalten“. Luthe konkretisiert: Hier zeigt sich „welches Erschließungspotential der Welt des christlichen Glaubens eine bildmächtige ‚poetische‘ Theologie eröffnet und welcher Verlust mit ihrer Verdrängung durch eine auf sprachliche Eindeutigkeit fixierte ‚digitalisierte‘ Theologie verbunden“ ist (S. 53).

Mit der Kritik einer *digitalisierten Theologie* lehnt er sich an Gottfried Wilhelm Leibnitz (1646–1711) an, der sich entschieden gegen die zu seiner Zeit schon einsetzenden Versuche wendet, die „Ungenauigkeit und Fehlbarkeit der natürlichen Sprachen durch formalisierte, auf mathematischem Kalkül beruhende Kunstsprache zu ersetzen“, wie dies „im aktuellen politischen und ökonomischen Diskurs bei dem mit Inbrunst und inflationär gebrauchten Adjektiv ‚digital‘ geschieht“ (S. 55).

Fragen, wieweit die „inhaltliche(n) Festlegungen des Glaubensgutes“ des frühen syrischen Christentums abweichen von den späteren theologischen Autoritäten und „normierenden und sanktionierenden“ Instanzen (z.B. die Abspaltung der Nestorianer und Miaphysiten) sowie die Rivalitäten „zwischen römischer und byzantinischer Reichskirche“, behandelt Luthe in späteren Kapiteln (S. 115f.; 117ff.).

<sup>2</sup> Zu Ephräm wäre noch anzumerken, dass die Tübinger Dissertation des libanesischen Philosophen Nabil El-Khoury über den bedeutenden syrischen Theologen es verdient hätte, zumindest ins Literaturverzeichnis aufgenommen zu werden: Nabil El-Khoury, Die Interpretation der Welt bei Ephraem dem Syrer (zugl. Phil. Diss., Univ. Tübingen 1973), Mainz 1976, erkennt viele Parallelen und Gegensätze zwischen Aphrahat und Ephraem. Beachtlich ist El-Khourys Darstellung der dichterisch-mystischen Sprache Ephraems, wobei eine „Vielzahl von Antinomien des göttlichen Wesens als gegeben betrachtet“ werden. So heißt es: „Gott ist unmessbar, von nichts umfasst, umfasst selbst aber alles (...)“ (S. 45f.).

Resümee

Heinz Otto Luthes äußerst reichhaltige, detail- und lehrreiche Publikation „Vermächtnis des Christlichen Orients“, die sich im Übrigen auch durch eine sehr schöne Aufmachung und einen gut lesbaren Druck auszeichnet, kann ohne Einschränkung empfohlen werden. Der Kultursoziologe lässt Sprache und Denkweise der syrischen Theologie und Literatur sowie ihre Typologien plastisch hervortreten.

Eine Anmerkung sei jedoch gestattet: Luthe verweist im Zusammenhang der Entstehung und Ausbreitung des Islam auf die „Verdrängung des Syro-Aramäischen durch das Arabische“. Seit seiner Entstehung ist der Islam „für die orientalischen Christen Herausforderung und Bedrohung“ zugleich. „Der von Allah seinem Propheten Muhammad herab gesandte Koran bindet den Islam in seinem Kern an die arabische Sprache“ (S. 18f.).

Luthe stützt sich bei seinen Beschreibungen der Konfrontation von Islam und syrischem Christentum sowie des Syro-Aramäischen der Christen und des Arabischen des Koran unter anderem auf Suren (3,7; 16,103; 20,113, 26,195) und – soweit es sich um „Gewalttaten und Eroberungszüge des Islam (seit dem 7. Jahrhundert)“ handelt – auf die traditionelle islamische Überlieferung, den Hadith (S. 99). Koran und Hadith sind jedoch keine zuverlässigen, wissenschaftlich verwertbaren Quellen islamischer Geschichte. Luthe scheint die jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen zur Entstehung des Koran und des frühen Islam der Inârah-Gruppe übersehen zu haben.<sup>5</sup> Deren Forschungsergebnisse stützen sich im Übrigen in beachtlichem Umfang auf verlässliche Quellen syrisch-christlicher Klöster und Theologen, unter anderem auch auf Johannes von Damaskus (+ um 750), der zusammen mit Ephräm dem Syrer das Umschlagbild des Buches, einer Ikone des Sinai-Klosters (14. Jh.), zierte.

\*\*\*

<sup>5</sup> Vgl. Chr. Luxenberg: Die syro-aramäische Lesart des Koran, Berlin (2000) 5. Aufl. 2015; K.-H. Ohlig/G.-R. Puin (Hg.): Die dunklen Anfänge, Berlin (2005) 3. Aufl. 2007; K.-H. Ohlig (Hg.): Der frühe Islam, Berlin (2007) 2. Aufl. 2010; <http://inarah.de/>.

Lutz Lemhöfer: Crime time in Imprimatur

Ein klerikaler toter Täter?

Zu: *JB Lawless: Tod in der Bibliothek. Der erste Fall von Detective Strafford. Kiepenheuer & Witsch. 367 Seiten*

Die heutige Buchvorstellung darf getrost auch als eine Hommage an Agatha Christie verstanden werden. Vor hundert Jahren erschien ihr erster Krimi „Das fehlende Glied in der Kette“, engl. „The Mysterious Affair at Stiles“, und beim heutigen Buch „Tod in der Bibliothek“ haben schon mehrere Beobachter eine Nähe zum Aufbau der Christie-Bücher entdeckt. Der Autor mit dem Pseudonym JB Lawless, hinter dem ein bekannter Schriftsteller stecken soll, entwirft ein klares, überschaubares Szenario. Im Winter 1957, kurz vor Weihnachten, wird in der Bibliothek eines protestantischen Herrenhauses im sehr katholischen Irland ein Toter aufgefunden, mit einem Messer erstochen. Da kein Einbruch oder Ähnliches zu registrieren ist, sollte der Mörder oder die Mörderin unter den Bewohnern des Herrenhauses zu finden sein: der pensionierte Oberst und leidenschaftliche Reiter Colonel Osborne, seine zweite Frau Sylvie, seine ziemlich erwachsenen Kinder aus erster Ehe -Tochter Lettie und Sohn Dominic – sowie als Angestellte die Haushälterin Ms. Duffy und der leicht debile Stallbursche Fonsey.

Das Opfer war dort zu Gast gewesen, der katholische Priester Father Tom, dem ziemlich übel mitgespielt wurde: außer dem tödlichen Messerstich in den Hals wurden ihm noch sämtliche Genitalien abgeschnitten. Dieses unübersehbare Detail lenkt natürlich früh den Verdacht auf einen Racheakt wegen sexuellen Missbrauchs. Der einzige freilich, der sich dafür wirklich interessiert, ist der aus Dublin entsandte Ermittler, Detective Inspector St. John Strafford.

Der lokal eigentlich zuständige Polizist hat sich mit Grippe krank gemeldet (Nachbarn munkeln eher vom Alkohol), und so wird der junge, in Aussehen und Gehabe auffallend konservative Strafford geschickt. Er stammt wie der Hausherr aus der protestantischen Oberklasse, die auch in der zu 95% katholischen selbständigen Republik Irland nach wie vor wichtige Positionen besetzt. Es ist nicht ohne Pikanterie, dass ausgerechnet er den Mord an einem katholischen Priester aufklären soll, der als sehr beliebt galt und den qua Amt die Aura der Heiligkeit umweht. Auch wenn er dies gern jovial überspielte, wie die jugendliche Tochter Lettie berichtet: „Irgendwas war gruselig an ihm.“ – „Gruselig?“ – „Na, Sie wissen schon. Alles andere als fromm oder salbendernd. Er hat sich gern mal einen genehmigt, stand ständig im Mittelpunkt und so weiter, aber gleichzeitig war er immer auf der Lauer, hat immer beobachtet...“ – „So wie Sie?“ – Sie kniff den Mund zu einer schmalen Linie zusammen. „Nein, nicht so wie ich. Wie ein Spanner eher – auf die Art gruselig.“ (S.44)

Das ist schon eine etwas bizarre Konstellation, wie der zu Beginn bei der Ermittlung beteiligte Kriminaltechniker gleich anmerkt: „Hören Sie, Strafford, das da ist nicht gut. Ein toter Pfarrer in einem Haus voller Evangelen? Was werden die Zeitungen sagen?“ (S.33) Eine Skandalisierung wiederum will nicht nur der konservative Herrenhaus-Besitzer vermeiden, sondern vor allem die damals in Irland mächtige katholische Kirche. Wie auch im übrigen Europa, aber mit deutlich mehr Einfluss in Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaft will man einen etwaigen Missbrauch durch Kleinerer um jeden Preis vertuschen. Bereits der erste telefonische Kontakt von Strafford mit seinem Dubliner Vorgesetzten, Chief Superintendent Hackett, macht das drastisch deutlich: „Sie wissen verdammt gut, dass wir diese Sache mit Glacéhandschuhen anpacken müssen. Der Palast hat sich schon beim Commissioner gemeldet. Was uns betrifft, war der Tod des Priesters offiziell ein Unfall. Und mit ‚uns‘ meine ich Sie, Strafford.“ Strafford lächelte grimmig in den Hörer. Der Palast, das war die Residenz des Erzbischofs von Dublin, John Charles McQuaid, des mächtigsten Kir-

chenmanns im Lande; (...) Die Kirche hatte sich also bereits eingemischt. Wenn Seine Exzellenz Doctor McQuaid sagte, Father Harkins habe sich versehentlich mit einem Messer in den Hals gestochen und sich danach selbst die Genitalien abgeschnitten, dann war das genau so passiert, soweit es die Öffentlichkeit wissen durfte. – „Wie lange?“, fragte Strafford. – „Wie lange was?“, blaffte Hackett zurück. Er war angespannt, und das war er nicht oft (...) „Wie lange wird von uns erwartet, den Schein zu wahren und vorzugeben, der Priester wäre versehentlich erstochen worden? Es ist ganz schön viel verlangt, dass die Leute das glauben sollen.“ (...) – „Wir, wahren den Schein“, es amüsierte Hackett, Straffords Akzent und die gewählte Ausdrucksweise nachzumachen, „solange es verdammt noch mal sein muss.“ (S. 54f)

Strafford steht also weitgehend allein bei seinem Bemühen, den Mord umfassend aufzuklären. Und eigentlich muss er Beweise für zwei Verbrechen finden: für den Mord sowieso, aber auch für den Missbrauch, den zwar alle vermuten, aber nicht justiziabel nachweisen können. So spektakulär die Tat ist, so unspektakulär geht die Aufklärung vor sich: langsam, durch wiederholte Gespräche mit gar nicht so vielen Personen; kriminaltechnische Beweise spielen kaum eine Rolle. Dafür werden die Persönlichkeiten der Beteiligten immer deutlicher; sie lebendig werden lassen, das kann der Erzähler; und obwohl er langsam und bedächtig erzählt, wird es nie langweilig. Und auch das Opfer, der Priester, kommt noch sehr viel ausführlicher in den Blick als zu Beginn. Etwa in einem ausführlichen Gespräch mit dessen Schwester, die dem Pfarrer den Haushalt geführt hatte – der Bruder hatte studieren können und sollen, sie nicht. „Er hatte Geheimnisse“, sagte Rosemary Harkins. „Das habe ich daran gesehen, wie sich sein Gesichtsausdruck manchmal verändert hat. Ich habe zwei Menschen gesehen, den Priester, den alle kannten, Father Tom, stets im Mittelpunkt, und den anderen der sich dort drinnen versteckt hat, hinter den Augen.“ – „Glauben sie, er war unglücklich?“ – „Ich glaube, er litt Qualen. (...) Ich habe es ja schon gesagt, er hätte sich nie für das Priestertum entscheiden sollen. Aber sobald er es getan

*hatte, war die Sache erledigt. Ich glaube, davor war er sich nicht voll und ganz bewusst, dass das für ihn eine lebenslange Freiheitsstrafe bedeutet. Er wollte einfach nur weg von Daddy.“ (S.191)*

Ein Grund dafür wird sehr viel später genannt: Der Vater, der berühmte Jurist und irische Freiheitskämpfer, hatte seinen Sohn immer wieder missbraucht. Und der Eintritt ins Priesterseminar bedeutete einen radikalen Bruch mit dem väterlichen Milieu und seinem Einflussbereich. Aber wie sich bereits ahnen lässt: Das klerikale Milieu ist keineswegs ein Schutz vor der Möglichkeit des Missbrauchs. Die öffnet sich besonders, nachdem Father Tom 1947 als Hausgeistlicher an eine Besserungsanstalt für schwer erziehbare Jungen geschickt wird. Körperstrafen sind da gängig, und der Übergang von Körperstrafen zu sadistischem Missbrauch kann fließend sein, wie wir auch aus der deutschen Diskussion der jüngsten Vergangenheit über das Jesuitenkolleg in Berlin oder die Regensburger Domspatzen wissen. Und in einer ausführlichen Rückerinnerung an 1947 und sein Verhältnis zu einem Jungen namens Ginger beschreibt dies auch Father Tom: *„Ginger musste ich jedenfalls gelegentlich ver-sohlen, denn er war sicherlich kein Engel – wie auch, nach allem, was er in seinem kurzen Leben bisher gesehen und mitgemacht hatte. (...) Das Problem war, wenn Ginger geschlagen wurde, dann sah er so – ich weiß nicht, so verletzlich, so klein, so zerbrechlich aus, auch wenn er alles andere als klein und auf gar keinen Fall zerbrechlich war, dass jeder Mensch, der auch nur halbwegs barmherzig war, Mitleid mit ihm empfunden und ihn getröstet hätte. Ein Junge, dem wehgetan wurde, ist unglaublich reizend. Wie Ginger zurückschreckte, versuchte sich abzuwenden und eine Schulter hob, um sich zu schützen, wie seine schlaffen, geschwollen wirkenden Lippen zitterten, wie ihm Tränen in den Augen standen – und vor allem, wie er versuchte, so zu tun, als mache es ihm nichts aus, wenn ich ihn schlug, wie er versuchte, tapfer zu sein und mannhaft, das alles – nun, ich kann nur sagen, es war unwiderstehlich. Ich musste ihn einfach in die Arme nehmen und Hand an ihn legen, damit er sich besser fühlte. Danach ärgerte ich*

*mich natürlich, ich war richtiggehend wütend, weil er so geguckt und mich dazu gebracht hatte, zu tun, was ich getan hatte. Also musste ich ihn wieder schlagen, damit das aufhört. Er krümmte sich zusammen, hielt die Arme über den Kopf, um sich zu schützen, kämpfte mit aller Macht gegen die Tränen an, und so weiter. Dann fing alles wieder von vorne an, bis wir alle beide erschöpft waren und es vorbei war, bis zum nächsten Mal.“ (S. 304f)* Lawless schafft es, den Missbrauch deutlich, jenseits jeder Beschönigung oder Verschleierung zu schildern, ohne dabei voyeuristisch zu werden. Für die Ermittlung zehn Jahre später entsteht jetzt freilich die spannende Frage: Spielen die Bezüge zum Missbrauch auch eine Rolle in der engen Gesellschaft des protestantischen Herrenhauses 1957? Die Antwort wird hier nicht verraten, aber die Auflösung, so viel sei verheißen, ist überraschend und vielschichtig.

Weniger überraschend verläuft ein Besuch von Detective Strafford beim Erzbischof; sein Vorgesetzter hatte ihn dazu gedrängt. Die zehnsseitige Schilderung ist ein Kabinettstück von verleugneter Machtausübung einerseits und aufmerksamer Nichtbeachtung andererseits, oszillierend zwischen überströmender Freundlichkeit und versteckten Drohungen. Die wechselseitige Fremdheit blitzt gleich zu Beginn auf, als der Protestant Strafford die zum Ringkuss hingestreckte Bischofshand einfach übersieht, und es geht weiter bis zur kaltfreundlichen Verabschiedung nach dem Austausch einiger Bosheiten über Protestantismus und Konfessionen. Eine Passage aus den ausführlichen Redebeiträgen des Bischofs will ich Ihnen dann doch zitieren:

*“Bevor Sie gehen, ein paar wenige Worte zum Schluss, solange ich noch die Gelegenheit dazu habe.“ Er senkte den Blick. „Wie gesagt, als Nation besitzen wir noch einen bemerkenswerten – manche würden sagen, einen beklagenswerten – Grad an Unschuld. In vielerlei Hinsicht sind wir wie Kinder, wir besitzen ihre Naivität und ihren Liebreiz, aber ich muss gestehen, auch ihre Fähigkeit zur Niedertracht. Wir werden lange brauchen, um zur vollen Reife zu gelangen – das Erwachsenwerden ist schließlich ein langsamer und häufig schmerzhafter Prozess, der nicht beschleunigt werden kann.“*

*nigt werden sollte. Einige von uns haben die Pflicht, zu bestimmen, was das Beste für die Gemeinde – Verzeihung, für die ganze Bevölkerung ist. (...) Inspector, glauben Sie wirklich, dass es positive Auswirkungen, irgendwelche positiven Auswirkungen hätte, wenn man so fürchterliche Dinge wie das hier öffentlich macht?“ – „Wie ein Mord, Exzellenz, muss die Wahrheit zuletzt heraus, so schrecklich sie auch sein mag.“ (S. 232f)*

Der Inspector lässt sich auf keine Zusage ein, Geschehenes zu verschleiern oder ‚zurückzuhalten‘, wie der Erzbischof formuliert. Informelle Selbstverpflichtungen, zu denen ihn auch seine Vorgesetzten drängen, sind ihm fremd. Er, der fast einzige Sympathieträger im Buch, bleibt seinem Charakter treu: Ein Einzelgänger, manchmal etwas linkisch-zurückhaltend, aber von unbestechlicher Geradlinigkeit. Im Gespräch mit Zeugen kann er durchaus empathisch sein; aber übergriffigen Vorgesetzten (oder, wie im Fall des Erzbischofs, Möchtegern-Vorgesetzten) zeigt er überaus höflich die kalte Schulter. Man darf durchaus gespannt sein auf weitere Fälle mit diesem Ermittler.

\*\*\*

Werner Müller (für die Redaktion)

## Leserbrief-Boom hält an!

Trotz – oder vielleicht auch wegen – der andauernden Corona-Pandemie erhält die Redaktion nach wie vor viele zustimmende Zuschriften. Wir veröffentlichen einige davon, nicht aus kollektivem Narzissmus, sondern um etwas „interaktiver“ zu werden. Das ist heutzutage ja ein Muss für jedes Medium. Eigentlich sollten wir uns auch in den „social media“ umtun – wie uns schon von jüngeren Leser\*innen (!) vorgeschlagen wurde.

Aber wer sollte so etwas bewerkstelligen? Auch das Gegenargument: „Wir haben 52 Jahre ohne so was überlebt!“, konnte bisher (noch) nicht entkräftet werden.

Also lassen wir es vorläufig - altmodisch und minimalistisch, wie wir nun mal sind – bei der analogen Interaktion mit unseren Leser\*innen. Es sind diesmal nur solche männlichen Geschlechts, die uns geschrieben haben. Sollten wir das Thema „Frauen (in der Kirche)“ noch stärker beachten?

\*\*\*

Am Karsamstag um 11:18 Uhr schrieb **Romek alias Roman Kol** in einer Mail:

*Grüß Gott und Frohe Ostern, höchste Anerkennung und Respekt für Ihre Arbeit.*

*Es fällt einem gläubigen r.k. - Katholiken immer schwieriger, sich der Realität zu stellen. Von akzeptieren ganz zu schweigen.*

*Auf der Suche nach einer Heiligen Schrift mit Imprimatur - Druckgenehmigung wird einem schnell klar: es werden (fast) ausschließlich Übersetzungen von Martin Luther angeboten.(...)*

*Meine Bitte, Frage und Sehnsucht in einem betrifft eine Heilige Schrift, die aus dem hebräischen ins deutsche wahrheitsgetreuer seriös übersetzt wurde, und mit IMPRIMATUR-Druckfreigabe versehen ist.*

*(...) Bitte nennen Sie mir eine Quelle, wo ich so eine Bibel bestellen kann.*

*Für Ihre Antwort im Voraus Vielen Dank.*

Anm. der Redaktion: Dass man uns sogar die Zuständigkeit für die kirchliche Druck-erlaubnis für seriöse Bibelübersetzungen zutraut, ehrt uns natürlich sehr. Es scheint aber eine kleine Verwechslung aufgrund der Namensgleichheit mit einer römischen Behörde vorzuliegen – an der unsere Gründungsväter nicht ganz unschuldig sind. - Unser Chefredakteur hat Herrn Kol auf die Einheitsübersetzung verwiesen, obwohl diese nicht mit dem „Imprimatur“ von *imprimatur* erschienen ist, aber immerhin mit einem von drei Kardinälen und dem Bischof von Bozen-Brixen unterschriebenen Vorwort. Gleichwohl hat unser Chefredakteur eine wohlwollende Bewertung abgegeben: „Im Allgemeinen sind die

Übersetzungen (i.e.: in der Einheitsübersetzung) auch richtig.“ - Wir sollten den ganzen Vorgang vielleicht mal dem Katholischen Bibelwerk in Stuttgart melden! Ansonsten wünschen wir unserem Leser ersprießliche Bibellektüre!

\*\*\*

**Raimund Lidl**, 87600 Kaufbeuren, schrieb am 10. Juli 2020:

*Herzlichen Dank für Imprimatur. Ich habe daraus viel gelernt, z.B. über den Islam und über den Islam hinaus über unsere eigene Kirche. Und ich wurde in meiner „spinneten“ (sic!) Theologie bestärkt. Es tut gut, nicht allein zu sein, nicht allein neue Wege zu suchen*

\*\*\*

**Bernd Scherer**, Intendant des Hauses der Kulturen der Welt (HKW) in Berlin, schreibt zur Glosse in 2/2020 direkt an den Autor „Sepp“ alias Benno Rech, seinen ehemaligen Lehrer:

*Lieber Benno, wunderbarer Text! Ich habe richtig vor Augen, wie Gloria zusammen mit Müller die USA bereist hat und was es für die Welt bedeutet, dass einer der führenden Kirchenmänner sich mit Trump vergleichen lässt und den Vergleich dann gleich auch noch mit seiner Haltung zum Obskurantismus in der Coronafrage bestätigt. - Es empfiehlt sich allerdings nicht, den Text vorm Schlafengehen zu lesen, Alpträume könnten die Folge sein. Vielleicht solltest Du ihn mit einer entsprechenden Warnung versehen.*

*Herzliche Grüße Bernd*

\*\*\*

**Thomas Lederer**, Neuhaus, reagiert als Neuabonnent – Vielen Dank! – noch auf Nr. 1/2020:

*Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin ein neuer Abonnent und freue mich über Ihre sehr gutgemachte Zeitung.*

*Vor mir liegt die 2. Nummer und ich sehe mich veranlasst, einige Zeilen zu schreiben.*

*Es betrifft den Artikel von Norbert Lüdecke aus Nr. 1, 2020, S. 19 ff: (Dieser) sollte zur Pflichtlektüre für alle liberal denkenden Katholiken werden, die immer noch an eine romantische Reform der Kirche glauben. Insbesondere sollte dieser Text allen "Offene-Kirchen-Konzepten" und dergleichen an die Hand gegeben werden. Selten hat ein Autor die kirchenrechtliche und verpflichtend-moraltheologische Realität so pointiert und realistisch wiedergegeben.*

\*\*\*

Unser langjähriger Abonnent **Johannes Brantschen** aus Fribourg/Schweiz (demnächst 85 !), schreibt auf einer Postkarte an unsere Sekretärin, Frau Barbara Heid:

*Imprimatur ist die einzige Zeitschrift, die mich in meinem Alter theologisch noch tröstet. Haben Sie und Ihre Mitarbeiter dafür meinen herzlichsten Dank. Bleiben Sie dran! Möge der Geist Christi, der ein konservativer Revolutionär ist, uns dabei helfen. Er ist konservativ, weil er uns an Jesus erinnert, und revolutionär, weil er das Jesuanische für unsere Gegenwart aktualisiert.*

PS. Diese Ermunterung freut uns besonders, nicht nur wegen der persönlichen Bekanntschaft mit einem Redakteur, sondern auch wegen ihrer theologischen Substanz! Das gibt uns Gelegenheit, nochmals auf sein wohl bekanntestes Buch, einen echten *longseller* hinzuweisen: **Johannes Brantschen, Warum lässt der gute Gott uns leiden?** Freiburg i.Br.: Herder 1985; nach mehreren Neuauflagen und Übersetzungen in andere Sprachen ist 2015 eine neu bearbeitete und erweiterte Taschenbuchausgabe mit dem Untertitel: **Antwortversuche auf die Zumutungen des Lebens** erschienen und wurde in *imprimatur* 3/2015, S. 173 ff. von Elisabeth Seidler besprochen. Es ist auch angesichts der heutigen Zumutungen sehr lesenswert! Nikolaus Klein SJ hat in derselben Nummer Johannes Brantschen OP zu seinem 80. Geburtstag gewürdigt (3/2015, S. 151 f.).

\*\*\*

Der frühere Limburger Bischof **Franz-Peter Tebartz – van Elst (60)** ist nach einem längeren Untertauchen in Rom wieder öffentlich in Erscheinung getreten, „komplett typverändert – braun gebrannt und mit Bart“, wie eine Kölner Boulevardzeitung festgestellt hat.

Im Januar 2020 war er von **Papst Franziskus** zu einer Unterredung empfangen worden, über die das vatikanische Presseamt jedoch keine näheren Einzelheiten mitgeteilt hat. Es wurde vermutet, dass es dabei um seine Stelle als Delegat im Päpstlichen Rat zur Förderung der Neuevangelisierung ging, zu dem er im Dezember 2014, nach seinem nicht ganz freiwilligen Rücktritt als Diözesanbischof, ernannt worden war – üblicherweise für 5 Jahre – und um die vom Papst gewünschte Aufwertung dieses Rats im Zuge einer Neuausrichtung der Kurie. Am 25. Juni hat nun Tebartz-van Elst, der in diesem Rat für das Thema Katechese zuständig ist und offenbar weiter bleiben soll, das neue „**Direktorium für die Katechese**“ vorgestellt. Diese weltweit gültige Richtlinie für die Glaubensunterweisung ersetzt die Fassung von 1997, sie umfasst 143 Seiten, eine Arbeitsübersetzung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz ist auf deren Homepage [www.dbk.de](http://www.dbk.de) verfügbar. Sie hat als Grundlage die römische Bischofssynode zu Fragen der Evangelisierung von 2012 und die erste Enzyklika von P. Franziskus *Evangelii Nuntiandi* (2013)

und stellt dementsprechend die Katechese unter den Primat der Evangelisierung: mehr Glaubensverkündigung statt Glaubenslehre! Tebartz – van Elst erhofft sich von dem neuen Direktorium „neue Inspiration und Motivation“ für die Weltkirche; es soll von den nationalen Bischofskonferenzen in eigene Direktorien umgesetzt werden.

Nicht bekannt wurde, ob der frühere Limburger Bischof in Rom seinen Nachfolger persönlich getroffen hat. Der aktuelle Bischof von Limburg, **Georg Bätzing**, der seit März Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz ist, absolvierte fast gleichzeitig seinen Antrittsbesuch beim Papst. Laut Bätzing hat der Papst bei dieser Gelegenheit versichert, dass er den deutschen Reformprozess des „Synodalen Wegs“ sehr genau verfolge und sich wünsche, „dass wir dabei gut vorankommen“; bekanntlich soll der Synodale Weg wegen der Corona-Pandemie zeitlich gestreckt werden. Außerdem bekräftigte Bätzing die Einladung an den Papst nach Deutschland, die **Bundeskanzlerin Angela Merkel** im Mai bei einem Telefonat mit dem Papst ausgesprochen hatte. (Quellen: Kölner Stadtanzeiger 26.6.20, FAZ 29.6., [katholisch.de](http://katholisch.de) 18.1.20)

\*\*\*

Die französische Theologin **Anne Soupa** (73), die seit Jahren für die Rechte von Frauen in der katholischen Kirche kämpft, hat sich auf den vakanten **Erzbischofs-**

**sitz von Lyon** beworben. Sie hat am 25. Mai eine Initiativbewerbung für dieses Amt, das seit dem 11. Jahrhundert mit dem Ehrentitel des „Primas Galliae“ verbunden ist, dem Päpstlichen Nuntius in Paris geschickt. Diese öffentliche Kandidatur ist in mehrfacher Hinsicht eine Provokation – und auch als solche gedacht. Die Kandidatin ist hochgebildet – sie hat Politikwissenschaften und Theologie studiert, mit akademischen Abschlüssen in Lyon und Paris -, tritt bescheiden, aber bestimmt und konsequent auf. Sie weiß natürlich, dass man sich auf ein solches Amt nicht selber bewirbt, sondern „berufen“ wird; dass das Kirchenrecht Frauen das Weiheamt in allen drei Stufen (Diakon, Priester, Bischof) verweigert und nur Priester, die mindestens fünf Jahre geweiht sind, Bischöfe werden können. In ihrem über Twitter verbreiteten Bewerbungstext führt sie, außer den bekannten Argumenten gegen die Diskriminierung der Frauen in der katholischen Kirche, unter Berufung auf Papst Franziskus an, dass man zwischen dem Priester- und Leitungsamt in der Kirche besser unterscheiden müsse. Sie greift damit eine Auffassung auf, die sich hier und da allmählich durchzusetzen beginnt: dass leitende Funktionen in der Kirche nicht unbedingt an die Weihevollmacht gebunden sein müssten.

Soupas Bewerbung ist auch insofern besonders brisant, als sie **Kardinal Philippe Barbarin** (69) nachfolgen würde. Dieser war zwar im

Januar in einem aufsehen-erregenden Berufungsprozess letztinstanzlich von dem Vorwurf freigesprochen worden, Jahrzehnte zurückliegenden sexuellen Missbrauch eines Priesters vertuscht zu haben. Er reichte aber dennoch seinen vorzeitigen Rücktritt ein, der im März vom Papst angenommen wurde. Anne Soupa ist der Auffassung, dass in der gegenwärtigen Krise der Kirche, besonders des Erzbistums Lyon, nun die Stunde der Frauen gekommen sei. In der Verwaltung herrsche Chaos, vier Erzbischöfe in Folge haben es nicht geschafft, für Ordnung zu sorgen, besonders was die Missbrauchsfälle betrifft. Sie scheut sich nicht, die Namen zu nennen: „Mgrs. Decourtray, Billé, Balland, Barbarin ont faili dans leur tâche première, celle de protéger leurs communautés ... Lyon ist das Ergebnis einer Verwaltungsstruktur, die nicht mehr in diese Zeit passt.“ Frauen seien nicht automatisch besser, auch sie selbst sei „nicht perfekt für Lyon – und auch nicht für eine andere Sache in meinem Leben“. Aber erwiesenermaßen seien gemischte Führungsteams effektiver als reine Männercliquen; Diversität als solche sei schon ein Gewinn. Dabei beruft sie sich auch auf Papst Franziskus und dessen Äußerungen zum Klerikalismus – und stellt ihn damit auf die Probe. Sie ruft alle Frauen auf, sich mit ihren Erfahrungen in der Kirche auf freie Posten zu bewerben, „zu denen sie sich berufen fühlen“.

(Quellen: KNA 28.5.2020;

Stuttgarter Zeitung 5.6.2020; DLF 30.6.2020; Unterstützungskampagne [www.pourannesoupa.fr](http://www.pourannesoupa.fr))

\*\*\*

Die deutsche Theologin **Ida Raming** hat an den „Synodalen Weg“ einen schriftlichen Antrag gestellt mit der „eindringlichen Bitte“, dieser möge sich für die **Aufhebung der Exkommunikation** einsetzen, die 2002 gegen die Frauen ausgesprochen wurde, die sich – nach Auffassung des Vatikans illegal – zu Priesterinnen weihen ließen. Raming, die seit über 50 Jahren einen Kampf um die Frauenordination in der katholischen Kirche führt (siehe die Besprechung ihrer Erinnerungen in 2/2020, S. 106 ff. [Irmgard Rech], sie war selbst schon öfter Autorin von *imprimatur*, siehe zuletzt 3/2019, S. 158 ff.), schreibt am 5. Juni 2020 wörtlich:

*Hiermit stelle ich (in Vertretung der i. J. 2002 ordinierten Priesterinnen) folgenden Antrag:*

*Die Mitglieder des "Synodalen Weges", insbesondere des Forums: "Dienste und Ämter für Frauen in der katholischen Kirche", werden aufgefordert, sich nachdrücklich für die Aufhebung der i. J. 2002 von der Kongregation für die Glaubenslehre über die 7 ordinierten Priesterinnen verhängte ungerechte schwere Kirchenstrafe der Exkommunikation einzusetzen.*

In dem Antrag werden die Argumente für die Frauenordination und gegen den

einschlägigen Canon 1024 CIC nochmals zusammengefasst. Abschließend heißt es in dem Schreiben, das der Redaktion vorliegt:

*Wir bitten Sie daher eindringlich, sich für die Aufhebung der ungerechten Exkommunikation bei der zuständigen vatikanischen Behörde (Kongregation für die Glaubenslehre) und besonders bei Papst Franziskus einzusetzen.*

\*\*\*

Neues im „Fall Zurkühlen“ (siehe *imprimatur* 2/2020, S. 104: Gregor Tischler, Und vergib uns unsere Schuld.): **Ulrich Zurkühlen** (80), emeritierter Pfarrer im Bistum Münster, der nach einer Predigt und einem TV-Interview über sexuellen Missbrauch und Vergebung einen Skandal ausgelöst hatte und daraufhin mit einem Verbot jeglicher seelsorgerlichen Tätigkeit belegt worden war, darf ab sofort wieder in begrenztem Umfang Gottesdienst feiern. Wie das Bistum Münster am 6. Juli mitteilte, hat er am 1. Juni in einem Schreiben an Bischof **Felix Genn** alle Betroffenen, die Gemeinde und „alle Menschen, die er verletzt hat“, glaubhaft um Entschuldigung gebeten. Zuvor hatte es längere Gespräche zwischen Zurkühlen und Bistumsvertretern sowie Experten zum Thema sexueller Missbrauch und Prävention gegeben. Zu dieser Thematik darf er sich nach wie vor „weder schriftlich noch mündlich“ äußern, die Beichtabnahme ist ihm ein weiteres Jahr untersagt, er bleibt in den Ru-

bestand versetzt und bezieht „die dafür vorgesehenen, abgesenkten Bezüge“ (katholisch.de 6.7.2020).

\*\*\*

Aus Österreich sind mehrere Todesfälle und ein neuer Vorsitzender zu vermelden:

**Gottfried Bachl** (88), Professor für Dogmatik an der Universität Salzburg (1983 – 1998), der Generationen von österreichischen Theologen geprägt hat, ist am 23. Mai verstorben. – Er wurde 1932 in einer oberösterreichischen Kleinbauernfamilie geboren, nach Theologiestudium in Rom und Priesterweihe sowie einigen Jahren in der Seelsorge nahm er seine akademische Lehrtätigkeit zunächst in Linz auf, dann in Salzburg. Schwerpunkte seiner zahlreichen Publikationen waren die Gottesfrage, die Christologie und Eschatologie. Sein wohl bekanntestes Buch ist: *Der schwierige Jesus* (Innsbruck 2005). Außerdem war er literarisch tätig, er schrieb eine unverwechselbare theologische Prosa sowie Gedichte und Gebete; er war Mitglied der Schriftstellervereinigung PEN.

Das Erzbistum Salzburg und die Universität Salzburg ehrten den Verstorbenen mit ausführlichen Nachrufen. Bei der Verabschiedungsfeier zeichnete der frühere Universitätsrektor, Fakultätskollege und Freund, **Heinrich Schmidinger**, ein bewegendes Lebensbild von Bachl unter dem Stichwort Freiheit, Befreit-

sein durch den „schwierigen Jesus“.

Ebenfalls am 23. Mai ist der emeritierte Bischof der österreichischen Diözese Graz-Seckau, **Johann Weber**, in Graz verstorben. Er leitete die Diözese von 1969 bis 2001 und war Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz von 1995 bis 1998. Er löste in diesem Amt **Kardinal Hans Hermann Groër** ab, als gegen diesen Missbrauchsvorwürfe erhoben wurden. In Webers Amtszeit fällt auch der Beginn des Kirchenvolks-Begehrens in Österreich.

Wenige Zeit später, in der Nacht zum 26. Mai ist der Priester, Theologe und Musiker **Philipp Harnoncourt** (89) verstorben. 1931 in Berlin geboren als jüngerer Bruder des berühmten Dirigenten Nikolaus H. und als Ur-Urenkel von Erzherzog Johann und somit mit dem österreichischen Kaiserhaus verwandt – daher sein Adelsname: Philipp Graf de la Fontaine und d’Harnoncourt- Unverzagt – studierte er nach dem 2. Weltkrieg in Graz und München Theologie, promovierte in Liturgiewissenschaft und empfing 1954 die Priesterweihe. Er war nach eigener Aussage stark von Romano Guardini beeinflusst. Er war seit 1963 Leiter der Abteilung Kirchenmusik, dann ab 1972 bis zur Emeritierung 1999 des Instituts für Liturgiewissenschaft, Christliche Kunst und Hymnologie an der Kunstuniversität Graz. Harnoncourt galt als einer der prägendsten und bedeutendsten Liturgiewissenschaftler nach dem 2.

Vatikanischen Konzil. Darüber hinaus engagierte er sich für die Annäherung zwischen katholischer und orthodoxer Kirche, aber auch als Kurat einer Pfadfindergruppe in Graz.

Der Erzbischof von Salzburg **Franz Lackner OFM** (63) ist zum neuen Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz gewählt worden und folgt damit **Kardinal Christoph Schönborn** von Wien nach. Zum Stellvertreter wurde Bischof **Manfred Scheuer** von Linz gewählt. – Lackner wurde 1956 in der Steiermark geboren und wuchs in kleinbäuerlichen Verhältnissen auf. Nach einem Einsatz als UNO-Soldat in Zypern entschied er sich, Priester zu werden, und trat in den Franziskanerorden ein (und nahm den Vornamen des Ordensgründers Franz von Assisi an). Ab 1999 war er Provinzial der Franziskanerprovinz Wien, 2002 wurde er Weihbischof in der Diözese Graz-Seckau, 2013 Erzbischof von Salzburg.

\*\*\*

Auch aus Deutschland ist der Tod von zwei bekannten Persönlichkeiten zu vermelden:

Am 1. Juli verstarb in Regensburg der ehemalige Domkapellmeister und Papstbruder **Georg Ratzinger**. Siehe eigenen Beitrag in dieser Ausgabe: Tod des Bruders, S. 138.

Am 18. Juli verstarb der prominente Theologe und Ethiker **Eberhard Schockenhoff** im Alter von 67 Jahren

an den Folgen eines tragischen Unfalls. Geboren 1953 in Stuttgart studierte er Theologie in Tübingen und Rom, wo er 1978 zum Priester geweiht wurde. Er promovierte bei Alfons Auer und war Assistent des späteren Kurienkardinals Walter Kasper in Tübingen. Anfang der 1990er wurde Schockenhoff als Professor für Moraltheologie nach Regensburg berufen, 1994 wechselte er nach Freiburg. Seit 2001 war Schockenhoff Mitglied des Nationalen Ethikrats, von 2008 bis 2016 des Deutschen Ethikrats, dessen Vizevorsitzender er vier Jahre lang war. 2016 übernahm er die Präsidentschaft des Katholischen Akademischen Ausländerdienstes (KAAD) und war in vielen weiteren kirchlichen Gruppen und Zusammenhängen engagiert, etwa beim „Synodalen Weg“ im Forum Sexualität. Schockenhoff veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Studien, bei denen er auf aktuelle gesellschaftliche und politische Themen einging; er wurde auch außerhalb seines Fachs Moraltheologie wahrgenommen, was sich in zahlreichen Würdigungen aus Kirche und Politik anlässlich seines frühen Todes zeigte.

Ebenfalls viel zu früh verstorben ist der Provinzial der deutschen Provinz der Jesuiten, Pater **Johannes Siebner SJ**. Am 16. Juli erlag er in Berlin einer Gehirntumor-Erkrankung, wie der Orden mitteilte, im Alter von nur 58 Jahren. Er leitete die Provinz seit 2017, davor war er Direktor des Kol-

legs St. Blasien im Schwarzwald (2002 – 2011) und des Aloisiuskollegs in Bonn (2011 – 2017). Der geborene Berliner studierte zunächst Politikwissenschaft in Berlin, dann Theologie in Frankfurt a.M. und Erfurt; er arbeitete in einem Kibbuz in Israel und einem Flüchtlingslager für vietnamesische Boatpeople in Malaysia; das sog. Terziat verbrachte er in Australien und wurde 1992 zum Priester geweiht. Er nahm auch außerhalb des Ordens etliche Funktionen wahr. Mehrere deutsche Bischöfe würdigten die Arbeit Siebners. (Quelle: jeweils [KNA](#))

\*\*\*

**Josef Schuster**, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist zum 30. April 2020 von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in den **Deutschen Ethikrat** berufen worden. 1954 in Haifa/ Israel geboren, kam er 1956 mit seinen Eltern nach Deutschland zurück, obwohl seine Großeltern mütterlicherseits in Auschwitz ermordet worden waren. Er studierte Humanmedizin in Würzburg, mit Promotion zum Dr. med. 1980, und praktiziert dort als Internist seit 1988. Er war jahrelang Mitglied der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer. In die Debatten des 24 Mitglieder umfassenden Ethikrats möchte er vor allem die Sicht des Arztes auf die Medizinethik und die jüdische Perspektive zu allgemein ethischen Fragen einbringen.

\*\*\*

*Polnische Ordensleute im Einsatz gegen COVID – 19*

Angesichts des chronischen Personal Mangels im polnischen Gesundheitswesen wundert es nicht, dass mit Ausbruch der Corona-Pandemie zusätzliche Hilfskräfte gefragt waren. So erreichte den Vorsitzenden der Konferenz männlicher Orden im April eine entsprechende Bitte, die er an alle Ordensobere weiterleitete. Aus den im Bulletin des Informationszentrums der Orden veröffentlichten Angaben geht hervor, dass Mitte Mai 148 Ordenspriester und Ordensbrüder aus 18 Ordensgemeinschaften dem Aufruf gefolgt sind.

Was die Ordensschwester betrifft, so sind diese ohnehin in großer Zahl in den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig. Doch wegen der Pandemie meldeten sich rund 300 Schwestern zusätzlich für einen Dienst in den Krankenhäusern, Hospizen und Altenheimen mit einer besonders hohen Anzahl an COVID-19 verstorbenen alten Menschen. (Th.M.)

\*\*\*

*Aktueller Hinweis auf einen alternativen Gottesdienst, zugesandt von Raimund Lidl, Kaufbeuren:*

„In Kaufbeuren im Allgäu gibt es seit einigen Jahren eine (priesterlose) Gottesdienstgemeinschaft von Christinnen und Christen, ca. 50 Leute (kath., evang., aus der Kirche Ausgetretene, Musiker, Lehrer, Ärzte, Hausfrauen ...). Wir nennen

unsere Feiern: **Theologie-Musik-Meditation**.

Auf Grund von Corona konnten wir uns nicht mehr in „unserer Kirche“ treffen. Deshalb habe ich die Gottesdienste online gestellt. Mit folgenden Links können Sie abgerufen werden:

<https://youtu.be/fWxfBM383pU> und [https://youtu.be/R\\_2Q5icObgc](https://youtu.be/R_2Q5icObgc).

Es wäre schön, wenn Sie in Imprimatur auf diesen Gottesdienst hinweisen könnten.“ - Was hiermit getan ist!

\*\*\*

Der Großbrand in der spätgotischen **Kathedrale von Nantes** am 18. Juli ist durch Brandstiftung entstanden. Ein 39-jähriger, aus Ruanda stammender ehrenamtlicher Kirchenmitarbeiter gestand etwa eine Woche später die Tat, sein Motiv ergab sich wohl aus der Nichtverlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich. Bei dem schweren Brand wurde u.a. die Orgel, ein Meisterwerk aus dem 17. Jahrhundert, völlig zerstört. Nach dem Brand von **Notre-Dame in Paris** am 15. April 2019 ist dies erneut ein Großbrand einer Kathedrale binnen kurzer Zeit. Die mehr als 42 000 katholischen Kirchen in Frankreich, die dem Staat gehören, sind in den letzten Jahren vermehrt Opfer von Vandalismus (Raub, Schändung,

Brandlegung) geworden, in 2018 nach Angaben des Innenministeriums 877 Mal, mit steigender Tendenz. Rechtsnationale Politiker in Frankreich beklagten in diesem Zusammenhang schon den Niedergang des Abendlandes. Nach den gehäuften Vorkommnissen der letzten Monate stellt sich dringend die Frage nach einem besseren Schutz der Kirchen. (afp, dpa, FAZ 20. und 27.7.2020)

\*\*\*

Die **Hagia Sophia** in Istanbul wurde am 24. Juli 2020 mit einem muslimischen Freitagsgebet – unter Teilnahme und Mitwirkung des türkischen Staatspräsidenten **Recep Tayyip Erdogan** – trotz weltweiter Proteste wieder zu einer Moschee umgewidmet. Zuvor hatte das oberste Verwaltungsgericht auf Klage eines Islamisten entschieden, dass das Bauwerk trotz seiner Umwandlung in ein Museum 1934 durch den „Vater“ der modernen türkischen Republik, **Kemal Atatürk**, rechtlich Moschee geblieben war. Die erste Umwandlung in eine Moschee erfolgte 1453 durch **Mehmet II.** nach seiner Eroberung Konstantinopels. Daran knüpft der heutige türkische Staatspräsident an, damit verfolgt er offenbar innenpolitisch eine anti-laizistische, neo-osmanische Politik der Islamisierung der Türkei und will außenpolitisch seinen Führungs-

anspruch in der islamischen Welt unterstreichen

Die „einstmals größte und immer noch großartigste Kirche der Christenheit“ – so der Architekt Holger Kleine in der FAZ vom 14.7.2020, S. 9 - wurde 532 bis 537 unter dem byzantinischen **Kaiser Justinian** (reg. 527 bis 565) errichtet. Sie gilt nicht nur wegen ihrer Raumwirkung und prachtvollen Mosaik als „Opus summum der gesamten antiken Architektur“ (Kleine), sondern hat von Anfang an symbolische Bedeutung: Sie wurde von Justinian erbaut als Zentrum seines imperialen Kirchenstaates, das den Tempel Salomons übertreffen sollte, und als Verkörperung der byzantinischen Reichsidee. Für Sultan Mehmet II. symbolisierte die Umwandlung in eine Moschee den Sieg über das Christentum, für Atatürk die Umwidmung der Sultansmoschee in ein Museum die Überwindung des Osmanentums – das Erdogan durch die neuerliche Verwandlung wiederbeleben will. - Die Vereinten Nationen warnten am 31. Juli in Genf vor einer politischen Instrumentalisierung der Hagia Sophia, die seit 1985 Unesco-Weltkulturerbe ist. Die meistbesuchte Sehenswürdigkeit der Türkei sei „ein Monument von weltweiter Bedeutung“ und müsse auch weiter ein Ort des interkulturellen Dialogs bleiben. (KNA/ domradio.de 31.7.2020)

\*\*\*

## Fundsachen

Von Fürstin **Gloria von Thurn und Taxis** – deren mehr oder weniger segensreiches Wirken in dieser Zeitschrift immer schon große Aufmerksamkeit findet (vgl. zuletzt die Glosse in imprimatur 1/2020, S. 67) – ist bekannt geworden, dass ihre Teilnahme am Requiem für Georg Ratzinger (vgl. in diesem Heft S. 138) ein Nachspiel hatte. Zum Requiem im Regensburger Dom waren wegen der Corona-Pandemie nur recht wenige geladene Gäste zugelassen, darunter natürlich auch die örtliche Fürstin, zumal sie dem Verstorbenen und den meisten Trauergästen, darunter auch Kardinal Gerhard Ludwig Müller, mit dem sie - siehe Glosse – zuletzt eine Spritztour durch die USA gemacht hatte, auch geistig-theologisch recht nahe steht. Laut „Tagespost“ vom 8.7.2020 zeigte sich die Fürstin Gloria „anschließend beeindruckt von der Feier und der Predigt von Bischof Voderholzer“ (das ist das Mindeste, was man nach einem Requiem erwarten darf!) und bedauerte im Gespräch mit Journalisten (so viel Publicity muss trotz Trauer sein!): "Der Domkapellmeister war in Regensburg sehr beliebt. Der Dom wäre sicher voll gewesen". Diese – wiederum sehr beeindruckenden – Äußerungen konnten allerdings nicht überdecken, dass der Fürstin ihre Anfahrt zum Dom ein Verwarnungsgeld von 15 € eingebracht hat. Zeitungsfotos zeigten laut FAZ vom 6.8.2020 „die Sechzigjährige in schwarzem Trauergewand auf ihrem Elektroroller ... ohne Helm“. Dies nahm die Polizei zum Anlass, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten – mit dem o.g. Ergebnis. Die Fürstin, deren Familienvermögen auf rund 3 Milliarden € geschätzt wird, reagierte – noblesse oblige! – souverän und gelassen: Sie müsse angesichts der Geldstrafe, die sie schon ohne Murren bezahlt hat, mal ein Pizzaessen ausfallen lassen. Der finanzielle Schaden für das Fürstenhaus hält sich also in Grenzen, der ideelle angesichts anderer Eskapaden des „einst buntesten Paradiesvogels des deutschen Hochadels“ (Stuttgarter Zeitung 31.1.2019) wohl ebenso.

\*\*\*

Tein, Weltbaumwäcker bei der 2-Euro-Aktion

Ein Bier in meiner Lieblingskneipe kostet 2 Euro helfen mir, gesund zu werden.

Tobias nun, Straßenrad und Weltbaumwäcker in Aktion

2 € helfen.

MISEREOOR

www.2-euro-helfen.de

---

## Die Glosse

im August 2020

Lieber Joseph,

mich macht der Ukas mit dem Rom den Plan der deutschen Bischöfe, mit dem sie unsere Kirche retten wollen, kalt stellt, am Zentralismus des Katholizismus verzweifeln. Also bei uns in der Gewerkschaft jedenfalls gibt's das nicht, dass in einer Überlebensfrage eine ferne Zentrale, den örtlich Bezirken derart in die Parade fährt. Alle ihre mühsam erarbeiteten Beschlüsse wirft Rom kaltschnäuzig über den Haufen. Karamba, was gäb das bei uns einen Aufstand! Gott sei Dank! haben diesmal mehrere von den deutschen Bischöfen ihren Mann gestanden und nicht wie sonst von vornherein gekuscht, nur weil der Einspruch aus Rom kommt.

In allen Gewerkschaften hat die Erfahrung gelehrt, dass einschneidende Entscheidungen immer vor Ort, wo man die Probleme kennt, erarbeitet werden müssen. Uns sollt einmal eine Gewerkschaftszentrale, sei es nur von Berlin oder Stuttgart, aber gar aus Italien dazwischenfunken, wir würden denen zeigen, wo der Bartel den Most holt. So viel ist bei uns klar: existentielle Beschlüsse werden dort gefasst, wo man die trostlosen Verhältnisse am eigenen Leib erfährt.

Joseph, für mich als Gläubigen ist's empörend, wenn in Rom uralte Herren mit bischofslilanem oder kardinalsrotem Käppi und Gipskragen aus lebensfernen, zeit- und erfahrungslosen Beschlüsse von Klerus und Laien in normaler Kleidung lang überlegte und endlich gefundene Rettungswege in ihrer verfahrenen Situation, mit einem Federstrich sabotieren. Wo gibt's das sonst noch, dass ein ehrliches Bemühen derart abgekanzelt wird?

Joseph, ich fang an zu überlegen, ob ich dieser Kirchenleitung nicht die Kirchensteuer verweigern soll, das heißt, mir ist jetzt nach lebenslangem Kampf für die Kirche zuzutrauen, dass ich meinen Hut nehme und mich den 270 000 bei ihrem Ausmarsch aus der Kirche anschließe.

Dein Freund Sepp

P.S.: Auf einen Kampf an dieser Front bin ich gespannt, nämlich den der Komödiantin Kebekus mit den Bischöfen, die steifen Würdenträger mit ihren mittelalterlichen Haudegen gegen die wendige Kabarettistin mit dem Florett. Sie hat schon in einer gewiften Kabarettssendung den Fehdehandschuh in den Ring geworfen. Alle Welt schaut interessiert zu!

\*\*\*